



Stenografischer Bericht

59. Sitzung

am Donnerstag, dem 26. Mai 2005,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 4249

TOP 1

a) **Regierungserklärung des Ministers für
Wirtschaft und Arbeit Herrn Dr. Rehber-
ger zum Thema: „Sachsen-Anhalt holt
auf - zur Wirtschafts- und Arbeitsmarkt-
politik der Landesregierung“**

Minister Herr Dr. Rehberger 4249

b) **Aussprache zur Regierungserklärung**

Herr Dr. Thiel (PDS) 4262
Herr Gürth (CDU) 4266
Frau Budde (SPD) 4273
Herr Dr. Schrader (FDP)..... 4277

TOP 2

Fragestunde - Drs. 4/2173

Frage 1:
**Verordnung zur Schuleingangsphase
gemäß § 4 Abs. 3 des Schulgesetzes
des Landes Sachsen-Anhalt**

Frau Dr. Hein (PDS) 4282
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz 4282

Frage 2:
**Förderzentren gemäß § 8a des Schul-
gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt**

Herr Dr. Eckert (PDS) 4283
Minister Herr Prof. Dr. Olbertz 4283

Frage 3:
Polizeieinsatz im Ohrekreis

Frau Mittendorf (SPD)..... 4283
Minister Herr Jeziorsky 4283, 4284
Herr Rothe (SPD) 4284

TOP 3

Erste Beratung

**Entwurf eines Kommunalneugliede-
rungsgesetzes (KngG)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
- Drs. 4/2182

Minister Herr Jeziorsky 4284
Herr Rothe (SPD) 4286
Herr Wolpert (FDP)..... 4289
Frau Dr. Paschke (PDS) 4291
Herr Kolze (CDU)..... 4292

Ausschussüberweisung 4294

TOP 4

Beratung

**Wahl des Landesbeauftragten für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdien-
tes der ehemaligen Deutschen Demo-
kratischen Republik**Wahlvorschlag der Landesregierung
- **Drs. 4/2032**

Ministerpräsident Herr Prof. Dr. Böhmer 4295

TOP 5

Zweite Beratung

**Entwurf eines Zweiten Gesetzes
zur Änderung des Katastrophen-****schutzgesetzes des Landes
Sachsen-Anhalt**Gesetzentwurf der Landesregierung
- **Drs. 4/1360**Beschlussempfehlung des Ausschusses
für Inneres - **Drs. 4/2154**Änderungsantrag der Fraktion der SPD
- **Drs. 4/2187**(Erste Beratung in der 35. Sitzung des Land-
tages am 04.03.2004)

Herr Madl (Berichterstatter).....4297

Minister Herr Jeziorsky.....4297

Herr Kosmehl (FDP).....4298

Herr Gärtner (PDS)4299

Herr Schulz (CDU)4300

Herr Doege (SPD).....4301

Beschluss.....4302

Beginn: 10.03 Uhr.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die 59. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der vierten Wahlperiode. Dazu möchte ich Sie, sehr geehrte Anwesende, auf das Herzlichste begrüßen.

Ich stelle zunächst die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein Mitglied des Landtages hat heute Geburtstag. Es ist Herr Qual von der FDP-Fraktion. Herr Qual, im Namen des Hohen Hauses und auch persönlich gratuliere ich Ihnen herzlich.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich wünsche Ihnen alles Gute, beste Gesundheit und Erfolg in Ihrem persönlichen Leben.

(Unruhe)

- Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bitte Sie, erst einmal die Unterhaltungen einzustellen.

Nachdem Herr Stefan Gebhardt mit Wirkung vom 12. Mai 2005 auf sein Mandat verzichtet hat - auf die Unterrichtung in Drs. 4/2147 sei hierzu verwiesen -, teilte der Landeswahlleiter mit Datum vom 13. Mai 2005 mit, dass Frau Angelika Hunger die nächstfolgende Ersatzperson auf der Landesliste der PDS ist, die die Wahl angenommen hat und somit in den Landtag nachgerückt ist. Diese Mitteilung ist Ihnen in der Drs. 4/2162 zugegangen.

Im Namen des Hohen Hauses begrüße ich Frau Angelika Hunger als neues Mitglied des Landtages.

(Beifall im ganzen Hause)

Herzlich willkommen, Frau Hunger! Da Frau Hunger innerhalb der Fraktion bereits als Referentin tätig war, ist sie sicherlich den meisten von Ihnen nicht unbekannt. Sehr geehrte Frau Hunger, ich wünsche Ihnen viel Erfolg und Freude in Ihrer parlamentarischen Arbeit zum Wohl des Landes Sachsen-Anhalt. Dazu beste Gesundheit und Erfolg. Seien Sie herzlich willkommen!

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen nun die Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung vortragen:

Herr Minister Dr. Daehre kann an beiden Sitzungstagen nicht an der Plenarsitzung teilnehmen. Er befindet sich, wie Ihnen sicherlich bekannt ist, auf einer Dienstreise in Syrien.

Herr Ministerpräsident Professor Dr. Böhmer bittet, seine ganztägige Abwesenheit am morgigen 27. Mai 2005 aufgrund seiner Teilnahme an der Bundesratssitzung in Berlin zu entschuldigen.

Aus dem gleichen Grund bittet Herr Minister Becker, sein Fehlen am morgigen Tag zu entschuldigen.

Herr Minister Jeziorsky wird ab morgen an der Frühjahrstagung der Parlamentarischen Versammlung der Nato in Slowenien teilnehmen. Er lässt sich also ebenfalls für den Freitag entschuldigen.

Herr Minister Professor Dr. Olbertz nimmt an einer Podiumsdiskussion im Rahmen des in Hannover stattfindenden 30. Deutschen Evangelischen Kirchentages teil.

Er bittet daher, seine Abwesenheit am Freitag ab 13 Uhr zu entschuldigen.

Damit kommen wir zur Tagesordnung, meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Tagesordnung für die 31. Sitzungsperiode des Landtages liegt Ihnen vor. Gibt es zu dieser Tagesordnung Bemerkungen, Hinweise oder Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir nach dieser Tagesordnung.

Nun noch ein Wort zum zeitlichen Ablauf der 31. Sitzungsperiode. Die heutige Landtagssitzung werden wir, wie vereinbart, pünktlich um 17.15 Uhr schließen, da bekanntlich die Veranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der Vereinigung ehemaliger Mitglieder des Landtages von Sachsen-Anhalt e. V. im Landtagsrestaurant stattfindet, zu der ich Sie nochmals herzlich einlade. Ich möchte Sie bitten, meine Damen und Herren, an dieser Veranstaltung zahlreich teilzunehmen. Es wäre unschön, wenn Damen und Herren ehemalige Abgeordnete aus Baden-Württemberg, Bayern oder Hannover hierher kämen und unsere eigenen Abgeordneten durch Abwesenheit glänzten.

Die morgige 60. Sitzung beginnt wie üblich um 9 Uhr und wird voraussichtlich gegen 17.45 Uhr beendet sein. - So weit zum zeitlichen Ablauf, meine Damen und Herren.

Wir können damit in den **Tagesordnungspunkt 1 a** eintreten:

Regierungserklärung des Ministers für Wirtschaft und Arbeit Herrn Dr. Rehberger zum Thema: „Sachsen-Anhalt holt auf - zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik der Landesregierung“

Ich erteile nun Herrn Minister Dr. Rehberger das Wort zur Abgabe der Regierungserklärung. Bitte sehr, Herr Minister.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen früher auf! Eine Forsa-Studie brachte es an den Tag: In keinem Bundesland sind die Menschen so früh auf den Beinen wie in Sachsen-Anhalt.

Bei der Bewältigung unserer ökonomischen und sozialen Probleme ist dies ein Vorteil. Frühaufsteher sind unternehmungslustig, sie sind leistungsbereit, sie wollen vorn mit dabei sein. Genau diese Einstellung brauchen wir.

Die ökonomische Ausgangslage Ostdeutschlands und damit auch unseres Landes war nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes verheerend. Die Wirtschaftskraft erreichte gerade ein Drittel des westdeutschen Niveaus, die Infrastruktur war ebenso wie der Maschinenpark hoffnungslos veraltet und weitgehend verschlissen, der Umweltschutz spielte so gut wie keine Rolle, viele Wohnungsbauten befanden sich in einem menschenunwürdigen Zustand, die Lebenserwartung war deutlich niedriger als im Westen.

In keinem anderen ostdeutschen Bundesland waren im Übrigen die dringend gebotenen wirtschaftlichen Strukturveränderungen so einschneidend wie in Sachsen-Anhalt, nirgends war die Dominanz großer Kombinate so erdrückend und die Zahl der mittleren und kleineren Wirtschaftseinheiten so gering.

Meine Damen und Herren! Gemessen an dieser Ausgangslage ist in den zurückliegenden 15 Jahren in Ostdeutschland und gerade in Sachsen-Anhalt - Frau Dr. Kuppe, auch dank Ihrer Arbeit - enorm viel erreicht worden.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Dazu hat vieles beigetragen: die Menschen in unserem Lande, die Investoren, die Europäische Union, der Bund - egal wer regierte - und die alten Bundesländer, auch die Gewerkschaften. Gewerkschaftsführer wie Hermann Rappe und Hubertus Schmoltdt, aber auch der langjährige DGB-Vorsitzende von Sachsen-Anhalt, Dr. Jürgen Weißbach, um nur einige namentlich zu nennen, haben wesentlich zur Bewältigung des dramatischen Strukturwandels in unserem Lande beigetragen. Dafür ist die Landesregierung dankbar.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Dankbar sind wir auch dafür, dass sich bei aller Unterschiedlichkeit der Auffassungen im Einzelnen die Gewerkschaften - zum Beispiel durch die Mitarbeit des DGB-Vorsitzenden Udo Gebhardt im Präsidium des Forums für Wirtschaft und Arbeit - bei der Bewältigung der nach wie vor großen Probleme unseres Landes konstruktiv einbringen.

Leider hat sich der wirtschaftliche Aufholprozess seit einer Reihe von Jahren stark verlangsamt. Zeitweise kam er sogar völlig zum Stillstand. Ursächlich dafür waren und sind freilich nicht regionale Faktoren; vielmehr steht die gesamte deutsche Volkswirtschaft angesichts der in einem atemberaubenden Tempo stattfindenden wirtschaftlichen Veränderungen in der Welt einerseits und des seit mehr als drei Jahrzehnten in der Bundesrepublik zu verzeichnenden Geburtendefizits andererseits vor Herausforderungen, die nur durch entschlossene und weitreichende Reformen, insbesondere im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, bewältigt werden können.

Dieser Reformbedarf war übrigens schon vor der Wiederherstellung der deutschen Einheit vorhanden. Durch das massive Konjunkturprogramm für die Wirtschaft der alten Bundesländer, das mit der Wiedervereinigung verbunden war, wurde der Reformbedarf für einige Jahre in den Hintergrund gedrängt. Es ist aber, meine Damen und Herren, in der Sache falsch und gegenüber den Menschen in allen Teilen Deutschlands unverantwortlich, wenn einzelne Publizisten für die aktuelle Misere Deutschlands den Osten verantwortlich machen.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Wenn im Übrigen ein prominenter Journalist dieser Tage erklärte, er wolle - ich zitiere - „in die Wunden der Einheit stechen“, so sollte er bedenken, dass Wunden nicht verheilen können, wenn sie immer wieder aufgestochen werden.

Meine Damen und Herren! Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen die jetzige Landesregierung im Mai 2002 ihr Amt angetreten hat, waren alles andere als einfach. Heute, drei Jahre danach, ist festzustellen, dass wir zwar unser Ziel noch lange nicht erreicht haben; die Daten, Fakten und Trends zeigen aber, dass wir auf dem richtigen Wege sind.

Nimmt man das Wirtschaftswachstum als umfassenden Maßstab für die Entwicklung einer Volkswirtschaft, so er-

reichten Deutschland in den Jahren 2002 bis 2004 insgesamt ein reales Wachstum von 1,6 %, die neuen Bundesländer eines von 2,3 % und Sachsen-Anhalt eines von 3,6 %. Bei allen Unterschieden zwischen den einzelnen Jahren - im Jahr 2004 lag der Wert in Sachsen-Anhalt bekanntlich leicht unter dem des Bundes und Ostdeutschlands - ist der Gesamttrend unserer regionalen Wirtschaft also ermutigend.

Zu diesem Trend haben mehrere Faktoren beigetragen. Meine Damen und Herren! Wir haben die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert. Zu den Fehlern, die nach der Wiedervereinigung Deutschlands gemacht wurden, gehörte, dass das in Jahrzehnten gewachsene Normengeflecht der alten Bundesrepublik einschließlich der damit verbundenen Bürokratie kurzerhand auf die neuen Bundesländer übertragen worden ist.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Übersehen wurde dabei - übrigens auch von vielen in der damaligen Volkskammer, von vielen hier im Landtag von Sachsen-Anhalt und, ich sage ganz klar, auch von mir persönlich -, dass der Aufbau Ost größere Spielräume benötigte, um zügig voranzukommen. Das Wirtschaftswunder im Westen in den beiden ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik hätte es nicht gegeben, wenn damals alle Vorschriften gegolten hätten, die heute in Kraft sind, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Eine der wenigen Ausnahmen, mit denen den besonderen Bedingungen Ostdeutschlands Rechnung getragen wurde und wird, ist das Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz. Ohne dieses Gesetz wäre die Autobahn A 14 zwischen Magdeburg und Halle auch heute noch nicht fertig. Mehr Freiräume hätten wir in den neuen Bundesländern aber auch in anderen Rechtsbereichen benötigt, zum Beispiel im Umwelt- und im Arbeitsrecht.

Bundeswirtschaftsminister Clement hatte die vortreffliche Idee, ostdeutschen Bundesländern die Möglichkeit einzuräumen, für eine Reihe von Jahren von bestimmten bundesrechtlichen Regelungen abzuweichen. Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat diese Idee damals umgehend aufgegriffen und Sachsen-Anhalt als Modellregion angeboten.

Bedauerlicherweise ist der Bundeswirtschaftsminister dann aber mit seiner Idee im Bereich des Umweltrechts an den Grünen und im Bereich des Arbeitsrechts an den Gewerkschaften gescheitert. Ich sage in aller Deutlichkeit: Dies ändert nichts daran, dass wir in Sachsen-Anhalt dazu bereit sind, den Weg einer Modellregion zu gehen; man muss uns nur die Chance dazu geben.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Heute Morgen war zu hören, dass Altbundeskanzler Helmut Schmidt gestern in Ilmenau genau diese Position vertreten hat und die Forderung erhoben hat, dass man dem Osten in bestimmten Teilbereichen unserer Rechtsordnung mehr Spielräume und mehr Flexibilität eröffnen solle. Ich kann nur sagen, hoffentlich haben wir im Herbst einen Bundestag, der diesen Weg dann auch beschreitet.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Auch in der Landesgesetzgebung, meine Damen und Herren, wurden zunächst Regelungen westdeutscher Länder unkritisch übernommen oder gar Vorgaben des Bundes und der EU in verschärfter Form in Landesrecht transformiert.

Mit den Investitionserleichterungsgesetzen, aber auch der sonstigen Gesetzgebung hat die Landesregierung einen anderen Kurs eingeschlagen - zum Vorteil des Landes und seiner Wirtschaft. Ein Paradebeispiel ist die Aufhebung des von der Vorgängerregierung verhängten Verbotes, Müll über die Landesgrenzen ein- oder auszuführen. Nur dank der Korrektur war es möglich, in Magdeburg-Rothensee mit einem Investitionsvolumen von 250 Millionen € das thermisch größte Müllheizkraftwerk Deutschlands zu errichten. Schon deswegen, meine Damen und Herren, hat sich die Korrektur gelohnt.

Ein anderes Beispiel ist die Aufhebung der Regelungen des Denkmalschutzgesetzes, nach denen die Sicherung von Bodendenkmalen eine staatliche Pflichtaufgabe war. Da unter diesen Umständen der Einsatz von ABM-Kräften nicht zulässig war, hatte die frühere Regelung hohe Kosten für Investoren zur Folge. Heute lassen sich diese Arbeiten in gleicher Qualität wesentlich preisgünstiger realisieren - ein Sieg der Vernunft.

Vernünftig ist es auch, Vorgaben der EU und des Bundes im Verhältnis 1 : 1 und nicht in verschärfter Form umzusetzen. Eine Verschärfung bedeutet in aller Regel mehr Kosten und mehr Bürokratie und damit einen Standortnachteil für das Land Sachsen-Anhalt. Die aktuelle Novelle zum Wassergesetz ist eines von mehreren Beispielen, wie man europäisches Recht umsetzen kann, ohne das Land Sachsen-Anhalt ins Hintertreffen zu bringen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Einen klaren Kurs steuert die Landesregierung auch im Bereich der Infrastrukturpolitik. Zu den Voraussetzungen einer guten wirtschaftlichen Entwicklung gehören zuallererst leistungsfähige Verkehrswege. Da mein Kollege Dr. Daehre in einer der nächsten Landtagssitzungen dazu ausführlich Stellung nehmen wird, möchte ich mich auf einige wenige für die ökonomischen Perspektiven unseres Landes besonders bedeutsame Punkte beschränken.

Meine Damen und Herren! Das Land Sachsen-Anhalt - wir wissen das natürlich - hat innerhalb der EU eine logistisch optimale Lage. Das ist mir gerade gestern von den führenden Repräsentanten der Rossmann GmbH wieder bestätigt worden, die sich nach Prüfung vieler Standorte dazu entschlossen haben, in Landsberg bei Halle mit 50 Millionen € das größte Investitionsprojekt ihrer Firmengeschichte zu realisieren und dabei mehr als 500 Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Kein relevanter Standort der Europäischen Union ist von uns weiter entfernt als rund 1 000 km. Um diese zentrale Lage umfassend zu nutzen, muss das Autobahnnetz weiter ausgebaut werden. Dies gilt für die A 14 zwischen Magdeburg und Schwerin genauso wie für eine Querspange zwischen der A 38 und der A 14, die Halle von Westen her erschließt und insbesondere dem Mansfelder Land bessere Entwicklungsperspektiven eröffnet.

Aber auch unsere Wasserstraßen, die ein großer Standortvorteil des Landes Sachsen-Anhalt sind, müssen weiter ausgebaut werden. Dies gilt für den Kanal im Mün-

dingbereich der Saale sowie für die Ertüchtigung der Elbe vor allem zwischen der Saalemündung und dem Wasserstraßenkreuz Magdeburg.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dass es mit vereinten Kräften gelungen ist, in letzter Minute beim Bundesverkehrsministerium den alsbaldigen Beginn der Baumaßnahmen für die Niedrigwasserschleuse des Magdeburger Hafens durchzusetzen, ist ein Sieg der Vernunft.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich möchte mich bei allen Beteiligten, insbesondere bei dem Bundestagsabgeordneten Küster, für ihren erfolgreichen Einsatz zugunsten dieses Projektes bedanken. Jetzt können Sie von der SPD-Fraktion auch einmal klatschen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren! Es wäre doch ein Schildbürgerstreich, wenn die Landeshauptstadt Magdeburg mit Mitteln des Wirtschaftsministeriums in Höhe von rund 20 Millionen € den Hafen ausbauen würde, dieser aber wegen der fehlenden Niedrigwasserschleuse nur eingeschränkt nutzbar wäre.

Ein unverzeihlicher Schildbürgerstreich wäre es auch, wenn im Raum Magdeburg, wie in der Vergangenheit geschehen, zwei Flugplätze mit öffentlichen Mitteln ausgebaut würden. Das Luftverkehrskonzept, auf das man unter der früheren Landesregierung acht Jahre lang vergeblich gewartet hatte, hat für Klarheit gesorgt.

Cochstedt, dessen großräumige straßenseitige Erschließung energisch vorangetrieben wird, soll in Zukunft den Großraum Magdeburg einschließlich des Nordharzes an den Luftverkehr anbinden. Einfach, meine Damen und Herren, ist diese Aufgabe nicht zu bewerkstelligen, aber sie ist lösbar. Gehen Sie davon aus, dass wir alles in unseren Kräften Stehende tun werden, um dieses Ziel zu erreichen - im Interesse dieses Landes und des Großraums Magdeburg.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bei allen Verkehrsprojekten sind ökonomische, ökologische und raumordnerische Aspekte zu berücksichtigen und auf einen Nenner zu bringen. Das erfordert ein hohes Maß an Kooperations- und Kompromissbereitschaft unter den beteiligten Ministerien, also zwischen dem Verkehrs-, dem Umwelt- und dem Wirtschaftsministerium. Mit Genugtuung und Dankbarkeit kann ich heute feststellen, dass die Zusammenarbeit der drei Ministerien seit dem Jahr 2002 hervorragend funktioniert.

(Zustimmung bei der FDP)

Selbstverständlich ist das nicht, meine Damen und Herren, wie ein Blick in die Jahre vor dem Regierungswechsel oder auch ein Blick nach Berlin deutlich machen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ein zentrales Anliegen der Wirtschaftspolitik der Landesregierung, meine Damen und Herren, ist neben dem Ausbau der Infrastruktur die Verbreiterung und die Ertüchtigung der industriellen Basis unseres Landes sowie der industrienahen und logistischen Dienstleistungen. Heute, drei Jahre nachdem wir die Ansiedlungs- und Investitionsoffensive eröffnet haben, kann sich unsere Zwischenbilanz sehen lassen.

Seit dem Jahr 2002 wurden Investitionen im verarbeitenden Gewerbe, in der wirtschaftsnahen Infrastruktur sowie für logistisch und touristisch bedeutsame Vorhaben mit einem Volumen von über 7 Milliarden € in Angriff genommen und zu einem beträchtlichen Teil schon umgesetzt.

Auch in diesen Tagen wurde eine Reihe von wichtigen Ansiedlungen perfekt gemacht. Dies gilt für das Service-Zentrum von Dell in Halle ebenso wie für die Flachglasfabrik von E-Glass in Osterweddingen und für die Papierfabrik von Delipapier in Arneburg. Das Investitionsvolumen der beiden zuletzt genannten Projekte liegt bei jeweils über 100 Millionen €.

Die Vorbereitungen für die DHL-Ansiedlung auf dem Flughafen Leipzig/Halle laufen ebenfalls auf Hochtouren. Gleiches gilt für die in der Region Halle/Leipzig zu erwartenden DHL-Partner, die rund zwei Drittel der auf ca. 10 000 geschätzten neuen Arbeitsplätze schaffen werden. Da die meisten noch verfügbaren Ansiedlungsflächen in sachsen-anhaltinischen Gemeinden liegen, wird die DHL-Ansiedlung spürbare Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt unseres Landes haben.

Unabhängig von diesen und anderen bereits in Angriff genommenen Projekten liegen bei der Investitionsbank inzwischen wieder Förderanträge mit einem Investitionsvolumen von 2,9 Milliarden € vor. Der überwiegende Teil davon ist förderfähig und förderwürdig.

Entgegen den Forderungen der Opposition werden wir auch weiterhin die beantragten Fördermaßnahmen in allen Teilen des Landes mit gleich hohen Sätzen durchführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Konzentration der Investitionsförderung auf wenige, besonders erfolgreiche Wirtschaftsstandorte in Sachsen-Anhalt wird es mit uns nicht geben. Zum einen verstößt ein solches Vorgehen gegen elementare Grundsätze der Europäischen Union, die mit ihrer Förderpolitik Regionen mit Nachholbedarf voranbringen und nicht besonders erfolgreiche Regionen - in Deutschland wären das zum Beispiel Regionen wie München, Stuttgart oder Frankfurt - zusätzlich unterstützen will.

Zum anderen teilen wir die nach unserer Auffassung fatale Position einiger Oppositionspolitiker nicht, die angesichts der von ihnen erwarteten Schrumpfung der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt auf zwei Millionen Menschen bis zum Jahr 2020 alles auf die Verdichtungsräume Magdeburg, Nordharz und Halle/Bitterfeld konzentrieren wollen.

Um es klipp und klar zu sagen: Die Landesregierung wird auch in Zukunft industrielle Investitionen in Arneburg und in Zeitz, in Salzwedel und in Sangerhausen, in Genthin und in Wittenberg mit gleich hohen Fördersätzen unterstützen wie in den Verdichtungsräumen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Dass sich die Ergebnisse der Ansiedlungs- und Investitionsoffensive sehen lassen können, zeigt auch der Vergleich zwischen den Bundesländern. Unter den zehn ost- und westdeutschen Ländern, die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ einsetzen können, haben es in den vergangenen drei Jahren nur zwei geschafft, alle vom Bund bereitgestellten Fördermit-

tel durch entsprechende Ansiedlungsprojekte in Anspruch zu nehmen: Sachsen-Anhalt und Sachsen.

Durch die Unternehmen, deren Investitionen seit 2002 gefördert worden sind oder noch gefördert werden, wurden bzw. werden rund 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen. In der Arbeitsmarktbilanz unseres Landes schlägt sich dies allerdings nur mit einem jährlichen Zuwachs von 1 500 bis 2 000 Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe nieder.

Dem Aufwuchs an Arbeitsplätzen auf der einen Seite stehen erhebliche Verluste auf der anderen Seite gegenüber. Ein Paradebeispiel ist der Fahrzeugbau. Während in Sachsen-Anhalt nach der Wende mehr als 15 000 Arbeitsplätze in der Automobilzulieferindustrie neu entstanden sind, hat der Waggonbau einen dramatischen Schrumpfungsprozess hinnehmen und viele tausend Arbeitsplätze abbauen müssen.

Beide Entwicklungen, die volkswirtschaftlich betrachtet in einem inneren Zusammenhang stehen, sind noch nicht abgeschlossen. Deshalb wird es wichtig sein, dass wir es auch weiterhin schaffen, entgegen dem Bundes-trend, der durch einen erheblichen Rückgang der industriellen Arbeitsplätze gekennzeichnet ist, auch in den nächsten Jahren per saldo einen Zuwachs bei den industriellen Arbeitsplätzen sicherzustellen.

Zu den erfreulichen Fakten der Industrieentwicklung Sachsens-Anhalts zählt, dass sich unser Land ca. 40 % aller in den neuen Bundesländern getätigten ausländischen Investitionen sichern konnte. Ohne das großartige Engagement von amerikanischen, französischen, belgischen, italienischen, schweizerischen und vielen anderen ausländischen Unternehmen wäre Sachsen-Anhalt heute industriell unterentwickelt.

Der Prozess der Internationalisierung unserer Industrie schreitet weiter voran. Die Firma Hexal in Barleben wurde von einem Schweizer Konzern übernommen, die Rautenbach AG in Wernigerode von Mexikanern, die Schiess AG Aschersleben von Chinesen, das Flanschenwerk Bebitz von Indern und die Mansfelder Kupfer- und Messing GmbH von Kasachen.

Meine Damen und Herren! Das macht mich stolz, weil es deutlich zeigt, dass diejenigen, die unser Land näher untersuchen und global oder zumindest deutschland- und europaweit betrachten, erkennen: Das ist die richtige Lage, wenn man in Deutschland investieren will.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Mit Betroffenheit, ja mit Empörung habe ich deshalb zur Kenntnis nehmen müssen, dass der SPD-Bundesvorsitzende Müntefering eine Grundsatzdebatte über den Kapitalismus und über die Globalisierung vom Zaun gebrochen hat, die angesichts seiner Wortwahl in höchstem Maße schädlich ist.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Wer in- und ausländische Investoren mit Heuschrecken gleichsetzt, der braucht sich nicht darüber zu wundern, dass er beispielsweise in der „Financial Times“ als „dreist und dumm“ abqualifiziert wird. „Wer soll denn“ - so heißt es in dieser Zeitung - „in einem solchen Land mit einem solchen politisch vergifteten Klima investieren, vor allem wenn man die anderen Investitionsmöglichkeiten in der Europäischen Union in Betracht zieht?“

Wohlgemerkt, meine Damen und Herren: Ich sehe es auch so, dass der Kapitalismus ebenso wie die Globalisierung Medaillen mit zwei Seiten sind, dass es Fehlentwicklungen gibt, die nicht einfach hingenommen werden dürfen, dass beispielsweise bei der Höhe von Managergehältern nicht nur die Belange der Aktionäre, also der Eigentümer, sondern in gleicher Weise auch die Belange der Beschäftigten des Unternehmens berücksichtigt werden sollten. Entscheidend ist aber, wie man die Auseinandersetzung führt.

Wenn sich dann noch herausstellt, dass es ausgerechnet der zeitweilige Verkehrsminister Müntefering war, der mit einem in der schwarzen Liste der SPD-Bundestagsfraktion aufgeführten Private-Equity-Fonds Geschäft gemacht hat, wird die ganze Verlogenheit dieser Kampagne deutlich.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU
- Zustimmung von der Regierungsbank)

Ich bin sehr stolz darauf - Glückwunsch an Nordrhein-Westfalen -, dass die Bürgerinnen und Bürger auf diesen Trick nicht hereingefallen sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Es ist höchste Zeit, dass die SPD im Interesse des Standortes Deutschland und im Interesse von Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern unverzüglich zu einer sachbezogenen Diskussion zurückfindet. Dies gilt umso mehr, als die Wachstumsimpulse der deutschen Volkswirtschaft und auch der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt in den zurückliegenden Jahren im Wesentlichen durch den Export ausgelöst worden sind, also dadurch, dass Ausländer deutsche Produkte gekauft haben. Wer diese Entwicklung weiter vorantreiben will, der darf dann nicht seinerseits Ausländer, die bei uns investieren, in dieser unqualifizierten Weise „zur Sau machen“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von der Regierungsbank)

Ich bin dankbar dafür, dass das Ausland die Dinge etwas gelassener sieht, als wir sie sehen können. Das schlägt sich zum Beispiel darin nieder, dass die Industrie in Sachsen-Anhalt im ersten Quartal des Jahres 2005 einen Exportzuwachs von 27,5 % hatte. Meine Damen und Herren, das ist eine gute Entwicklung. Diese muss so weitergehen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

In einem anderen Bereich der Wirtschaftspolitik könnte sich Herr Müntefering große Verdienste um die deutsche Industrie und speziell um die Industrie in Ostdeutschland erwerben. Ich meine das weite Feld der Energiepolitik.

Mit Unverständnis stellt die Landesregierung von Sachsen-Anhalt fest, dass die Bundesregierung seit Jahren die Energiekosten systematisch in die Höhe treibt und damit die Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Betriebe immer stärker gefährdet. Die Wirtschaft unseres Landes ist von dieser Entwicklung überproportional betroffen; denn die Energiewirtschaft, die chemische Industrie und die Baustoffindustrie spielen in Sachsen-Anhalt eine besonders große Rolle.

Mit der Ökosteuer, mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, mit dem Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz und neuerdings mit den Regelungen zum Emissionsrecht handelt hat die Bundesregierung unserer heimischen Wirtschaft

immer neue Lasten auferlegt, die eine erfolgreiche Weiterentwicklung infrage stellen.

Lassen Sie mich eines in aller Deutlichkeit sagen: Es ist nicht hinnehmbar, dass in naher Zukunft hochmoderne Produktionsanlagen quer durch Sachsen-Anhalt zeitweise stillgelegt werden müssten, wenn es bei dem im EEG und im Energiewirtschaftsgesetz bislang festgelegten absoluten Vorrang für Strom aus Windkraftanlagen bleiben würde. Das ist nicht hinnehmbar. Kein einziger Arbeitnehmer in diesem Land würde es verstehen, wenn er nach Hause geschickt würde, weil die Fabrik nicht weiterarbeiten kann.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Die Landesregierung ist genauso wenig bereit, die ofenkundige Benachteiligung heimischer Betriebe bei der Zuerkennung von kostenlosen Emissionsrechten hinzunehmen. Es kann doch nicht sein, dass diejenigen, die am frühesten und am stärksten zur Minderung der CO₂-Belastung beigetragen haben, wesentlich schlechter behandelt werden als diejenigen, die erst jetzt durch moderne Anlagen ihren CO₂-Ausstoß vermindern.

(Zustimmung bei der FDP)

Übrigens, meine Damen und Herren, gibt es in all diesen Fragen der Energiepolitik in Sachsen-Anhalt eine enge, zielorientierte Zusammenarbeit nicht nur mit der Wirtschaft, sondern insbesondere auch zwischen dem federführenden Umweltministerium und dem Wirtschaftsministerium.

Auch das ist keine Selbstverständlichkeit. Ich kann mich entsinnen, dass einer meiner Amtsvorgänger händeringend und in großer Verzweiflung über die Politik der damaligen Umweltministerin selbiger empfohlen hat, sie möge sich aus der Politik zurückziehen und sich als Panflötenspielerin an einem Waldrand niederlassen.

(Heiterkeit bei der CDU - Zuruf von Frau Fischer, Merseburg, CDU: Was?)

Vielen Dank, liebe Petra Wernicke, dass Sachsen-Anhalt unter dieser Regierung am gleichen Strang und in die gleiche Richtung zieht und dass sich deswegen unsere Wirtschaft gut entwickeln kann.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! So erfreulich alles in allem die industrielle Entwicklung Sachsens-Anhalts bislang auch verlaufen sein mag, insbesondere in den letzten drei Jahren, eines ist unübersehbar: Wir konnten vor allem kapitalintensive Investitionen für unser Land akquirieren. In vielen Fällen entstehen Arbeitsplätze, die jeweils 500 000 € bis 1 Million € kosten.

Selbst wenn man berücksichtigt, dass die schlanke Struktur heutiger Industriebetriebe pro industriellen Arbeitsplatz im Umfeld des Unternehmens, insbesondere in den Bereichen Dienstleistung und Handwerk, zwei weitere Arbeitsplätze zur Folge hat, ist unübersehbar, dass es großer Anstrengungen außerhalb des verarbeitenden Gewerbes bedarf, um unsere Arbeitsmarktprobleme zu lösen.

Der Dienstleistungssektor ist mit einem Anteil von 70 % an der Beschäftigung und am Bruttoinlandsprodukt der wichtigste Motor für Wachstum und Beschäftigung. Im Jahr 2003 zählte das Dienstleistungsgewerbe in Sachsen-Anhalt knapp 35 000 Betriebe mit einem Umsatzvolumen von 17,4 Milliarden €.

Während der private Sektor auch in den kommenden Jahren weiter wachsen dürfte, schrumpft der öffentliche Dienstleistungssektor. Die Arbeitsplatzverluste, die in den zurückliegenden Jahren in den Bereichen öffentliche Verwaltung von Land und Kommunen sowie Verteidigung eingetreten sind, überstiegen in Sachsen-Anhalt den in der schrumpfenden Baubranche zu verzeichnenden Rückgang an Arbeitsplätzen.

Aber auch das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen: Der Rückgang der Zahl der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gehört trotz seiner negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zum erklärten Ziel der Landesregierung. Wer Deregulierung und Bürokratieabbau will, der muss den Verwaltungsapparat reduzieren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Langfristig ist das eine gute Entwicklung; denn nur dann werden in der Privatwirtschaft auch mehr Arbeitsplätze entstehen können.

(Zuruf von Herrn Sachse, SPD)

Unbefriedigend, meine Damen und Herren, ist in der Vergangenheit die Entwicklung im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen verlaufen.

(Zuruf von Herrn Kühn, SPD)

Gemessen an der Größe des Landes lag die Zahl der rund 8 500 unternehmensnahen Dienstleister, die im Jahr 2002 etwa 76 000 Personen beschäftigten, in Sachsen-Anhalt weit unter dem Durchschnitt. Das Ziel der von der Landesregierung im Jahr 2003 neu strukturierten Existenzgründungsoffensive Ego ist es deshalb, neben der Mobilisierung innovativer Existenzgründer im Bereich des verarbeitenden Gewerbes vor allem auch die Zahl und Leistungsfähigkeit unternehmensnaher Dienstleister zu erhöhen.

Erste handfeste Erfolge unserer Existenzgründungsoffensive waren in den beiden zurückliegenden Jahren nicht zu übersehen. Seit 1998 gab es regelmäßig mehr Gewerbeabmeldungen als Gewerbeanmeldungen. Dieser Trend hat sich im Jahr 2003 umgekehrt. Die Gewerbebilanz weist am Ende des Jahres 2004 einen Positivsaldo von 7 383 Betrieben aus. Auf zehn Anmeldungen kamen nur 7,1 Abmeldungen. Dies ist das günstigste Verhältnis seit 1996. Binnen der letzten drei Jahre stieg somit die Selbständigenquote von 6,6 % auf 8,4 %.

Meine Damen und Herren! Zu dieser Entwicklung haben drei Faktoren in besonderem Maße beigetragen:

Erstens. In Sachsen-Anhalt geht seit 2003 die Zahl der Unternehmensinsolvenzen, die bis zum Jahr 2002 kontinuierlich gestiegen war, spürbar zurück. Das ist ein entscheidendes Kriterium; denn es nützt uns wenig, wenn wir viele Gründungen durchführen, aber bereits ein bis zwei Jahre später wieder die Abmeldung erfolgt. Deswegen sage ich: Wenn sich unsere Wirtschaft stabiler zeigt und es weniger Insolvenzen gibt, dann ist das ein Zeichen dafür, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens hat die Landesregierung durch die Gründung der Investitionsbank und durch Angebote wie das Projekt Unternehmensnachfolge, den Businessplan-Wettbewerb, die Gründung eines Business-Angel-Netzwerkes sowie die Wettbewerbe der Städte und Landkreise und der Hochschulen um die besten Gründungsergeb-

nisse die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen und Existenzfestigungen deutlich verbessert.

Drittens hat die vom Bund ins Leben gerufene Rechtsfigur der Ich-AG das Gründungsgeschehen nachhaltig beeinflusst. Dass die große Zahl der Ich-AGs zum Beispiel auf die Struktur des Handwerks problematische Auswirkungen hatte und hat, zumal zunächst von den Gründern noch nicht einmal ein Businessplan verlangt worden war, ist unbestritten. Zu Recht sind inzwischen die Anforderungen der Bundesagentur für Arbeit an die Inanspruchnahme der Fördermittel deutlich verschärft worden.

Nicht akzeptieren kann ich allerdings - das sage ich auch auf einer Veranstaltung mit Handwerkern und nicht nur im Landtag, meine Damen und Herren - eine pauschale Verurteilung dieses Angebots. Wer versucht, sich als Selbständiger zu betätigen, anstatt zu Hause hinter dem Ofen zu hocken und das Schicksal der Arbeitslosigkeit zu bejammern, der hat Anerkennung und nicht Schelte verdient. Dabei bleibe ich.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ein wichtiger Sektor der Dienstleistungsbranche ist die Tourismuswirtschaft. Die Tourismusbranche in Sachsen-Anhalt erarbeitet immerhin mehr als 5 % des Bruttoinlandsprodukts und sichert damit rund 45 000 Arbeitsplätze. Verglichen mit Ländern und Regionen, die überwiegend vom Tourismus leben, ist Sachsen-Anhalt kein klassisches Tourismusland. Angesichts seiner attraktiven Naturlandschaften - ich denke an den Harz, an die Saale-Unstrut-Region, an die Altmark und andere Teile des Landes - sowie seiner zahlreichen, in ihrer Fülle und Qualität ganz außergewöhnlichen Kulturdenkmäler und Einrichtungen kann man sagen, dass die touristischen Potenziale unseres Landes noch lange nicht ausgeschöpft sind.

(Beifall bei der CDU)

Die wachsenden Besucher- und Übernachtungszahlen zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Im Jahr 2004 erreichten wir mit 5,9 Millionen Übernachtungen in Hotels, Pensionen und auf Campingplätzen die beste Tourismusbilanz seit 1990 und zugleich mit 3,7 % den größten Zuwachs im Vergleich aller Flächenländer der Bundesrepublik.

Meine Damen und Herren! Wenn wir auch nicht in jedem Jahr solche Zuwächse haben werden, so wollen und werden wir auf diesem Weg weitergehen. Nachdem seit 1990 in der privaten Tourismuswirtschaft, aber auch in der touristischen Infrastruktur ein Milliardenbetrag investiert worden ist, haben wir jetzt drei Schwerpunkte gesetzt:

Erstens Verbesserung der Qualität der privaten und öffentlichen Angebote und Dienstleistungen im Sinne eines Tourismus für alle. Über dieses Thema haben wir in der jüngsten Vergangenheit sehr intensiv diskutiert. Ich bin dankbar dafür, dass es diesbezüglich einen breiten Konsens in diesem Hohen Hause gibt.

Zweitens Optimierung der Marketingarbeit der Landesmarketinggesellschaft und aller, die auch sonst angesprochen sind, einer Marketingarbeit, die inzwischen, wie ich meine, erheblich an Qualität gewonnen hat. Das bestätigt übrigens auch die Untersuchung, die auf Wunsch des Wirtschaftsministeriums von der Norddeutschen Landesbank durchgeführt worden ist und deren Ergebnisse in diesen Tagen vorgestellt wurden.

Es ist deutlich geworden, dass das Potenzial, das wir heute schon deutlich besser nutzen als in früheren Jahren, weitere Entwicklungsmöglichkeiten eröffnet. Es ist insbesondere deutlich geworden - meine Damen und Herren, jetzt spreche ich auch die vielen in diesem Hohen Hause an, die auf kommunaler Ebene Verantwortung tragen -, dass man von einem Denken wegkommen muss, das an den eigenen Gemarkungsgrenzen aufhört. Wir müssen versuchen, unsere touristischen Highlights kreisüberschreitend und zum Teil auch Regionen überschreitend zu präsentieren.

Ich finde es vorzüglich, dass heute in einer großen regionalen Zeitung als Appell an die Bürgerinnen und Bürger des Landes steht: „Weitersagen!“. Denn das größte Problem unseres Landes besteht nach wie vor darin, dass das, was wir an phantastischen Angeboten für interessierte, insbesondere für kulturell interessierte Touristen zu bieten haben, bei vielen noch nicht bekannt ist. Niemand ist ein besserer Werber für dieses Land als die einzelne Bürgerin oder der einzelne Bürger. Also lautet auch mein Appell: Weitersagen!

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Einen Beitrag zu einem sympathischen Image unseres Landes wird auch die am Dienstag begonnene PR-Kampagne leisten. Die sparsamen Schwaben, die - als gebürtiger Badener kann ich das so sagen - verdammt knickrigen Schwaben haben sich für ihre Imagekampagne Mittel in Höhe von 25 Millionen € zur Seite gelegt und auch ausgegeben.

(Frau Dr. Weiher, PDS: Wir sind aber nicht Baden-Württemberg!)

- Wir sind nicht Baden-Württemberg und hier sitzen auch nicht Schwaben oder Badener.

(Frau Dr. Weiher, PDS: Das ist wahr!)

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir uns in diesem Lande die Freiheit nehmen, gerade einmal ein Zehntel davon, also 2,5 Millionen €, von denen übrigens 75 % von der EU kommen und für werbliche Zwecke gebunden sind, in eine Kampagne zu stecken, durch die unser Land in sympathischer Weise bundesweit ein besseres Image bekommen wird, dann ist das nach meiner Überzeugung absolut gerechtfertigt.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Glauben Sie mir - ich kann das sagen, gerade weil ich die schwäbische Mentalität so gut kenne -, die Schwaben hätten noch nicht einmal 2,5 Millionen € bereitgestellt, wenn sie nicht der Überzeugung gewesen wären, dass das Gesamtbild des Landes und auch das Wir-Gefühl im Land durch eine solche Kampagne erheblich befördert würden. Das Entscheidende ist, dass wir auch im eigenen Land die Verzagttheit, die gelegentlich bis in die Opposition hinein wahrnehmbar ist, überwinden und positiv nach vorn denken, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich nicht diejenigen kritisieren, die wegen der 2,5 Millionen €, die, wie gesagt, zu drei Vierteln ohnehin zweckgebunden waren und für andere Zwecke gar nicht hätten ausgegeben werden können, Kritik geübt haben. Denn

was wäre eine solche vorzügliche Kampagne, wenn es nicht auch ein paar Kritiker gäbe?

(Zustimmung von Herrn El-Khalil, CDU)

Ich möchte das hier wirklich nicht zu hoch hängen.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Minister, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Herrn Gallert zu beantworten?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Lieber Herr Gallert, ich finde es hervorragend, in Debatten wie der heutigen miteinander zu diskutieren. Es ist das erste Mal, dass ich Sie bitte zu warten, bis ich fertig bin, weil ich die Frage, die Sie stellen wollen, möglicherweise noch beantworten werde. Bei einer Regierungserklärung sollte man erst das sagen dürfen, was man sagen wollte. Anschließend stehe ich Ihnen stundenlang zur Verfügung.

(Heiterkeit - Zuruf von Herrn Gallert, PDS)

- Damit da kein Missverständnis aufkommt: Das betraf jetzt nicht nur Herrn Gallert, es betraf selbstverständlich das Hohe Haus.

(Zuruf von Herrn Czeke, PDS)

Meine Damen und Herren! Der dritte Punkt bei unserer Arbeit im touristischen Bereich ist der weitere Ausbau der Infrastruktur. Rund ein Drittel aller Mittel des von der Landesregierung im Jahr 2003 aufgelegten Komm-Invest-Programms in Höhe von nahezu 220 Millionen € ging in die touristische Infrastruktur, insbesondere für Vorhaben an der Straße der Romanik, des „Blauen Bandes“, der „Gartenträume“ und der „Himmelswege“.

Wie gut dieses Geld in den meisten Fällen angelegt ist, zeigt exemplarisch der Elberadweg. Im März dieses Jahres wurde er auf der Internationalen Tourismusbörse in Berlin zum beliebtesten Radwanderweg der Bundesrepublik Deutschland gekürt. Meine Damen und Herren, das hat mich gefreut.

(Zustimmung bei der FDP)

Auch die Mittel in Höhe von nahezu 1,2 Milliarden €, die seit 1991 für die Sanierung von Tagebaurestlöchern aufgewendet wurden, dienen in hohem Maße der touristischen Entwicklung Sachsens-Anhalts. Die Bitterfelder Wasserfront, Herr Kollege Wolpert, die in diesen Tagen fertig gestellt wird, ist dafür ein eindrucksvolles Beispiel.

(Zustimmung von Herrn Wolpert, FDP, und von Herrn Kosmehl, FDP)

Meine Damen und Herren! In einem sehr wesentlichen Punkt haben wir in der Tourismusförderung allerdings mit der Politik der Vorgängerregierung Schluss gemacht: Privatwirtschaftliche Großinvestitionen, deren Wirtschaftlichkeit offenkundig nicht gegeben ist, haben keine Chance auf Förderung.

Seit Mitte der 90er-Jahre wurden zig Millionen Fördermittel in Projekte gesteckt, die kurz nach ihrer Fertigstellung insolvent geworden sind. Das Wasserschloss Flechtingen, das Salzland-Center Staßfurt und das Nemo-Freizeitbad Magdeburg lassen grüßen. Nach der Auffassung der Landesregierung ist es nicht zu beantworten, Luftschlösser mit öffentlichen Mitteln zu för-

dern und damit im schlimmsten Falle sogar Investruinen zu produzieren, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Für Investoren, die alles außer eigene Finanzmittel in nennenswertem Umfang hatten und die auf Förderankündigungen der Vorgängerregierung vertrauten - ich denke zum Beispiel an Projekte wie die Ski-Tube Hasselfelde oder das Pantheum in Magdeburg -, war dieser Kurswechsel schwer nachvollziehbar. Das bestreite ich nicht. Dennoch werden wir unsere Haltung nicht ändern. Förderpolitik ist volkswirtschaftlich nur dann vertretbar, wenn sie zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse beiträgt. Bei Projekten, deren Scheitern absehbar ist, kann davon keine Rede sein.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Eine Schlüsselrolle für die weitere wirtschaftliche Entwicklung von Sachsen-Anhalt wie der Bundesrepublik insgesamt spielt die Frage, inwieweit wir in der Lage sind, mit neuen Produkten und Verfahren unserem Land im globalen Wettbewerb eine technologische Spitzenstellung zu sichern. Darauf ist der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung am 15. April 2005 bereits eingegangen. Ich will das, was Herr Professor Böhmer ausgeführt hat, nicht wiederholen, zumal Herr Krause-Heiber von der EU-Generaldirektion für Regionalpolitik erst vor wenigen Wochen in Magdeburg öffentlich bestätigt hat, dass Sachsen-Anhalt im Vergleich zu anderen Ziel-1-Regionen bei der Berücksichtigung der Lissabon-Ziele im Programm hervorragend abschneidet.

In Ergänzung der Ausführungen des Ministerpräsidenten möchte ich heute lediglich drei Aspekte ansprechen:

Erstens. Angesichts der überragenden Bedeutung neuer Produkte und Verfahren hat die Landesregierung seit 2002 trotz ihrer auf die Rückführung von Haushaltsansätzen orientierten Politik für die Förderung im Bereich der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung die Mittel drastisch erhöht. Für die Frage, was tatsächlich im FuE-Bereich geschehen ist, sind die erhöhten Ansätze in den Haushaltsplänen und selbst die Gesamthöhe der Förderbescheide allerdings nur von begrenzter Aussagekraft. Die globalen Ansätze in den Haushaltsplänen stehen zunächst im wahrsten Sinne des Wortes auf dem Papier. Das gilt natürlich auch für Förderbescheide, die nicht umgesetzt werden.

Entschieden aussagekräftiger sind die Zahlen, die über den Abfluss der Gelder, also die tatsächlich erfolgte Inanspruchnahme der FuE-Mittel Auskunft geben. Die Zahlen, die hierzu vorliegen, sprechen eine eindeutige Sprache: Waren es im Jahr 2001 noch knapp 7 Millionen €, die für einzelbetriebliche FuE-Projekte ausgegeben worden sind, stieg der Umfang der eingesetzten Mittel über knapp 11 Millionen € im Jahr 2002, rund 23 Millionen € im Jahr 2003 auf rund 25,6 Millionen € im Jahr 2004. Binnen drei Jahren hat die Landesregierung, haben auch die sie tragenden Fraktionen, ohne die das nie gegangen wäre, die Höhe der FuE-Ausgaben mehr als verdreifacht, meine Damen und Herren. Ich finde, damit müssen wir uns nicht verstecken.

Für das laufende Jahr haben wir übrigens neben den bereits gebundenen Mitteln in Höhe von 46 Millionen € Darlehensmittel in Höhe von bis zu 8 Millionen € sowie

weitere 5 Millionen € durch Umwidmungen von Mitteln bereitstellen können, die wegen eines von der EU eingeleiteten Prüfverfahrens nicht für Ausbaumaßnahmen bei den Technologie- und Gründerzentren eingesetzt werden dürfen. Aus dem gleichen Grund sollen für das Jahr 2006 weitere 12 Millionen € umgewidmet werden. Da die Mittel gegenseitig deckungsfähig sind, können wir fest mit der Zustimmung der EU rechnen.

Der Spielraum für Maßnahmen zur Umsetzung der Lissabon-Strategie in Sachsen-Anhalt wird damit in vollem Umfang genutzt. Dazu besteht auch alle Veranlassung. Nimmt man zum Beispiel die Zahl der angemeldeten Patente als Maßstab für die Innovationskraft und -dichte einer Region, haben wir in Sachsen-Anhalt noch einen großen Nachholbedarf. Von unserem Ziel, Sachsen-Anhalt als besonders innovatives Bundesland zu profilieren, sind wir trotz aller bemerkenswerten Einzelerfolge noch weit entfernt. Aber niemand wird ernsthaft in Abrede stellen können, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Meine Damen und Herren! Ein Schwerpunkt unserer Existenzgründungsoffensive liegt, wie bereits ausgeführt, bei den Gründungen, die neue Verfahren und Produkte zum Gegenstand haben und deshalb in den meisten Fällen aus den Hochschulen heraus zustande kommen. Aber auch unsere Technologie- und Gründerzentren, die im ganzen Land entstanden sind, tragen mit ihrer Arbeit erheblich zu einem innovationsfreundlichen Klima in Sachsen-Anhalt bei. Sie sind umso erfolgreicher, je enger sie mit Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen wie der Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gesellschaft und den Fraunhofer-Instituten sowie privaten Forschungseinrichtungen zusammenarbeiten.

Schließlich leistet auch die Innovationsbeteiligungsgesellschaft des Landes wichtige Beiträge, wenn es um die Finanzierung innovativer Betriebe geht. Das Gesamtengagement der IBG ist inzwischen auf ca. 115 Millionen € angewachsen. Gegenüber dem Jahr 2002 beträgt das Plus über 48 Millionen €. Um noch mehr Spielräume zu eröffnen, wird die IBG in Zukunft auch privates Kapital akquirieren. Die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen dafür werden zurzeit geschaffen.

Zweitens. Ein Land mit 2,5 Millionen € Einwohnern, zwei Universitäten, fünf Fachhochschulen und einer Reihe weiterer Forschungseinrichtungen würde sich hoffnungslos übernehmen, wenn es den Versuch machte, sich auf möglichst vielen Gebieten mit Spitzenprodukten und -verfahren zu profilieren.

Im Sinne einer realistischen und gerade deshalb erfolgreichen Cluster-Bildung hat die Landesregierung für ihre Förderpolitik Schwerpunktbereiche definiert. Das sind die Bereiche Chemie und neue Werkstoffe, Maschinen- und Anlagenbau einschließlich Automotive sowie Life-Science, Biotechnologie, Pharmazie und Medizin. Hinzu kommen Technologien mit ausgeprägtem Querschnittscharakter, nämlich die Mikrosystemtechnik, die Nanotechnologie sowie die Informations- und Kommunikationstechnologien einschließlich der Logistik.

Dass die Ernährungswirtschaft als umsatz- und beschäftigungsstärkste Branche Sachsen-Anhalts in dieser Aufzählung nicht ausdrücklich erwähnt wird, ist nur ein scheinbarer Widerspruch; denn die wesentlichen Innovationen in dieser Branche vollziehen sich im Rahmen des Maschinen- und Anlagenbaus einerseits und der Biotechnologie andererseits - beides Schwerpunkte unserer FuE-Politik.

Die dank staatlicher Unterstützung gelungene Bildung erfolgreicher Cluster setzt nicht nur eine Konzentration der vom Wirtschaftsministerium auszureichenden Mittel auf Schwerpunktbereiche voraus. Vielmehr ist eine Abstimmung zwischen der innovationsbezogenen und wirtschaftsnahen Förderung durch das Wirtschaftsministerium einerseits und der Konzeption des Kultusministeriums für die Bereitstellung staatlicher Mittel im Bereich der Hochschulen und anderer Forschungsinstitute, also für die Grundlagenforschung, andererseits unabdingbar.

Meine Damen und Herren! Ganz einfach ist eine solche Koordination gewiss nicht; denn die Freiheit der Forschung und die Autonomie der Hochschulen dürfen nicht infrage gestellt werden. Umso dankbarer bin ich dem Kultusminister, meinem Kollegen Olbertz, dass er in den zurückliegenden Monaten in einem intensiven Diskussions- und Abstimmungsprozess entscheidend dazu beigetragen hat, ein Strategiepapier zur Abstimmung der Konzeptionen der beiden Ministerien zur innovationsbezogenen Förderung zu erarbeiten.

Diese Zusammenarbeit ist jetzt auch auf das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt ausgedehnt worden; denn die Landesregierung räumt bei der Erarbeitung ihrer Vorschläge für die EU-Strukturfondsperiode 2007 bis 2012 der ressortübergreifenden Förderung von Forschung und Entwicklung einen besonders hohen Stellenwert ein.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Es wird jetzt entscheidend darauf angekommen - das möchte ich ganz klar sagen -, das gemeinsame Konzept umzusetzen; denn auch hierbei gilt: Es zählen nur die Taten. Ich möchte an dieser Stelle aber auch sagen - das sage ich für die Kollegen, die davon betroffen sind, ganz nachdrücklich -: Wir sind fest entschlossen, die interministerielle Zusammenarbeit bei der Innovationsförderung weiter zu optimieren. Das ist für dieses Land von allergrößter Bedeutung.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Drittens. Zu den Schwerpunktbereichen, die eine nachhaltige Förderung durch die Landesregierung erfahren, gehört bekanntlich die Biotechnologie. Im Koalitionsvertrag wurde eine Biotechnologieoffensive vereinbart. Auch hierbei haben wir eine Menge erreicht.

Meine Damen und Herren! Die Biotechnologie gehört zu jenen Technologien, die die Welt im 21. Jahrhundert grundlegend verändern werden. Das Heilen schwerer Krankheiten wird ohne Gentechnik nicht möglich sein. Gentechnisch veränderte Organismen werden bei der Entgiftung von Böden eine Rolle spielen. Sie werden das Potenzial nachwachsender Rohstoffe wesentlich vergrößern. Schädlingsresistente Pflanzen werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt entscheidend voranbringen.

Mitten in Sachsen-Anhalt, in Quedlinburg, steht die Wiege der deutschen Pflanzenzucht. Ohne die großartigen Erfolge in der Pflanzenzucht wären wir in Deutschland nicht mit einer Überproduktion in der Landwirtschaft, sondern, wie viele Generationen vor uns, mit Hungersnöten konfrontiert. Wir sind stolz darauf, dass wir sowohl in Teilbereichen der roten Biotechnologie als auch in Bereichen der grünen Biotechnologie Spitzenergebnisse der Forschung vorweisen können. Allein die grüne Biotechnologie hat in Sachsen-Anhalt rund 2 000 äußerst

anspruchsvolle und gut bezahlte Arbeitsplätze geschaffen.

Meine Damen und Herren! Umso betroffener sind wir deshalb, dass Frau Bundesministerin Künast alles unternimmt, um die grüne Gentechnik in Deutschland zu blockieren. Die von ihr durchgeboxte Novelle zum Gentechnikgesetz, deren eigentliche Aufgabe die Absicherung der Koexistenz unterschiedlicher Anbauformen in der Landwirtschaft sein sollte, ist in Wahrheit ein Gentechnikverhinderungsgesetz.

Als im Jahr 2004 unter der Federführung des InnoPlanta e. V. ein bundesweiter Erprobungsanbau von Bt-Mais durchgeführt wurde, hat sie den ihr unterstellten Einrichtungen verboten, das Projekt wissenschaftlich zu begleiten. Auch andere wissenschaftliche Untersuchungen im Bereich der Gentechnik hat sie verboten. Mitarbeiter, die für die Gentechnik plädierten, wurden mit massiven Repressionen verfolgt.

(Herr Gürth, CDU: So sind die Grünen!)

„In dubio pro libertate“ - im Zweifel für die Freiheit -, heißt es in dem inzwischen bundesweit bekannten Volmer-Erlass.

(Herr Gürth, CDU: Fischer!)

Meine Damen und Herren! Das ist ein großes Wort. Aber was ist mit der Freiheit der Forschung, zum Beispiel in der Bundesanstalt für Züchtungsforschung in Quedlinburg?

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Was ist mit der Berufsfreiheit von Landwirten, die die Chancen der Gentechnik nutzen wollen? - Die Arroganz der grünen Weltverbesserer ist unerträglich.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Nebenbei gesagt: Deren Politik wird den Gang der Welt nicht aufhalten. Aber Wissenschaftler und innovative Unternehmen werden Deutschland verlassen. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen hat in Deutschland eine Farbe: Grün.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Die SPD sollte sich nicht länger vor diesen Karren spannen lassen.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank - Herr Bullerjahn, SPD: Herr Rehberger, wir sind doch nicht im Wahlkampf!)

- Verehrter Herr Bullerjahn, die Tatsache, dass Sie den bevorstehenden Bundestagswahlkampf ohne Koalitionsaussage zugunsten der Grünen führen möchten, ist vielleicht ein erstes Zeichen der Einsicht.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank - Herr Bullerjahn, SPD: Sie haben vorhin nicht zugehört, Herr Rehberger!)

Meine Damen und Herren! Wirtschaft ist nicht Selbstzweck. Die Aufgabe der Wirtschaft ist es, die Verbraucher mit den von ihnen benötigten Dienstleistungen und Gütern möglichst optimal zu versorgen.

Um die eigenen wirtschaftlichen Bedürfnisse befriedigen zu können, sind erwachsene Menschen in aller Regel auf ein Erwerbseinkommen angewiesen. Die Arbeit ist

allerdings wesentlich mehr als nur das Mittel dafür, Einkommen zu erzielen; sie gibt dem Leben Inhalt und Sinn.

Der Umstand, dass in Sachsen-Anhalt mehr als 20 % der erwerbswilligen Bürgerinnen und Bürger keinen Arbeitsplatz haben, ist die weitaus schwerste Hypothek, die seit der Wende auf uns lastet. Die Aufgabe, die politischen Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass möglichst jeder Arbeitswillige in Zukunft wieder einen Arbeitsplatz erhalten kann, ist deshalb für die Landesregierung die größte Herausforderung, die zu bestehen ist.

Angesichts der insgesamt positiven Entwicklung vor allem im verarbeitenden Gewerbe und in Teilen des Dienstleistungsbereiches können wir auch auf dem Arbeitsmarkt seit 2002 erste Anzeichen einer Trendwende feststellen.

Mit rund 963 700 Erwerbstätigen hatte Sachsen-Anhalt im Jahr 2002 auf dem ersten Arbeitsmarkt den absoluten Tiefpunkt erreicht. Binnen zwei Jahren, also bis Ende 2004, wuchs die Zahl der Erwerbstätigen um 19 000 auf 982 700. Da allerdings parallel dazu die Zahl der Personen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt von 62 000 auf 30 000 zurückgeführt worden ist, ist dieser Aufwuchs bei der Zahl der Erwerbstätigen auf dem ersten Arbeitsmarkt in der Gesamtzahl der Erwerbstätigen noch nicht sichtbar.

Im laufenden Jahr dürfte die Zahl der Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt wieder leicht steigen. Gleichzeitig werden, wie wir wissen, auf dem zweiten Arbeitsmarkt zumindest keine weiteren Maßnahmen zum Abbau der Zahl der dort beschäftigten Personen getroffen, sodass die Gesamtbilanz für das laufende Jahr 2005 erstmals wieder einen leichten Zuwachs bei der Zahl der Arbeitsplätze ausweisen dürfte.

Die Arbeitslosenstatistik zeigt, dass die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt tendenziell besser werden. Im Jahr 2004 konnten wir erstmals seit 1994 die rote Laterne abgeben. Dieser Vorgang ist volkswirtschaftlich gewiss ohne Bedeutung; es ist psychologisch allerdings durchaus hilfreich, dass wir auch hierbei vorankommen.

Angesichts der im zurückliegenden Winter festgestellten Zahl von bundesweit mehr als fünf Millionen Arbeitslosen sowie der acht Regierungsjahre der Vorgängerregierung, in denen Sachsen-Anhalt in keinem einzigen Monat den letzten Platz in der Arbeitslosenstatistik abgeben konnte, darf man getrost auch kleine Erfolge erwähnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Die Tendenz, dass sich Sachsen-Anhalt bei der Arbeitslosigkeit in kleinen Schritten von der letzten Position entfernt, hält auch im Jahr 2005 an. Dies schließt keinesfalls aus - ich halte es sogar für wahrscheinlich -, dass wir bei der Arbeitslosenquote in den Sommermonaten noch einmal um einige Zehntelpunkte hinter Mecklenburg-Vorpommern zurückfallen. Die Gesamtbilanz 2005 hingegen wird zeigen, dass wir uns noch klarer als im Jahr 2004 von der letzten Position entfernen. Wir werden alles dafür tun, weiter voranzukommen; denn auch die vorletzte Position ist nicht die Position, die wir anstreben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Zu den positiven Entwicklungen des Arbeitsmarktes tragen vor allem auch tüchtige, gut qualifizierte Nachwuchskräfte bei; deshalb sind die Sicherung angemessener Ausbildungsangebote an die junge Generation, aber auch die anschließende Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ein zentrales Anliegen der Landesregierung. Leider ist die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland immer noch nicht so weit, dass alle Ausbildungswilligen einen Platz im dualen Ausbildungssystem finden.

Dank des großen Engagements der Kammern und der Verbände unserer regionalen Wirtschaft sowie der umfangreichen ergänzenden Angebote von außerbetrieblichen Ausbildungsplätzen ist es in den zurückliegenden Jahren in Sachsen-Anhalt aber gelungen, so gut wie alle jungen Menschen mit Ausbildungsplätzen zu versorgen und damit den ersten Platz unter den ostdeutschen Bundesländern zu belegen.

(Beifall bei der FDP)

Trotz der schwierigen bundesweiten Rahmenbedingungen ist es im Jahr 2004 darüber hinaus erstmals wieder gelungen, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze in Sachsen-Anhalt zu erhöhen. Für das enorme Engagement, mit dem alle Beteiligten, insbesondere die Industrie- und Handelskammern, die Handwerkskammern und die Kammern der freien Berufe, aber auch die vielen von den Kammern vertretenen Betriebe und freiberuflichen Praxen, zu diesem Erfolg beigetragen haben, möchte ich mich auch an dieser Stelle herzlich bedanken.

(Beifall bei der FDP)

Die vertrauensvolle Kooperation der Landesregierung mit den Repräsentanten der Wirtschaft und der Gewerkschaften, die wir im Forum für Wirtschaft und Arbeit und in den Branchendialogen pflegen, trägt ganz offensichtlich Früchte. Ich gehe davon aus, dass wir mit einer erneuten gemeinsamen Kraftanstrengung auch im Jahr 2005 die uns gestellte Aufgabe überzeugend lösen werden.

Von unserem Ziel, die Arbeitslosigkeit spürbar zurückzuführen, sind wir natürlich noch weit entfernt. Für den sich nur sehr langsam vollziehenden Besserungsprozess ist in erster Linie ursächlich, dass das Wirtschaftswachstum der Bundesrepublik seit Jahren äußerst gering und das niedrigste aller 25 EU-Staaten ist.

Die Tatsache, dass die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland und in Sachsen-Anhalt erheblich über der Quote in den alten Bundesländern liegt, ist insbesondere auf die traditionell wesentlich höhere Erwerbsquote der ostdeutschen Bevölkerung zurückzuführen. Hinzu kommt, dass die Teilzeitbeschäftigung im Osten eine wesentlich geringere Rolle spielt als in den alten Bundesländern. Zu den Maßnahmen, die das Problem der Arbeitslosigkeit zumindest teilweise lindern können, gehört also auch die Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen.

Ein besonders großes Problem verursachen die Geringqualifizierten, deren Anteil an den Arbeitslosen bundesweit bei 50 % und in Sachsen-Anhalt bei ca. 40 % liegt. Dank unserer sozialen Sicherungssysteme erhalten diese Arbeitslosen Transferleistungen, die je nach persönlichen Umständen einem Stundenlohn von 5 bis 8 € entsprechen. Ein ökonomischer Anreiz, einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz anzunehmen, setzt also Löhne voraus, die zumindest etwas über der Höhe die

ser Transferleistungen liegen. Löhne in dieser Höhe sind für die Unternehmen jedoch angesichts der geringen Qualifikation der Arbeitskräfte nicht akzeptabel.

Es gibt zwei Ansätze, um dem großen Kreis der Geringqualifizierten Arbeit zu verschaffen. Entweder zwingt man die ALG-II-Empfänger gegen einen geringen Zuverdienst zu einer gemeinnützigen Arbeit - genau dies geschieht zum Beispiel bei den so genannten Ein-Euro-Jobs - oder der Staat zahlt denjenigen, die für sehr niedrige Löhne arbeiten, einen Zuschuss, der sie zusammen mit ihrem regulär verdienten Nettoeinkommen zumindest etwas besser stellt, als wenn sie ihren Lebensunterhalt lediglich über staatliche Transferleistungen beziehen würden.

Diesen Ansatz präferiert die von den Professoren Schöb und Weimann der Otto-von-Guericke-Universität entwickelte „Magdeburger Alternative“. Die Landesregierung bevorzugt diesen Ansatz ebenfalls, der zu Recht auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt abzielt und mit dem die negativen Auswirkungen eines zweiten Arbeitsmarktes vermieden werden könnten.

Anders als die „Magdeburger Alternative“, die für die unterste Lohngruppe und damit für einen vom Arbeitsmarkt noch akzeptierten Lohn entwickelt worden ist, setzt die Landesregierung auf Niedriglöhne unterhalb dieser Schwelle sowie darauf, dass nur zusätzliche Arbeitsplätze und nicht parallel dazu eine gleiche Zahl bestehender Arbeitsplätze in dieser Weise subventioniert werden. Mit dem so genannten Einstiegsgeld steht ein Instrument zur Verfügung, das von der in diesen Dingen ausschließlich zuständigen Bundesregierung bereitgestellt worden ist.

Die nächsten Monate werden zeigen, ob alle Beteiligten, die Unternehmer ebenso wie die ALG-II-Empfänger, die kommunalen Gebietskörperschaften ebenso wie die Agentur für Arbeit, dieses Instrument auf breiter Front nutzen werden. Eigentlich liegt es nahe; denn diese Regelung ist vorteilhaft für alle, für die Arbeitslosen, indem sie einen Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt sowie ein gegenüber dem ALG II erhöhtes Einkommen erhalten, für die Arbeitgeber, indem sie einfachere Arbeiten zu akzeptablen Kosten erledigen lassen können, und für die öffentlichen Hände, insbesondere die Agentur für Arbeit, indem sie einen geringeren Aufwand haben. Alles spricht also dafür, das Einstiegsgeld auf breiter Front zu erproben.

Mit großer Sorge verfolge ich deshalb die Debatte über gesetzliche Mindestlöhne. Einmal abgesehen davon, dass gesetzliche Mindestlöhne der Einstieg in die Entmachtung der Tarifvertragsparteien wären,

(Frau Rogée, PDS: Stimmt doch gar nicht!)

würden solche Eingriffe in die Tarifautonomie den Geringqualifizierten jede Chance auf eine Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt verbauen und je nach ihrer Stärke weitere Arbeitsplätze vernichten.

Die Bundesrepublik ist Teil der Europäischen Union und steht in einem weltweiten Wettbewerb. Wer die Arbeitskosten in die Höhe treibt, exportiert deshalb zwangsläufig Arbeitsplätze. Im Rahmen des Kombilohnmodells, das mit dem Einstiegsgeld angeboten wird, kann demgegenüber auch Geringqualifizierten ein regulärer Arbeitsplatz gesichert werden, ohne die Sicherung des Existenzminimums infrage zu stellen. - Der Einführung

gesetzlicher Mindestlöhne wird die Landesregierung keinesfalls zustimmen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Erhebliche Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt haben natürlich auch Wanderungsprozesse, die sowohl innerhalb der Bundesrepublik als auch über die nationalen Grenzen hinweg in beträchtlichem Umfang stattfinden. Nach meinem Eindruck wird dieser Vorgang bei uns allerdings viel zu einseitig gesehen. Viele jammern bei jeder passenden oder auch unpassenden Gelegenheit über die Abwanderung. Wanderungsprozesse waren und sind jedoch völlig normal.

Der gebürtige Hallenser Georg Friedrich Händel verbrachte einen großen Teil seines Lebens in London. Der gebürtige Magdeburger Friedrich Wilhelm von Steuben hat seine geschichtliche Bedeutung in den Unabhängigkeitskriegen der USA gewonnen. Otto von Guericke verlebte seine späten Jahre in Hamburg. Umgekehrt stammte Hugo Junkers aus Rheydt am Niederrhein, Philipp Melancthon aus Bretten in Baden, Johann Sebastian Bach, der viele seiner schönsten Konzerte in Köthen komponiert hat, aus Eisenach.

(Unruhe bei der SPD)

Die Mitglieder dieses Hohen Hauses - man kann es beliebig erweitern, darin haben Sie völlig recht; aber jetzt bin ich bei Ihnen, meine Damen und Herren - würden staunen, wenn sie einmal untersuchen würden, wo ihre Vorfahren gelebt haben.

Kurz und gut: Wanderungen hat es zu allen Zeiten gegeben. Wir sollten deshalb endlich damit aufhören, über Abwanderungen zu lamentieren. Wir sollten stattdessen zur Kenntnis nehmen, dass Wanderungen normal sind.

Wir sollten ebenfalls zur Kenntnis nehmen, dass den Abwanderungen in hohem Maße Zuwanderungen gegenüberstehen: Im Jahr 2003 sind mehr als 41 000 Menschen nach Sachsen-Anhalt gezogen, mehr als in jedem Jahr seit 1998. Andere merken es offenbar schneller als wir: Sachsen-Anhalt hat viel zu bieten, auch viele interessante Arbeitsplätze.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Minister, Sie haben bereits 22 Minuten und 15 Sekunden überzogen.

(Oh! bei der SPD - Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Wir kommen mit unserer gesamten Redezeitstruktur ins Rutschen.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident, ich entschuldige mich sehr. Sie sehen, wie gut es war, dass ich zum Beispiel mit Herrn Gallert keine Diskussion begonnen habe. Aber unbeschadet dessen bitte ich, mich zu Ende sprechen zu lassen. Ich brauche nicht mehr viel Zeit, ich bin relativ bald fertig.

(Heiterkeit)

Herr Präsident, gestatten Sie das?

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Bitte.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das hätte man vorher mal sagen können, Herr Rehberger, damit es die Abgeordneten wissen!)

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Meine Damen und Herren! Problematisch sind nicht die Wanderungsprozesse als solche, problematisch ist ein negativer Saldo bei Wanderungsprozessen. Den Tiefpunkt hat Sachsen-Anhalt im Jahr 2001 erlebt, als per Saldo rund 23 000 Menschen mehr gegangen als gekommen sind. Wie in der ersten Hälfte der 90er-Jahre schließt sich inzwischen allerdings die Schere wieder. Die Attraktivität unseres Landes im Vergleich der Bundesländer untereinander nimmt offenkundig wieder zu.

Umso fataler wäre es, wenn sich, wie Vertreter der Opposition zum Teil fordern, die Politik der Landesregierung an Hochrechnungen für die nächsten 15 Jahre orientieren und für das Jahr 2020 eine Bevölkerungszahl von nur noch zwei Millionen Menschen zugrunde legen würde.

Meine Damen und Herren! Wer solche Rechnungen anstellt und darauf seine Politik - zum Beispiel bei der Kreisgebietsreform - stützt, begeht einen doppelten Fehler. Abgesehen davon, dass Trendforscher allenfalls einen Zeitraum von fünf bis sieben Jahren als vorhersehbar einschätzen, vermittelt er den Eindruck, dass mit den von ihm prognostizierten zwei Millionen Menschen im Jahr 2020 gewissermaßen die Talsohle erreicht sei. Sollte jedoch tatsächlich ein solcher Tiefpunkt kommen, dann sind weitere dramatische Einbrüche angesichts der dann eingetretenen totalen Überalterung durch nichts zu verhindern. Wer sich also an solchen Zahlen orientiert, springt entweder zu weit oder zu kurz. Dazu ist die Landesregierung nicht bereit.

(Herr Bullerjahn, SPD: Die springt gar nicht! - Heiterkeit bei der SPD und bei der PDS)

Zwei Millionen Menschen im Jahr 2020 zur Grundlage politischer Entscheidungen im Jahr 2005 zu machen kommt für die Landesregierung aber auch aus einem anderen Grund nicht in Betracht. Denn wer so argumentiert, der verlangt letztlich die Kapitulation der Politik vor angeblich zwangsläufigen Entwicklungen, meine Damen und Herren. In Wirklichkeit ist es aber gerade die Aufgabe der Politik, solche Fehlentwicklungen zu verhindern.

Es hätte katastrophale Folgen auf dem Arbeitsmarkt, wenn im Jahr 2020 nur noch zwei Millionen Menschen mit der dann zwangsläufigen Altersstruktur in Sachsen-Anhalt leben würden. Viele in den letzten 15 Jahren angesiedelte Unternehmen hätten dann keine ausreichende Zahl von qualifizierten Arbeitskräften mehr.

Für die Landesregierung steht deshalb fest: Wir müssen und wir werden in den vor uns liegenden Jahren alles unternehmen,

(Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

um den Bevölkerungsschwund zu bremsen und den Trend umzukehren, wie es Mitte der 90er-Jahre schon einmal ansatzweise gelungen ist.

Zugegeben, auf das generative Verhalten der Menschen hat die Regierung so gut wie keinen Einfluss. Umso kla-

rer ist, dass ein Schrumpfungsprozess in der Bevölkerung durch eine gezielte Zuwanderungspolitik auch, aber nicht nur aus westdeutschen Regionen ausgeglichen werden muss. Darüber wird man sich in den nächsten Jahren sehr gründlich Gedanken machen müssen.

Lassen Sie mich zum Schluss sagen: Wir hier in Sachsen-Anhalt laden Menschen, die etwas unternehmen wollen, ganz herzlich ein, in unser Land zu kommen. Wir brauchen viele zusätzliche selbständige Existenzen. Dann wächst automatisch auch wieder die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze.

Unsere Lage mitten in Deutschland, mitten in Europa spricht für uns. Sachsen-Anhalt ist ein landschaftlich außerordentlich reizvolles und ein geschichtlich hochinteressantes Land mit tüchtigen, innovativen Menschen. Wir haben mehr Platz als andere, wir arbeiten länger, wir können vieles, selbst Hochdeutsch. Es lohnt sich also, zu uns zu kommen. Sehr viele ausländische Investoren haben das längst erkannt und in Deutschland wird sich das auch immer mehr herumsprechen.

Zusammenfassend möchte ich deshalb feststellen, dass wir zwar die von uns selber gesetzten ehrgeizigen Ziele in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik noch lange nicht erreicht haben, aber - wie die unterschiedlichen Daten und Fakten beweisen - auf dem richtigen Wege sind. Deshalb werden wir diesen Weg auch konsequent weiter gehen, mit großem Engagement, das auch darin zum Ausdruck kommt: Wir stehen früher auf. - Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Herr Gallert, Sie wollten noch eine Frage an den Minister richten? - Herr Minister, sind Sie bereit zu antworten?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Ja.

Herr Gallert (PDS):

Wegen Ihrer Androhung, mir stundenlang zu antworten, kriege ich jetzt schon die Kritik, dass ich Ihnen nur eine Frage stelle.

Herr Rehberger, ich habe ein richtiges Problem und einen Hinweis. Das richtige Problem, das ich habe, ist, dass Sie als Wirtschafts- und Arbeitsminister in Ihrer Erklärung den gesamten Bereich des zweiten Arbeitsmarktes, der öffentlich geförderten Beschäftigung nur an einer einzigen Stelle erwähnt haben, und zwar als Sie gesagt haben, dass mit dem Modell „Magdeburger Alternative“ auf die Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt abgezielt werde und damit die negativen Auswirkungen eines zweiten Arbeitsmarktes vermieden würden. Ansonsten haben Sie in Ihrer gesamten Erklärung von dem zweiten Arbeitsmarkt nicht gesprochen. Der Ministerpräsident sprach aber ausdrücklich in seiner Regierungserklärung während der letzten Landtagssitzung von einem solchen Bereich und dessen Notwendigkeit.

Jetzt frage ich Sie als Vertreter der Landesregierung, als zuständigen Minister: Soll sich der zweite Arbeitsmarkt aus Ihrer Sicht auf das Einstiegsgehalt beschränken und hat er ansonsten aus Ihrer Sicht nur negative Auswirkungen?

Noch ein Hinweis zu der Kampagne und den Europa-Mitteln. Ich sage Ihnen nur eines: Denjenigen, der Ihnen erzählt hat, dass der Bereich „Technische Hilfe“ aus den Europa-Mitteln ausschließlich zu Werbungszwecken verwendet werden darf,

(Minister Herr Dr. Rehberger: Nicht ausschließlich!)

- Sie haben zweimal gesagt: wir hätten das sowieso nur für Werbungszwecke verwenden dürfen -, den schicken Sie mal zu mir. Ich erzähle dem, wofür er das Geld einsetzen darf.

(Oh! bei der CDU und bei der FDP)

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Kollege Gallert, über Letzteres unterhalten wir uns ganz friedlich und ich schicke Ihnen auch gern ein paar Personen, die das mit Ihnen erörtern können.

(Heiterkeit bei der FDP)

Ich glaube, das führte vielleicht zu einem guten Ergebnis des Gespräches, das Sie führen würden.

Was den zweiten Arbeitsmarkt anbetrifft, so ist das natürlich ein wichtiges Thema. Aber ich sage: Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik haben die Aufgabe, alles zu tun, um den zweiten Arbeitsmarkt überflüssig zu machen.

(Zustimmung bei der FDP und von Frau Fischer, Merseburg, CDU)

Diejenigen, die immer nur in den Kategorien des zweiten Arbeitsmarktes denken - das ist bei der PDS sehr stark feststellbar -, gehen am eigentlichen Problem vorbei. Denn sie steigern den Aufwand, den der Staat für diesen Bereich hat, mit der Folge, dass der erste Arbeitsmarkt darunter kontinuierlich stärker leidet und schrumpft.

Deswegen sage ich in aller Deutlichkeit: Natürlich gibt es im Moment zu Recht Maßnahmen auf dem zweiten Arbeitsmarkt. Das ist eine Entscheidung des Bundes. Sie wissen, dass die Agentur für Arbeit eine Bundeseinrichtung ist. Aber als Wirtschafts- und Arbeitsminister des Landes Sachsen-Anhalt sage ich klipp und klar: Je stärker diese Maßnahmen in Richtung erster Arbeitsmarkt orientiert sind, desto besser. Wir müssen endlich wieder dahin kommen, dass der erste Arbeitsmarkt umfassend funktioniert, und müssen diese aufwendigen Hilfskrücken schrittweise zurückführen.

(Beifall bei der FDP - Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. Es gibt noch eine Nachfrage. Sind Sie bereit, auch eine Nachfrage von Herrn Dr. Köck zu beantworten?

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Herr Präsident, wenn ich nicht daran schuld bin, dass es noch länger dauert, ja.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Ja, das ist klar.

Herr Dr. Köck (PDS):

Ihre Antwort auf die Frage von Herrn Gallert provoziert förmlich, Sie zu Ihrer Meinung zu dem zu befragen, was die sachsen-anhaltinische Wirtschaft in persona von Herrn Hatton und Herrn Dr. Peter Heimann in der letzten Ausgabe der Zeitschrift „Mitteldeutsche Wirtschaft“ ausagt. Sie fordern: Wir brauchen eine Freigabe der Löhne nach unten und dort, wo die Löhne für ein auskömmliches Einkommen zur Existenzsicherung nicht ausreichen, ist dann die solidarische Gesellschaft gefordert.

Herr Dr. Rehberger, Minister für Wirtschaft und Arbeit:

Das ist das, was ich eben vorgetragen habe und was übrigens Herr Gallert in der Diskussion mit den Herren Professoren Schöb und Weimann, wenn ich es richtig verstanden habe - Sie können mich korrigieren, wenn es anders war -, nachdrücklich unterstützt hat. Er ist aufgestanden und hat gesagt: Deren Modell ist plausibel,

(Zuruf von Herrn Dr. Köck, PDS)

weil es in Richtung erster Arbeitsmarkt geht und damit in die richtige Richtung.

Ich habe eben dargetan, warum wir dieses Modell - außer dem Ansatz, den es hat - nicht übernehmen: weil es nicht die Effekte hat, die notwendig sind. Aber ich sage noch einmal: Wenn wir ein soziales Sicherungssystem haben, das dem einzelnen Berechtigten faktisch einen Stundenlohn von 5, 6, 7 oder 8 € gewährleistet, dann können wir nicht erwarten, dass irgendjemand im Land für 3 oder 4 € arbeitet, selbst wenn er noch so gering qualifiziert ist.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Deswegen sage ich: Um demjenigen das Existenzminimum zu sichern, brauchen wir über diese Löhne hinaus das Einstiegsgeld. Wir machen uns etwas vor, wenn wir diesen Weg nicht gehen. Die Alternative ist der Schwarzarbeitsmarkt. Dieser ist allerdings für unsere Volkswirtschaft in hohem Maße schädlich.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren! Begrüßen Sie auf der Südtribüne Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums Laucha, Damen vom Landfrauenverein Bodestadt Oschersleben sowie Gäste der Landeszentrale für politische Bildung.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 1 b:**

Aussprache zur Regierungserklärung

Für diese Debatte war die Redezeitstruktur F und damit eine Debattendauer von 170 Minuten vorgesehen. Wir sind jetzt aber bei der Redezeitstruktur G, Debattendauer 255 Minuten. Vielleicht haben Sie Verständnis - für die Landesregierung standen 50 Minuten zur Verfügung -, wenn ich allen Fraktionen zehn Minuten zusätzliche Redezeit einräume, oder halten Sie das nicht für erforderlich? - Gut. Dann verständigen wir uns: Jede

Fraktion kann zehn Minuten mehr Redezeit in Anspruch nehmen.

Ich rufe in der Reihenfolge auf: PDS-Fraktion, CDU-Fraktion, SPD-Fraktion und FDP-Fraktion. Für die PDS-Fraktion erhält nun der Abgeordnete Herr Dr. Thiel das Wort. Bitte sehr, Herr Dr. Thiel.

Herr Dr. Thiel (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sachsen-Anhalt steht nicht nur früher auf, sondern nun holt es auch auf und wir haben seit gestern eine neue Dynamik im Land Sachsen-Anhalt.

(Herr Gürth, CDU: Schon länger!)

Das waren die Slogans der Landesregierung in den letzten drei Tagen. Nach den Ausführungen unseres Herrn Wirtschaftsministers könnte man meinen, jetzt braucht sich die gesamte Landesregierung nur noch auf den Weg nach Berlin zu machen und dann wird Deutschland gerettet,

(Heiterkeit - Herr Gallert, PDS: Zumindest Sachsen-Anhalt!)

denn hier wird der richtige Kurs gefahren.

Auch Frau Merkel wurde nicht müde, in den letzten Tagen zu betonen, dort, wo die CDU in Regierungsverantwortung stehe, gehe es den Menschen besser.

(Zustimmung bei der CDU)

Dann gibt es in Ostdeutschland nach dieser Regierungserklärung zumindest drei verschiedene Varianten der CDU, nämlich die beste, die bessere oder die gute, je nachdem, ob man nach Sachsen-Anhalt, nach Sachsen oder nach Thüringen schaut.

Nun, meine Damen und Herren, wir wollen jedoch den Wahrheitsgehalt der langwierigen Regierungserklärung etwas abklopfen und uns die Weglassungen und Lücken etwas näher anschauen.

Um die Ausgangslage Ostdeutschlands im Jahr 15 der deutschen Einheit zu beschreiben, muss doch auch gesagt werden, dass infolge der Treuhandpolitik und eines fehlenden Konzeptes für den Transformationsprozess von der sozialistischen Plan- zur kapitalistischen Marktwirtschaft eine Deindustrialisierung von historisch unbekannter Dimension stattfand. Davon war das heutige Land Sachsen-Anhalt aufgrund der Konzentration großer Kombinate der Chemie, des Schwermaschinenbaus, der Braunkohlegewinnung, der Energieerzeugung, des Schienenfahrzeugbaus, der Kupfergewinnung und -verarbeitung, der Baustoffgewinnung sowie der sich lange hinziehenden Zerschlagung und Privatisierung der Kombinate besonders betroffen. Da hatte, meine Damen und Herren, die Vernichtung von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland übrigens die Farbe Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Auch das sollte man ins Kalkül ziehen und nicht nur einseitig - und auch noch unseriös - das Jahr 1989 beschreiben.

Wenn man diese Ausgangslage betrachtet, dann ist tatsächlich in den letzten Jahren eine Menge passiert. Wir als PDS-Fraktion betrachten die wirtschaftliche Situation in Sachsen-Anhalt realistisch und auch im richtigen Kontext zu den Ergebnissen anderer Länder. Wir betrachten

die Lage auch aus volkswirtschaftlicher Sicht und stellen fest: Für eine realistische Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik reicht es nicht aus, nur die Zahl kurz vor oder nach der Kommastelle zu vergleichen und zu der Aussage zu kommen: Wir sind doch eigentlich die Besten.

(Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Umfassender Ausdruck für die wirtschaftliche Leistung einer Region ist das Bruttoinlandsprodukt. Das ist unbestritten. Dieses ist in Sachsen-Anhalt im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr real, das heißt nach Herausrechnung des Einflusses der Preisentwicklung, um nur 1,2 % gewachsen und erreichte ein Volumen von 42,3 Milliarden €. Damit liegt das Land Sachsen-Anhalt unter dem Durchschnitt der Zuwachsraten in der Bundesrepublik insgesamt und auch der ostdeutschen Länder. Das war in den vergangenen Jahren nicht anders.

Auch bei der Masse der anderen Wirtschaftsindikatoren nimmt das Land im Vergleich zu den ostdeutschen Ländern einen unteren Tabellenplatz ein bzw. hinkt Sachsen und Thüringen hinterher. Die wirtschaftliche Lage ist also insgesamt nicht befriedigend und kritisch zu bewerten.

Wir übersehen dabei nicht die sich abzeichnenden positiven Effekte und günstigen Entwicklungstendenzen auf einigen Gebieten, wie im verarbeitenden Gewerbe, in der Ansiedlungspolitik und im Gründungsgeschehen. Auch wir freuen uns über jeden positiven Stimmungswandel im Land. Aber wenn Sie, Herr Minister, eine Legitimierung als erfolgreiche Landesregierung für die kommenden Wahlkämpfe brauchen, so sollten Sie das nicht am Beispiel der Wirtschaftspolitik darstellen.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Denn was sich im Land Sachsen-Anhalt an positiven Entwicklungen getan hat, ist vor allem der Einsatzbereitschaft der Unternehmerinnen und Unternehmer und ihrer abhängig Beschäftigten zu danken und weniger dem Setzen von wirtschaftspolitischen Akzenten durch die Landesregierung.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD)

Nach zwei so genannten Investitionserleichterungsgesetzen, Änderungen an der Bauordnung und einigen wenigen Anträgen zu Einzelfragen seitens Regierung und Koalition wurden parlamentarisch kaum Initiativen erkennbar, und überall, wo Sie nicht weiter wussten, wurde auf den Bund oder notfalls auf Brüssel geschimpft.

Herr Minister, Sie beklagen das Stagnieren der wirtschaftlichen Aufholprozesse und geben als Ursache dafür an, dass dies nicht regionale Faktoren seien. Sie haben damit zugleich die Entschuldigung dafür parat, dass in der gesamten Regierungserklärung weder weitreichende Handlungskonzepte noch eigenständige Ideen erkennbar sind.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Kein Wort davon, dass der Aufbau Ost als Nachbau West gescheitert ist. Kein Wort davon, dass auch in Sachsen-Anhalt der Übergang zu einer wissensbasierten global kommunizierenden Wirtschafts- und Dienstleistungsgesellschaft begonnen hat und dass dieser Prozess die Grundlage für die Entwicklung einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung ist. Kein Wort darüber, dass dafür auch landespolitische Konzepte erforderlich

sind. Wir hören hier stattdessen nur vage Absichtserklärungen.

(Beifall bei der PDS)

Dafür hören wir aber Schelte an der Opposition, dass sie die Lage bis zum Jahr 2020 fatalistisch darstelle.

Nein, Herr Minister, da haben Sie unsere Konzepte schlichtweg nicht verstanden oder einfach ignoriert.

(Herr Dr. Schrader, FDP: Gott sei Dank!)

Für uns steht die Zukunftsfähigkeit unseres Landes im Mittelpunkt der Debatte. Man muss sich nicht, wie Sie sagten, in den nächsten Jahren sehr gründliche Gedanken machen, sondern jetzt ist die Zeit dafür.

(Beifall bei der PDS)

Zukunftsfähigkeit heißt, dass man auf Innovations- und Gestaltungsfähigkeit anstelle von Erstarrung und einer von einem massiven Sozialabbau gekennzeichneten rückwärts orientierten Politik setzt.

Doch zunächst zurück zur Lagebeschreibung. Wir haben die Rahmenbedingungen für Investitionen verbessert - so Ihre Aussage, Herr Minister. Dann werden Beispiele, wie überarbeitete Gesetze, leistungsfähige Verkehrswege mit Autobahnen und Querspangen sowie abgewendete Schildbürgerstreiche, wie Flugplätze um Magdeburg und der Ausbau des Magdeburger Hafens, genannt; wobei ich mir nicht sicher bin, ob Ihre Aussage, dass die Landeshauptstadt Magdeburg mit Mitteln des Wirtschaftsministeriums für 20 Millionen € den Hafen ausbaut, nicht einen Verstoß gegen das von Ihnen selbst beschlossene Investitionserleichterungsgesetz darstellt, wodurch nämlich die Ausweitung kommunaler Wirtschaftstätigkeit verhindert werden soll. Wir werden dem nachgehen.

Die Ergebnisse der Ansiedlungs- und Investitionsoffensive können sich im statistischen Vergleich durchaus sehen lassen; da sind wir einer Meinung.

(Oh! bei der CDU)

Die Industrie Sachsen-Anhalts ist im Vergleich zwischen den ostdeutschen Flächenländern der Spitzenreiter bei den getätigten Industrieinvestitionen je Einwohner. Wie Sie dargelegt haben, wurden seit 2002 rund 20 000 Arbeitsplätze in der Industrie geschaffen. In dem gestern von der Landesregierung und der CDU veröffentlichten Papier waren es noch 18 000, aber so schnell ist die Zeit.

Der Aufwand von 7,5 Milliarden € zeigt aber eindeutig, dass die Arbeitsplatzwirksamkeit der getätigten Investitionen noch immer zu wünschen übrig lässt. Positive, arbeitsplatzschaffende Effekte nur im verarbeitenden Gewerbe, das ist einfach zu wenig.

(Beifall bei der PDS)

Nach wie vor weist das Land Sachsen-Anhalt eine schwierige Arbeitsmarktsituation auf. Darüber kann auch die Abgabe der letzten Position unter den ostdeutschen Ländern in der Statistik nicht hinwegtäuschen. Die monatlichen Zahlen überraschen nicht; sie erschrecken dennoch. Alles Gerede über statistische Effekte ist schlichte Augenwischerei. Die hohe Arbeitslosigkeit ist Resultat einer völlig verfehlten Politik im Bund wie im Land - jawohl, auch im Land.

(Beifall bei der PDS)

Als besonders problematisch erachten wir es, dass sowohl bei den arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren als auch bei den Langzeitarbeitslosen eine beharrliche Verschlechterung der Lage zu verzeichnen ist. Gerade bei den Jugendlichen versagen die Instrumente von Hartz IV - die ab Januar greifen sollten - offenkundig vollständig. Das betrifft immerhin mehr als 32 000 junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Auch die Fakten hinsichtlich des Lehrstellenmarktes sprechen bei einem genaueren Hinsehen eine andere Sprache: Nach Angaben des Ministeriums konnten nur 241 Bewerber nicht vermittelt werden. Woher kommen dann die mehr als 9 000 so genannten Altnachfrager, nämlich die, die 2004 keine Ausbildungsstelle bekommen haben?

(Beifall bei der PDS)

Die viel gepriesenen Ein-Euro-Jobs gehören genauso zu dieser Augenwischerei, die betrieben wird; denn diese schaffen keine Voraussetzungen für reguläre Arbeitsplätze, sondern sie bedrohen diese. Alles Predigen über die zu erwartenden Segnungen von Hartz IV und Co. bleibt leeres Gerede, solange nicht wirklich neue Arbeitsplätze entstehen. Deren Mangel, und nicht angebliche Statistikeffekte, ist doch das eigentliche Problem.

Die Unternehmensdichte, welche wichtig für Beschäftigung und Innovation ist, fällt, gemessen an der Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen in den vergangenen Jahren, nach wie vor im ostdeutschen Ländervergleich am geringsten aus. In den letzten beiden Jahren hat sich zwar eine positive Entwicklung des Gewerbeanmeldungs geschehens vollzogen, aber Sachsen-Anhalt steht hinsichtlich der Höhe dieses positiven Nettosaldo bei den Gewerbeanmeldungen nicht an vorderer Stelle, sondern nur auf Rang vier der ostdeutschen Flächenländer.

Herr Minister, Sie sprachen von den Fortschritten in den Wachstumsbranchen. Im Ergebnis einer Untersuchung des IWH zu den regionalen Branchenschwerpunkten in Ostdeutschland zeigt sich, dass Sachsen-Anhalts Ausstattung mit solchen regionalen Branchenschwerpunkten von Sachsen ganz erheblich übertroffen wird, das weit mehr als das Doppelte der für Sachsen-Anhalt ermittelten Zahlen aufweist.

(Zuruf von Herrn Dr. Schrader, FDP)

Dabei fehlt es den regionalen Branchenschwerpunkten in Sachsen-Anhalt - verglichen auch mit Thüringen - überwiegend an Netzwerkstrukturen und an innovativen Kompetenzen.

Auf der Basis dieses Befundes muss vermutet werden, dass die Position der meisten sachsen-anhaltischen regionalen Branchenschwerpunkte im interregionalen Wettbewerb noch vergleichsweise schwach ist. Das gilt insbesondere für die fehlenden innovativen Kompetenzen; das haben Sie, Herr Minister, mit Ihren Ausführungen bestätigt.

Da ist es doch langsam an der Zeit, über Ursachen und Wirkungen einer nicht stattfindenden Innovations- und Technologiepolitik der Landesregierung nachzudenken. Sie haben doch die gute Kooperation mit dem Kultusministerium zur Erarbeitung eines Konzeptes einer innovationsbezogenen Förderung, die es mit Taten umzusetzen gilt, beschrieben. Dieses Konzept ist aber offenbar so geheim, dass es der Öffentlichkeit nicht vorgelegt werden kann.

(Beifall bei der PDS)

Es wäre doch gut zu wissen, warum einerseits über die Einführung innovativer Technologien, Cluster und Netzwerke, die Verbindung zwischen FuE in der Wirtschaft und angewandter Grundlagenforschung geredet wird, die Landesregierung andererseits aber eine Schwerpunktsetzung ihrer Politik hin zu Bildung und Wissenschaft als Zukunftsperspektiven für die Landesentwicklung inklusive der dafür erforderlichen finanziellen Mittel vermissen lässt.

(Beifall bei der PDS)

Wenn im Jahr 2004 25,6 Millionen € für FuE im Wirtschaftsministerium ausgegeben wurden, müssen wir uns vielleicht angesichts einer Verdreifachung der Mittel im Wirtschaftsministerium nicht verstecken; da haben Sie wohl Recht, Herr Minister. Aber die Größenordnung im Vergleich zu den Erfordernissen ist kritisch zu hinterfragen.

(Herr Gürth, CDU: Zehnmal mehr als zu Ihrer Regierungszeit! - Herr Dr. Schrader, FDP: Unglaublich!)

- Es sind viele Sachen unglaublich, auch das, was sich von Herrn Rehberger gehört habe.

(Heiterkeit bei der PDS)

Gerade deshalb, weil die Einführung und Entwicklung innovativer Technologien auch mit Risiken verbunden ist, gehört eine angemessene Begleitforschung dazu.

Ihre eigene Geheimniskrämerei bezüglich der Fragen zum Erprobungsanbau von Gen-Mais lässt die Kritik an Frau Künast doch in einem etwas anderen Licht erscheinen.

(Beifall bei der PDS)

Zum Fazit Ihrer bisherigen Politik. An der Tatsache, dass der Aufholprozess in Sachsen-Anhalt, wie in den anderen ostdeutschen Ländern, ins Stocken geraten ist, haben auch Sie nichts ändern können. Vergleichen wir uns mit den westdeutschen Bundesländern, so liegen wir hinsichtlich der Wachstumsraten der wirtschaftlichen Entwicklung nach wie vor hinter denen Westdeutschlands zurück oder bewegen uns bestenfalls im Schrittmäß. Aber - das ist das entscheidende Problem - die Schere der wirtschaftlichen Entwicklung schließt sich nicht. Fünf oder sechs Kennziffern, die das Gegenteil auf buntem Papier beschreiben, ändern daran auch nichts.

Herr Minister, Sie können die wirtschaftliche Lage beschreiben, wie Sie wollen, gemessen an den gesellschaftlichen Herausforderungen, in Sachsen-Anhalt endlich eine selbsttragende wirtschaftliche Entwicklung einzuleiten, sind die Ansprüche Ihrer Politik eher bescheiden.

Um welche Dimension und Aufgaben es geht, belegen folgende Fakten im Vergleich zu den aktuellen Entwicklungen in den alten Ländern:

Die sachsen-anhaltische Wirtschaftsleistung pro Kopf erreicht etwa zwei Drittel des dortigen Niveaus. Die gesamtwirtschaftliche Produktivität in Sachsen-Anhalt liegt bei rund drei Vierteln, die Arbeitslosenquote ist in unserem Land um über zehn Prozentpunkte höher. In Sachsen-Anhalt wird pro Einwohner rund ein Fünftel weniger in Anlagen und Ausrüstungen investiert. Die Unternehmensgründungsintensität ist - trotz positiver Tendenzen - immer noch niedriger. Die FuE-Dichte, das heißt die FuE-Beschäftigten pro 1 000 Einwohner, erreicht in

Sachsen-Anhalt nur etwas mehr als ein Drittel des westdeutschen Niveaus.

Wir müssen konstatieren: Die bestehende Produktions- und Produktivitätslücke im Land Sachsen-Anhalt wird kaum geschlossen. Im Grunde stagniert das Wachstum in den letzten Jahren. Wachstumsraten von 3 bis 5 % wären erforderlich, um hierbei voranzukommen.

In dieser Situation ist es durchaus gerechtfertigt, seine wirtschaftspolitischen Konzepte auf den Prüfstand zu stellen, die Widersprüche in dieser Gesellschaft klar zu benennen und auch vom Kapitalismus zu sprechen. Das wird von einer Linkspartei sicherlich auch erwartet. Aber es reicht nicht aus, nur über Heuschrecken zu sprechen. Denn die von Herrn Müntefering als solche identifizierten Fonds sind keine besondere Schlechtigkeit des Kapitals, sondern eine Fortentwicklung kapitalistischer Ökonomie.

Es ist an der Zeit, darüber zu diskutieren, welche Kriterien in der Gesellschaft für ökonomisches Handeln maßgeblich sein sollen. Sind Renditeerwartungen von 20 bis 25 % im Jahr die Kriterien für sinnvolles ökonomisches Handeln? Oder muss eine Form von Wirtschaften realisiert werden, bei der für eine kleine Gruppe die Gewinnmaximierungsstrategie eingeschränkt wird?

Ihr FDP-Kollege Professor Theo Schiller hat dazu geschrieben - ich zitiere -:

„Die zunehmende Machtkonzentration in der Wirtschaft, das international ausgelegte System privatwirtschaftlicher Planungs- und Verfügungsbürokratien dürfte an Machtentfaltung und Abhängigkeitsintensität bereits alles weit überflügelt haben, was sich klassischer Liberalismus einst unter dem zu bekämpfenden Staatsabsolutismus vorstellen konnte.“

Das sind Themen, die wir hier im Landtag zur Diskussion stellen sollten, um nicht wie bei unserer Forderung nach mehr Transparenz in der Förderpolitik den Popanz der Staatswirtschaft oder des Staatssozialismus übergestülpt zu bekommen.

(Beifall bei der PDS)

Meine Damen und Herren! Was sollte unserer Meinung nach im Mittelpunkt der zukünftigen Wirtschaftspolitik im Land Sachsen-Anhalt stehen, auch wenn vieles davon mit bundespolitischen Konsequenzen verbunden ist? Diese Frage beantwortet sich nach unserer Auffassung vorrangig aus dem Charakter der selbsttragenden wirtschaftlichen Entwicklung hin zu einer wissensbasierten Produktion in einer wissensbasierten Gesellschaft. Die Träger sind die Menschen, die durch ihre eigenen Innovationen überhaupt erst in der Lage sind, innovative Kreisläufe zu initiieren und zu realisieren. Deshalb sind folgende Schwerpunkte wichtig:

Erstens. Mittelfristig besteht die zentrale Anforderung staatlicher Wirtschaftsförderung darin, sich auf den Menschen als Träger dieser Entwicklung und weniger auf Sachinvestitionen zu konzentrieren. Die typische Variante der Unternehmenssubvention als klassische Ansiedlungspolitik sollte definitiv der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der PDS)

Mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln kann im Mittelpunkt der Förderpolitik nur das Kriterium stehen: Wie innovativ, wie nachhaltig ist der Prozess, den wir im

Land Sachsen-Anhalt mit Fördermitteln aktiv begleiten wollen?

Investitionen in Höhe von 7,2 Milliarden € in drei Jahren mit 18 000 Arbeitsplätzen sind ohne Zweifel ein beachtenswertes Ergebnis. Aber wir können in Zukunft im Verdrängungswettbewerb keine Arbeitsplätze kaufen, sondern nur noch Wirtschaftskreisläufe initiieren, die dem erforderlichen innovativen Charakter gerecht werden. Dabei bedeutet „innovativ“ nicht nur „hochtechnologisch“, sondern wir sehen Innovation auch als sozialen Anspruch, also als einen sehr weit gefassten Begriff.

Verfügbare Mittel müssen auf die Beschleunigung und die Stärkung des Strukturwandels in der Wirtschaft gerichtet werden. Dazu gehört nach unserer Auffassung die Einbeziehung regenerativer Energien.

(Beifall bei der PDS)

Wir sollten endlich mit diesen disqualifizierenden Bemerkungen aufhören. Herr Minister, wenn Sie nach Thalheim zu Q-Cells fahren, um das Band zu zerschneiden, dann sind Sie sozusagen der Fürsprecher für die regenerativen Energien, und hier nehmen Sie eine ganz andere Position ein. Damit soll künftig Schluss sein.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD - Herr Gürth, CDU: Man muss schon differenzieren!)

Die Wirtschaftsförderung beginnt in der frühkindlichen Bildung und dauert in der schulischen, der beruflichen, der berufsbegleitenden und der Hochschulbildung an. Diesen grundsätzlichen Ansatz sollten wir in unsere Überlegungen immer einbeziehen. Jeder Euro, der in diesem Bereich investiert wird, vermehrt sich um ein Vielfaches in der wirtschaftlichen Tätigkeit.

(Beifall bei der PDS)

Wir erachten es weiterhin als notwendig, den Anteil produktiver und wertschöpfender Wirtschaftsbereiche und Branchen kontinuierlich zu erhöhen. Der bisherige Verlauf der Investitionstätigkeit mit einer starken Sachkapitalförderung - bis dato auch objektiv notwendig - und einer teilweisen Vernachlässigung des Humankapitals hat dazu beigetragen, dass eine strukturelle Schieflage in der Wirtschaft entstanden ist. Im Sog des Baugeschehens und des Ausbaus des Dienstleistungsgewerbes erfolgte eine überdimensionierte Sachkapitalförderung, die zu Überkapazitäten in mehreren Wirtschaftsbereichen, wie in der Bauwirtschaft, beim Wohnungsbau, im Handel oder bei Banken, Kredit- und Versicherungsanstalten, geführt hat.

Zweitens. Wir wenden uns deshalb gegen eine ausschließliche Konzentration dieser Prozesse und der Förderung auf regionale Schwerpunkte und so genannte Cluster. Darin stimmen wir überein, Herr Minister. Eine hinlängliche zweckgebundene Förderung der kommunalen Entwicklung ist für das Land Sachsen-Anhalt von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Unser Ansatz ist aber darauf gerichtet, nicht nur einzelne innovative Aktivitäten, Branchen, Cluster oder kleine Netzwerke zu stärken, sondern vor allem die regionalen Rahmenbedingungen in ihrer Gesamtheit neu zu gestalten. Das ist durchaus ein anderer Ansatz als der der Landesregierung, nur industrielle Investitionen in Arneburg bis Zeitz, in Wittenberg oder in Genthin zu unterstützen.

Drittens. Es geht vor allem darum, die Ausbildungs- und Forschungskapazitäten der in Sachsen-Anhalt vorhan-

denen Hochschulen als Potenzial zu nutzen, welches noch wirksamer zur Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt. Hierin stimmen wir mit der Landesregierung überein. Der Weg für die Einbringung von Forschungsleistungen aus Sachsen-Anhalt in die regionale Wirtschaft oder für die Ausgründungen junger Wissenschaftler muss erleichtert und effizienter gefördert werden. Umso kritischer sehen wir aber, wie die Hochschulen politisch bedrängt werden. Das geht von Haushaltsfragen bis hin zu Fragen der Autonomie und der Entscheidung über Studiengebühren.

Viertens. Wir unterstützen die Bemühungen der Landesregierung zur Schließung der Unternehmenslücke und zur Schaffung eines günstigen Klimas für Existenzgründungen. Auch darin sind wir uns einig. Aber gerade Existenzgründungen - auch in Form der Ich-AG - überleben vorrangig im Binnenmarkt mit Aufträgen aus der Region.

Zu der Frage jedoch, wie der Binnenmarkt gestärkt werden kann, war in Ihren Ausführungen leider wenig zu hören. Dafür war mehr über den Ausbau der Teilzeitsjobs und die Abschiebung der so genannten Niedrigqualifizierten in den Niedriglohnbereich zu hören, die deshalb niedrig qualifiziert sind, weil ihre Qualifikation durch Langzeitarbeitslosigkeit systematisch entwertet wurde.

Fünftens. Die Auswirkungen der Kürzungen und der Mehrbelastungen der Masseneinkommen infolge der Reformen auf die regionale Kaufkraft sind in den neuen Bundesländern insbesondere aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit, des hohen Anteils der Langzeitarbeitslosen und des überdurchschnittlichen Anteils niedriger Einkommen sehr gravierend. Sie führen zu einer geringeren regionalen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und schwächen damit die regionalen wirtschaftlichen Antriebskräfte. Zugleich wird dadurch die Gefahr erhöht, dass die Cluster und Wachstumskerne relativ isoliert bleiben und zu wenig dazu beitragen, regionale Wirtschaftskreisläufe herauszubilden und auszuweiten.

Die Belastung der kommunalen Haushalte, meine Damen und Herren, nimmt infolge der Reformen aufgrund der geringeren Einkommen der Bevölkerung, der Auswirkungen der Steuerreform, aber auch infolge der höheren Belastungen aufgrund der Hartz-Gesetze zu.

Die Verringerung der Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die im Osten eine besonders wichtige Rolle spielt - Wegfall von SAM, Verringerung der Mittel für ABM und Qualifizierungsmaßnahmen -, führt zum Wegfall wichtiger sozialer und kultureller Projekte und erhöht die Arbeitslosenzahl. Der erhöhte Druck auf die Arbeitslosen, eine Arbeit aufzunehmen, wird in Sachsen-Anhalt wirkungslos verpuffen, da die erforderliche Anzahl an Arbeitsplätzen nicht vorhanden ist.

Deshalb fordern wir mit Nachdruck, endlich die Kräfte auf die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen mit existenzsichernden Löhnen zu konzentrieren. Diese könnten - darin unterscheiden sich unsere Meinungen - unter anderem auch über den bundesweiten Auf- und Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung entstehen.

(Zustimmung bei der PDS)

Ihre Sorge, Herr Minister, hinsichtlich der Debatte zu den Mindestlöhnen sollten Sie abbauen und sich konstruktiv in die Debatte zu einem Thema einbringen, das EU-weit bereits Standard ist. In neun der 15 alten und in allen neuen Beitrittsländern sind solche Mindeststandards be-

reits vereinbart worden, ohne dass die Volkswirtschaften in Frankreich oder in England dem Kollaps entgegensehen.

Um die Entmachtung der Tarifvertragsparteien sollten Sie sich auch nicht sorgen, sondern vielmehr darum, dass Ihr Parteifreund Westerwelle eine davon als Plage bezeichnet hat.

(Zustimmung bei der PDS)

Ihre Aussage, dass ein Arbeitsloser je nach persönlichen Umständen einen Stundenlohn zwischen 5 € und 8 € über Transferleistungen bezieht, zeigt doch bei aller Unterschiedlichkeit der Bewertung und abgesehen davon, ob das stimmt, dass wir eine Schiefelage haben, die schleunigst beseitigt werden muss. Mehr als 650 Berufsgruppen in Deutschland arbeiten für Stundenlöhne von weniger als 5 €. Diese Zahlen sind Ihnen doch bekannt.

(Zustimmung bei der PDS)

Die Tatsache, dass im Jahr 2004 in Sachsen-Anhalt 316 000 Menschen ohne Einkommen lebten und 756 800 Menschen über ein Nettoeinkommen bis 700 € verfügten, dass also mehr als eine Million Bürger dieses Landes und damit 43 % der Bevölkerung nahe der Armutsgrenze lebten, sollte bei einem Landespolitiker doch andere Überlegungen auslösen, als über die Ausweitung des Niedriglohnsektors nachzudenken.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung bei der SPD)

Ihre Vorstellungen von der Zukunft des Ostens als Niedriglohngebiet teilen wir nicht.

(Zustimmung bei der PDS)

Arbeit muss nicht nur für einen Arbeitgeber bezahlbar sein, ein Arbeitnehmer muss davon auch leben können.

(Zustimmung bei der PDS, von Frau Fischer, Leuna, SPD, und von Herrn Oleikiewitz, SPD)

Wir werden jedenfalls die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn aktiv unterstützen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, die Lohnnebenkosten zu senken. Dafür steht unser Modell der Wertschöpfungsabgabe, das darauf zielt, die SV-Beiträge nicht nach der Zahl der Beschäftigten, sondern nach der Wertschöpfung im Unternehmen zu berechnen.

Wir meinen, dass der erste Arbeitsmarkt mit den herkömmlichen Mitteln das Problem der Massenarbeitslosigkeit nicht beseitigt. Wir werden uns für eine lange Zeit mit den Fragestellungen des ersten und des zweiten Arbeitsmarktes auseinander setzen müssen. Deshalb ist unsere Forderung: Öffentlich geförderte Beschäftigung ist wichtig, aber nicht nach den Regeln von Hartz IV. Sie muss existenzsichernd sein und aus dem ALG II herausführen. Dafür könnten Mittel des ALG II und der Ein-Euro-Jobs kombiniert mit Mitteln aus einer gerechteren Steuerpolitik eingesetzt werden.

Erwerbsarbeit sollte auch die Möglichkeit bieten, mit sozial produktiven Tätigkeiten verbunden zu werden. Schließlich ist auch die Frage der Verteilung von Arbeit ein wichtiger Punkt zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Arbeit gerechter verteilen statt über eine Verlängerung nachzudenken, das könnte ein sehr spannendes Thema für die politische Auseinandersetzung in diesem Haus sein.

(Zustimmung bei der PDS)

Wir als PDS-Fraktion wollen uns gern dabei einbringen, weil uns Sachsen-Anhalt ebenso am Herzen liegt wie sicherlich allen anderen Fraktionen. Eine positive Entwicklung in Sachsen-Anhalt und im Osten ist eine Grundvoraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und für die Konkurrenzfähigkeit des Standortes Deutschland insgesamt.

Sie, Herr Minister Rehberger, meinen auf dem richtigen Weg zu sein, der konsequent weiter beschritten werden muss. Wir meinen das nicht, auch wenn wir genauso früh aufstehen wie Sie.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Ich stehe früher auf als Sie!)

Wir haben an dieser Stelle einen Paradigmenwechsel vollzogen, nämlich die Vorsorge statt die Nachsorge in den Mittelpunkt unseres politischen Agierens zu stellen. Ihre Politikangebote haben diesen vorsorgenden Charakter vermissen lassen. Deshalb werden wir Ihnen keine Ruhe lassen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Frau Budde, SPD)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Thiel. - Meine Damen und Herren! Die Debatte wird fortgesetzt mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Ich erteile nun dem Abgeordneten Herrn Gürth das Wort. Bitte sehr, Herr Gürth.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie, dass ich zu Beginn kurz auf den Beitrag meines Vorredners, des werten Herrn Dr. Thiel, eingehe.

Ich möchte auf einen Aspekt eingehen, den Sie sehr vehement vorgetragen haben. Sie haben gesagt oder besser gesagt darüber geschimpft, dass die Politik des Bundes und des Landes völlig verfehlt und an den Problemen schuld sei.

(Zustimmung bei der PDS)

- Einige von Ihnen klatschen, obwohl sie gar keinen Grund dazu haben; denn Sie, Herr Dr. Thiel, haben hinsichtlich der Landespolitik vergessen zu erwähnen, dass Sie in den 15 Jahren der Existenz Sachsen-Anhalts acht Jahre lang die Regierungsverantwortung mitgetragen haben. Am Ende dieser acht Jahre Ihrer Mitverantwortung war eine Bilanz vorzulegen, die wesentlich schlechter ist als die, die man nach drei Jahren CDU-FDP-Regierung ziehen kann. Denn in den drei Jahren - das ist nur ein Bruchteil der Regierungszeit, die Sie hatten - haben wir es geschafft, das Ruder herumzureißen und wieder Beschäftigung und Zuwachs zu erreichen. Das steht im Gegensatz zu den acht Jahren Ihrer Mitverantwortung.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD - Oh! bei der PDS - Zuruf von Herrn Bullerjahn, SPD)

Ich sage das nicht aus Liebe zur Sozialdemokratie in Sachsen-Anhalt. Aber dass Sie jetzt versuchen, sich für die Bilanz der acht Jahre Ihrer Mitregierung aus der Verantwortung zu stehlen, das werden wir nicht zulassen. Das hat selbst die SPD nicht verdient.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ach!)

Wir werden nicht zulassen, dass Sie sich „in die Büsche schlagen“.

Ich weiß auch nicht, ob die Kritik der Linken so richtig ernst gemeint war. Rein äußerlich nähern Sie sich schon dem bürgerlichen Lager an. Herr Bullerjahn trägt Nadelstreifen, Herr Gallert trägt Krawatte. Er soll schon mindestens zwei davon im Schrank haben.

(Herr Bullerjahn, SPD: Du hast wohl Zeitung gelesen! Das stand in der Presse!)

Man kann nur sagen: Äußerlichkeiten sind nicht entscheidend. Wahrscheinlich hat man erkannt, dass Jeanshemden und Jesuslatschen noch keine politische Alternative sind. Es kommt auf die Inhalte an.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ich habe niemanden gesehen, der so herumgelaufen ist!)

Da es auf die Inhalte ankommt, möchte ich auf die Regierungserklärung zu sprechen kommen. Ich möchte gleich zu Beginn sagen: Wir haben in Sachsen-Anhalt keinen Grund, überheblich und realitätsfern die wirtschaftliche Stärke unseres Landes rosarot zu malen.

(Zustimmung von Herrn Bullerjahn, SPD)

Zu viele Menschen suchen noch ohne Erfolg einen Job, der anständig bezahlt wird. Zu viele Firmen kämpfen täglich wegen vieler Probleme um die Existenz. Das sollten wir nie vergessen, nicht einen Tag lang.

Aber nüchtern betrachtet zeigen die objektiven volkswirtschaftlichen Vergleichszahlen der Bundesländer, dass wir das Recht haben, auf das stolz zu sein, was die Menschen in Sachsen-Anhalt geschaffen haben. Wir haben allen Grund, den erfolgreichen wirtschaftspolitischen Kurs der Landesregierung entschlossen fortzuführen. Es gibt noch unendlich viel zu tun, aber alle Signale zeigen: Sachsen-Anhalt hat eine Entwicklung von der roten Laterne der Nachtwächter zum Zukunftsstandort für Aufgeweckte genommen und ist ein Land geworden, das sich im Mittelfeld Deutschlands gut behaupten kann.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Stagnation ist einer Aufbruchstimmung gewichen. Dass wir wieder erfolgreich sind bei Industrieansiedlungen, dass wir langsam wieder einen Zuwachs an Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt verzeichnen können, dass wir wieder mehr Selbständige haben, dass die Exportquote unserer Unternehmen wächst, ist aber kein Zufall. Es ist das Verdienst vieler fleißiger Menschen in den Unternehmen und auch in der öffentlichen Verwaltung. Es ist auch das Verdienst einer grundlegend anderen Politik von CDU und FDP hier in Sachsen-Anhalt.

Ich will doch noch einmal darauf hinweisen, unter welchen Ausgangsbedingungen diese Regierung im Jahr 2002 gestartet ist. Nach acht Jahren rot-roter Klientelpolitik von SPD, PDS und Grünen,

(Ach! bei der SPD)

die Probleme verschleppt und verschärft hat, die Investoren eher abgeschreckt hat sowie die Verschuldung und die Arbeitslosigkeit unanständig in die Höhe getrieben hat, werden seit 2002 Probleme wieder beherzt angepackt und gelöst, vor allem werden wieder die richtigen Prioritäten gesetzt - und das ist gut so. Es wird mutig entschieden, statt, wie es die Vorgängerregierung getan hat, zu vertagen und zu verschleppen.

Auch wenn es unpopulär ist, es ist richtig, die Staatsverschuldung einzudämmen und dennoch Vorfahrt für In-

vestitionen, Innovation und Bildung auch zulasten anderer Ressorts zu gewähren.

(Herr Bullerjahn, SPD: Wo steht das?)

Hierzu gibt es keine Alternative.

(Herr Bullerjahn, SPD: Im Haushalt steht das nicht, Herr Gürth!)

Im Jahr 2002 wurde nicht nur eine andere Regierung gewählt, sondern auch eine andere Politik begonnen. Ausgerechnet im Schlüsselressort Wirtschaft gab es in der Vorgängerregierung von Herrn Dr. Höppner nicht die so dringend benötigte zumindest personelle Kontinuität. Daran muss man einmal erinnern. Wer ist der Ansprechpartner, wenn ich mich für einen Investitionsstandort interessiere? - Normalerweise doch der Wirtschaftsminister.

In den knapp acht Jahren der Regierungszeit gab es vier Wirtschaftsminister. Ich weiß nicht, ob Sie noch alle Namen zusammenbekommen. Hinzu kommt noch ein amtierender kommissarischer Minister, der zugleich Finanzminister war, und der Wirtschaftsministerkandidat Herr Dr. Uhlig aus dem Schattenkabinett der SPD

(Zuruf von Frau Fischer, Leuna, SPD)

- einige werden sich noch an ihn erinnern -, der eine PDS-abhängige rot-grüne Minderheitsregierung für Sachsen-Anhalt für unzumutbar hielt und es deshalb ablehnte, dieses Experiment zu unterstützen. Dies war bereits der Geburtsfehler der Politik des Scheiterns von SPD, PDS und Grünen. Herr Dr. Uhlig hat das in weiser Voraussicht vorhergesehen und hat zumindest das Richtige getan. Wir in Sachsen-Anhalt, alle, die hier lebten, viele Unternehmer und Arbeitnehmer, haben diese Politik des Scheiterns bitter bezahlen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Aber schauen wir nach vorn, ziehen wir Bilanz darüber, wo wir stehen, und überlegen wir, wie wir noch besser werden können; denn Selbstzufriedenheit ist wahrlich nicht angebracht. Das Land Sachsen-Anhalt ist ein Land mit erheblichen Entwicklungspotenzialen und Chancen. Seine zentrale Lage, seine wirtschaftlich-kulturelle Tradition, die Nähe zur Bundeshauptstadt und seine Brückenfunktion zu den ost- und mitteleuropäischen Märkten bieten gute Wettbewerbschancen im Kampf um Investitionen und Arbeitsplätze.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

Auch der Fleiß, die Leistungsbereitschaft, die Flexibilität, der Erfindungsreichtum und vor allem die hohe Technikakzeptanz der hier lebenden 2,5 Millionen Menschen erweisen sich als exzellente Standortbedingungen für deutsche und ausländische Investoren. Wir stehen eben früher auf. Dies war übrigens auch zu SPD-Zeiten so, nur hat man dieses Potenzial nicht genutzt.

Seit dem Regierungswechsel und dem von der CDU und der FDP eingeschlagenen Kurswechsel im April 2002 ist Sachsen-Anhalt auf dem besten Weg hin zu einem noch attraktiveren und zukunftsfähigeren Wirtschaftsstandort. Das Image des Rote-Laterne-Landes, das das Ergebnis von acht Jahren SPD-geführter Landesregierung mit Duldung der PDS war, ist abgestreift.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das fünfte Mal jetzt!)

Firmen dehnen sich aus und neue siedeln sich verstärkt an. Das vorrangige Ziel unserer Wirtschaftspolitik ist die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Wirt-

schaft. Die Kennziffern belegen, dass Sachsen-Anhalt nach jahrelangem Stillstand nun zu den wirtschaftlich dynamischeren Ländern in Deutschland gehört. Sachsen-Anhalt hat als wirtschaftsfreundliches Bundesland einen Imagewechsel vollzogen und wird überregional zunehmend positiver wahrgenommen.

So ist es auch höchst erfreulich, wenn die „Wirtschaftswoche“ unser Bundesland in einem Wirtschaftsranking in Bezug auf die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung sogar an vierter Stelle sieht, da es im Zeitraum von 2001 bis 2003 die stärksten Produktionszuwächse zu verzeichnen hatte.

Sachsen-Anhalt erreichte im Jahr 2003 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes auf 40,8 Milliarden € das viertbeste Ergebnis unter den deutschen Bundesländern. Der Hauptwachstumsträger war dabei das verarbeitende Gewerbe, dessen Bruttowertschöpfung mit einem Zuwachs von 4,7 % wiederum deutschlandweit im Spitzenbereich lag.

Wir haben hohe Arbeitskosten und hohe Energiepreise. Die vielen Windmühlen sind nicht wirklich ein Ersatz für die fehlenden Rohstoffe wie Erze oder die Primärenergieträger Öl und Gas. Wir wissen, das Land Sachsen-Anhalt mit seinen Menschen wird nur dann erfolgreich sein und ausreichend Wirtschaftswachstum erreichen, um Jobs zu schaffen, wenn es innovativer ist als andere Regionen.

Anders als zum Beispiel nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges produzieren unsere Unternehmen in einem hart umgekämpften, gesättigten Markt, in einem international verschärften Wettbewerb. Es gibt kaum noch Zollschranken und andere Möglichkeiten des Protektionismus, um die einheimische Wirtschaft besser zu stellen. Das ist vom Prinzip her aber auch richtig so.

Schauen wir uns einmal die Forschungs- und Entwicklungskapazitäten im Vergleich zu anderen Bundesländern an. Auch wenn dies von der Opposition kritisch angemerkt wird, so ist doch die Feststellung durchaus berechtigt: Lediglich 15 % der Unternehmen in den neuen Bundesländern verfügen über eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilungen. Der gesamtdeutsche Durchschnitt der Erwerbstätigen, die im Bereich der Forschung und Entwicklung arbeiten, beträgt 8,2 %. In Sachsen-Anhalt sind es bis jetzt nur 1,9 %. Auch wenn in den letzten Jahren ein Zuwachs zu verzeichnen war, ist dies zu gering.

Deshalb muss und wird der Schwerpunkt in der nächsten Förderperiode auch bei der Verwendung der EU-Mittel im Bereich der industrienahen Innovationsförderung liegen. Deswegen war es auch eine richtige Entscheidung der CDU-FDP-Koalition, die Innovationsförderung nachhaltig zu stärken und auszubauen.

Der wesentliche Unterschied zwischen unserer Innovationspolitik und der der Vorgängerregierung besteht in der praxisnäheren und effizienteren Förderpolitik. Wir haben die tatsächlich ausgereichten Mittel zur Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von 7 Millionen € im Jahr 2001 auf 25,6 Millionen € im Jahr 2004 aufgestockt.

Hinzu kommt die Umstrukturierung der Innovations- und Beteiligungsgesellschaft unseres Landes, die nunmehr auch privates Kapital für ihr Engagement akquirieren kann. Insbesondere dies hilft vor allem kleinen und mittleren innovativen Unternehmen.

Die Förderung im Bereich der Forschung und Entwicklung liegt trotz angespannter Haushaltslage auch im Doppelhaushalt 2005/2006 auf dem gleichen Niveau wie in den vorangegangenen Jahren, mit Darlehensprogrammen liegt sie sogar auf einem höheren Niveau als in den vorangegangenen Jahren.

Außerdem - dafür könnte man eigentlich etwas mehr Zeit verwenden, aber ich will versuchen, dies konzentriert zu tun - haben wir eines der wichtigsten Innovationsthemen des 21. Jahrhunderts mutig und entschlossen ausgebaut: die Biotechnologie.

Während in den Regierungszeiten der SPD selbst Landtagsanträge abgeschmettert wurden, wenn nur das Wort „Gentechnik“ enthalten war, haben wir die Potenziale unseres Landes genutzt und gefördert. Sowohl in der roten als auch in der grünen Biotechnologie wird erfolgreich geforscht und angesiedelt. Die Forschungsergebnisse, die dazu dienen, Krankheiten zu heilen oder den Gebrauch von Insektiziden und Pestiziden in der Landwirtschaft zu vermeiden, erregen weltweit Aufsehen. Wir können auf das Potenzial im Land stolz sein.

Auch beim Thema der nachwachsenden Rohstoffe spielt die Biotechnologie eine Rolle, um wettbewerbsfähige, umweltfreundlichere Produkte auf den Markt bringen zu können. Mehr als 2 000 Menschen arbeiten bereits in Forschungseinrichtungen und Biotechnologieunternehmen in Sachsen-Anhalt.

Die Biotechnologieoffensive der Landesregierung ist erfolgreich. Man könnte viele Beispiele nennen, die diesen Erfolg verdeutlichen: Der Weinbergcampus in Halle sowie Gatersleben, Quedlinburg und Aschersleben mit der Bundesanstalt für Züchtungsforschung, dem Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung sowie dem Biotech-Gründerzentrum, welches zu einem Biotech-Park ausgebaut werden soll, stehen für diesen Erfolg und für das Potenzial, das wir ganz gezielt nutzen und ausbauen.

Im Bereich der Neurowissenschaft wäre Professor Scheich als ein weiteres Beispiel von vielen zu nennen. Im Pharmabereich sind die Städte Halle und Magdeburg mit ihren Potenzialen zu nennen.

Es ist richtig, dass wir - anders als die rot-grüne Bundesregierung in Berlin - diese Potenziale nutzen und nicht die Ansiedlung von entsprechenden Einrichtungen ideologisch verbrämt verhindern und diese ins Ausland treiben. Hier sind neue Jobs entstanden. Das war gut und ist richtig so. Wir werden diesen Weg weitergehen.

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Aufgabenschwerpunkt in der Innovationspolitik besteht darin, wettbewerbsfähige und nachhaltig bestandskräftige Branchen-Cluster herauszubilden, die einen hohen Grad an Wertschöpfung haben. Zukünftig soll es hinsichtlich der Cluster-Bildung eine Ausrichtung auf den Bereich der Mikrosystemtechnik, der Nanotechnik sowie der Informations- und Kommunikationstechnik geben, da diese als Technologien mit ausgeprägtem Querschnittscharakter für die Entwicklung aller anderen Wirtschaftsbranchen erforderlich sind.

Weitere Schwerpunkte stellen die Bereiche Logistik, Life-Science und nachwachsende Rohstoffe dar. Wer die Zeitungen der letzten Monate archiviert hat und darin blättert, wird feststellen, dass kaum eine Woche vergeht, in der in der Presse nicht von Neuansiedlungen zu lesen ist. Der große, wesentliche Unterschied ist, dass es nicht bei den Spatenstichen bleibt.

Ich kann mich noch gut daran erinnern, als in Cochstedt - ich war dort Zaungast - die Spaten nicht ausreichten und man mit sieben Mann in der ersten Reihe stand, um den Spaten zu stechen.

(Zuruf von Frau Budde, SPD - Herr Felke, SPD: Das stimmt!)

Wir brauchen gar nicht darüber zu reden, was daraus geworden ist.

(Unruhe bei der SPD)

Wir müssen jetzt versuchen zu reparieren, was damals in der Zeit der Kohl-Politik falsch gemacht wurde.

(Zuruf von Frau Budde, SPD)

- Frau Budde, sehr verehrte Kollegin, an Ihrer Stelle würde ich rot anlaufen, wenn ich Cochstedt höre.

(Zuruf von Frau Budde, SPD - Unruhe bei der SPD)

Hierfür trägt die Landesregierung maßgeblich Verantwortung. Das ursprünglich sehr kleine Projekt Cochstedt ist auf Betreiben der Landesregierung erheblich aufgeblasen worden. Es sind Millionen hineingesteckt worden.

Die Art und Weise, in der man mit mittelständischen Unternehmen umgegangen ist, ist schlichtweg eine Sauerei gewesen. Am Ende der Begleitung des Projekts Cochstedt durch die Landesregierung, das auf Ihr Betreiben hin aufgeblasen wurde, standen Insolvenzen von Unternehmen, die sich auf das Wort der Landesregierung und auf Ihr persönliches Wort verlassen hatten. Deswegen wäre ich an Ihrer Stelle in Bezug auf Cochstedt ganz kleinlaut.

(Zustimmung bei der CDU - Zurufe von Herrn Bullerjahn, SPD, und von Herrn Felke, SPD - Unruhe bei der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Zuruf von der SPD)

- Nicht so aufgeregt. Ich verstehe, der Bund wirft seine Schatten voraus.

Das wichtigste Thema in Sachsen-Anhalt ist der Arbeitsmarkt. Wir machen all dies in der Innovationspolitik, in der Wirtschaftspolitik und in der Arbeitsmarktpolitik, um den Anschluss an die internationalen Trends und Entwicklungen nicht zu verpassen und um hochwertige Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt zu schaffen. Dem muss sich alles unterordnen.

Der wesentliche Unterschied zwischen der Politik der Regierung Böhmer und der der Vorgängerregierung ist, dass wir dem Ziel, Arbeitsplätze zu schaffen und Investitionen zu tätigen, alles unterordnen und dass eine Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik betrieben wird, die ressortübergreifend ist.

In Mitteldeutschland wurde durch Weltneuheiten Industriegeschichte geschrieben. Das erste Ganzmetallflugzeug, der erste Farbfilm, der Maschinenbau, die Kaliindustrie und die Chemieindustrie stehen als Zeugen dafür. Wir wollen daran anknüpfen und die Bemühungen weiter verstärken. Dadurch entstanden Beschäftigung und Wohlstand. Wenn wir dies wieder erreichen wollen, müssen wir dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten alles unterordnen.

Wir haben die rote Laterne in der Arbeitslosenstatistik bereits an Mecklenburg-Vorpommern abgegeben. Übrigens gelang dies - das muss an dieser Stelle auch erwähnt werden - der Regierung Höppner nicht einmal für einen einzigen Monat.

Im Wahlkampf 1994 - ich will nur daran erinnern - sind Herr Dr. Höppner und die Sozialdemokraten angetreten mit dem Ziel, die Arbeitslosenquote von durchschnittlich 14 bis 15 % auf unter 10 % zu senken. Das kann man nachlesen. Am Ende von acht Jahren SPD-geführter Landesregierung lag die Arbeitslosenquote bei über 20 %. Sie haben acht Jahre lang Zeit gehabt. Wohin das geführt hat, haben wir gesehen.

Deswegen sind wir stolz darauf, dass wir die rote Laterne abgegeben haben. Aber das macht nicht zufrieden. Unser Ziel ist es nicht, Vorletzter zu bleiben; wir wollen vielmehr besser werden, damit die Menschen in Sachsen-Anhalt wieder eine Chance für die Zukunft sehen und damit all diejenigen, die arbeiten wollen, die Möglichkeit dazu haben.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU, und von Herrn Kehl, FDP)

Zu den nackten Zahlen muss man sagen: Die notwendige Verschlankung des öffentlichen Dienstes und der Verlust von mehr als 35 000 sozialversicherungspflichtigen Stellen, der allein im zweiten Arbeitsmarkt zu registrieren ist, vermag nicht nur die Statistik. Sie machen die tatsächliche Arbeitslosigkeit in Deutschland noch etwas deutlicher. Dabei handelt es sich um Tausende Einzelschicksale. Das haben wir immer im Auge, wenn wir von der Verschlankung des öffentlichen Dienstes reden. Das ist leicht ausgesprochen, aber dahinter stehen immer einzelne Schicksale.

Umso wichtiger ist es, dass wir Alternativen bieten. Diese Alternativen können eben nicht im zweiten Arbeitsmarkt liegen, obgleich wir diesen brauchen. Die Alternativen müssen im ersten Arbeitsmarkt gesucht werden. Das ist die einzig richtige Methode.

Dazu ist Folgendes zu sagen: Erstens. Wir werden auch weiterhin einen zweiten Arbeitsmarkt brauchen. Wir sind sehr ärgerlich darüber gewesen, dass das Ü55-Programm infrage gestellt wurde. Das war ein gutes Programm, das die Vorgängerregierung nur mit Bundesmitteln aufgelegt hat. Wir haben es dann, weil die Bundesmittel ausliefen, mit Landesmitteln weitergeführt. Dass dieses Programm durch die Hartz-IV-Reform wegzufallen drohte, war ein schwerer Schlag; denn das hat sich auch auf den sozialen, den kulturellen, den Infrastrukturbereich und viele andere wichtige Bereiche ausgewirkt.

Ich danke dem Wirtschaftsministerium, Herrn Dr. Haseloff und der Landesregierung dafür, dass für dieses Programm zumindest teilweise Ersatz gefunden wurde. Damit wird eine Infrastruktur im Land zumindest am Leben erhalten, die auch für das Lebensgefühl in diesem Land wichtig ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir werden auch weiterhin einen zweiten Arbeitsmarkt brauchen, der natürlich weiter abgeschmolzen werden muss, weil es keine Regierung der Welt schaffen kann, all denen, die Arbeit suchen, die arbeitswillig sind, einen angemessenen, vernünftig bezahlten Arbeitsplatz im ersten Arbeitsmarkt zu bieten. Deswegen ist der Weg, den wir gehen, richtig; denn er zeigt den Weg in den ersten Arbeitsmarkt. Allerdings müssen wir leider feststel-

len, dass die ABM, die in den letzten Jahren durchgeführt worden sind, leider nicht die Brückenfunktion zwischen dem zweiten und dem ersten Arbeitsmarkt erfüllen konnten, die sie eigentlich einmal hatten.

Das Zweite, was dazu anzumerken ist, ist eine ganz wichtige Feststellung, die durch die Professoren Schöb und Weimann noch einmal ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt wurde: Die Sockelarbeitslosigkeit und die Langzeitarbeitslosigkeit wachsen in ganz Deutschland seit Mitte der 70er-Jahre stetig an. Das Problem ist, dass von der erhöhten Sockelarbeitslosigkeit vorwiegend Leute mit einer geringeren Qualifikation betroffen sind; deren Qualifikation reicht für einen wettbewerbsfähigen Arbeitsplatz nicht aus.

Die zu hohen Bruttolohnkosten verdrängen diese Jobs mit geringer Wertschöpfung. Ich sage ganz deutlich: Die Leute in Deutschland verdienen nicht zu viel. Ich will mich auch nicht in die Tarifpolitik einmischen. Es ist das Problem der Brutto- und nicht der Nettolöhne, welches wir hier haben. Dies nimmt gerade den am ärgsten von der Arbeitslosigkeit Betroffenen die Chance auf einen Job.

Deshalb begrüßt die CDU-Fraktion insbesondere das verstärkte Engagement der Landesregierung in diesem Bereich. Als Beispiel sei das Einstiegsgeld genannt; dieses bietet jetzt auch langzeitarbeitslosen ALG-II-Empfängern die Chance, eine Festanstellung mit einem Arbeitsvertrag zu bekommen, der den Weg in den ersten Arbeitsmarkt ebnet soll. Das ist ein richtiger Weg und er ist besser als ABM.

Es ist besonders erfreulich, dass festgestellt werden kann: In Sachsen-Anhalt hat die Zahl der Industriearbeitsplätze wieder zugenommen; im Bund ist sie dagegen um 156 000 zurückgegangen. Das heißt, wir schwimmen trotz schwierigster Bedingungen gegen den Strom in die richtige Richtung. Dies zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und dass die Ausrichtung unserer Politik stimmt.

Um noch mehr Arbeitsplätze zu schaffen, benötigen wir noch mehr Wirtschaftswachstum und vor allem noch mehr Unternehmer, die auch etwas unternehmen, also Firmen gründen und damit Jobs schaffen. Wir brauchen dafür dringend eine Kultur der Selbständigkeit und ein positiveres Unternehmerbild in der Gesellschaft.

Die vom SPD-Bundesvorsitzenden Müntefering losgetretene Unternehmerschelte - ich will auf die „Heuschrecken“ nicht noch einmal eingehen - ist, gelinde gesagt und ganz höflich formuliert, kontraproduktiv und unverantwortlich.

(Zustimmung von Herrn Scharf, CDU)

Damit werden keine Jobs geschaffen, sondern damit werden Unternehmer vergrault und wird die Schaffung von Jobs verhindert. Deswegen appelliere ich an die SPD, nicht in einen Bundestagswahlkampf zu gehen, in dem dieses unsägliche Gejammer und Beschimpfen von Unternehmen fortgeführt wird. Dies ist schädlich für alle, die an der Entwicklung Deutschlands ernsthaft interessiert sind, und dies schadet all denjenigen, die sich ernsthaft bemühen, Jobs in Sachsen-Anhalt zu schaffen. Die SPD steht hier in der Verantwortung.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Die vor zwei Jahren neu gestartete und evaluierte Existenzgründeroffensive hat das Gründergeschehen in Sachsen-Anhalt deutlich belebt. Ich will sagen: Es ist

richtig, dass da etwas passiert ist. Die Ego-Initiative ist schon von der Vorgängerregierung auf den Weg gebracht worden. Wir, die CDU, damals in der Opposition, haben lange angemahnt, dass man sich ernsthaft um eine höhere Selbständigenquote bemühen muss.

Bevor sich meine Nachrednerin für ihr Ego-Programm jetzt selbst lobt, will ich prophylaktisch zwei Dinge erwähnen: Erstens ist diese Ego-Initiative keine Erfindung der SPD gewesen. Ich will daran erinnern, dass wir im Haushalt des Landes Sachsen-Anhalt die Situation hatten, dass die Landesregierung mehr Geld für Feldhamsterprogramme als für Existenzgründungen ausgegeben hat.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich kann das nachweisen. Man hat sich dem Druck gebeugt und wollte etwas machen. Dann hatte man aber keine eigenen Ideen und hat sich über eine Ausschreibung eine Agentur dafür besorgt. Diese Agentur hat man dann wieder in die Wüste geschickt. So erfolgreich war das also nicht. Ich will das nur erwähnen, bevor Sie zur Lobhudelei ausholen.

Es ist entscheidend, dass wir auf diesem Weg einen Schritt vorankommen. Sehen wir uns einmal die Zahlen an: Wir haben die stärkste Entwicklung der Selbständigenquote in den letzten Jahren zu verzeichnen. In den Jahren 2002 und 2003 ist die Quote immerhin auf 6,6 % gestiegen, im Jahr 2004 auf 8,4 %.

Auch in dem positiven Trend bei den Gewerbeanmeldungen kann trotz der Ich-AGs - die muss man wohl abziehen - ein aussagekräftiger Beleg für den Erfolg der Gründungsoffensive gesehen werden. Im Vorjahr gab es in Sachsen-Anhalt 25 070 Gewerbeanmeldungen, 5 430 - das sind 28 % - mehr als im Jahr 2003. Das ist bislang die beste Jahresbilanz seit dem Ende des Wendebooms im Jahr 1995. Der Positivsaldo zwischen An- und Abmeldungen stieg auf 7 380. Erstmals seit mehreren Jahren wuchs dadurch im Jahr 2004 auch wieder die Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen-Anhalt.

Doch wir haben in der Wirtschaftspolitik auch in anderen Bereichen bereits Erfolge zu verzeichnen, die zeigen, dass der Kurs stimmt. Es war richtig, CDU und FDP die Regierungsverantwortung zu übertragen. Der Erfolg ist überwiegend auf das verarbeitende Gewerbe zurückzuführen, bei dem wir immer noch den größten Nachholbedarf haben. Im Jahr 2003 haben wir bei den Investitionen den Spitzenplatz unter den 16 Bundesländern belegt, ein Umsatzplus in der Industrie von mehr als 10 % und beim Export einen noch höheren Zuwachs erzielt - eine Bilanz, von der Sie nur träumen konnten; dennoch kein Grund zur Selbstzufriedenheit.

Wir wollen Sachsen-Anhalt zum Land der Unternehmer machen, der vorbildlichen Unternehmer, die Ausbildungsplätze und ordentlich bezahlte Jobs schaffen. Das Leitmotiv der Imagekampagne „Wir stehen früher auf“ ist sinnbildlich dafür. Bei uns ziehen Arbeitnehmer und Arbeitgeber an einem Strang. Deshalb werden neben Ansiedlungen neuer Unternehmen auch Erweiterungsinvestitionen unterstützt, sodass beste Standortbedingungen gewährleistet werden. Das wichtigste Instrument hierzu ist die Ansiedlungsoffensive.

Ich will hier ganz deutlich sagen: Auch im Zuge der Ansiedlungsoffensive wird man insbesondere von potenziellen nordamerikanischen Investoren immer wieder auf die Frage Steuern und Gewerkschaften hin angesprochen. Es ist ausdrücklich positiv zu erwähnen, dass

viele gewerkschaftlich Verantwortliche, Betriebsräte oder selbst Verantwortliche in der IG Metall, die uns wirklich nicht nahe steht, in diesem Land eine sehr verantwortungsvolle Politik machen. Ich könnte als Beispiel den IG-Metall-Bevollmächtigten Herrn Kiel aus Schönebeck nennen. Ich könnte auch andere nennen. Herr Dr. Weißbach an der Spitze des DGB hat sich auch um die Entwicklung in Sachsen-Anhalt verdient gemacht. Ich will dies ausdrücklich erwähnen, weil dies mit dazugehört. Wir erkennen das an und das ist auch gut so.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein wesentliches Problem, das insbesondere in dem Bereich zu verzeichnen ist, der für uns besonders wichtig ist, nämlich dem Bereich der mittelständischen Wirtschaft, weil in diesem Bereich die meisten Jobs entstehen, ist das Finanzierungsproblem. Viele Unternehmen könnten expandieren, aber sie finden keinen Partner, der mitfinanziert.

Gerade weil dies so ist, haben wir die Investitionsbank gegründet, die bei weitem nicht den bestehenden Bedarf decken kann. Die Investitionsbank ist allerdings ein wichtiger Baustein im Rahmen unserer Möglichkeiten für mehr Beschäftigung, für mehr Unternehmen und für mehr Unternehmergeist. Die Investitionsbank bietet vor allem kleinen und mittleren Unternehmen neue, zum Teil Eigenkapital ersetzende Mezzanin-Darlehen und vieles andere mehr an. Dadurch sind bereits in der kurzen Zeit der Existenz der IB viele neue Jobs entstanden.

Parallel dazu muss aber auch ein weiterer Bürokratieabbau geschehen. Mehrere Verwaltungsvorschriften wurden schon gestrichen oder vereinfacht. Gesetze wurden vereinfacht, Investitionen beschleunigt. Als lobenswert sind insbesondere die Investitionserleichterungsgesetze zu bezeichnen, die der Wirtschaft ein klares Signal gegeben haben: Wir wollen Investitionen voranbringen. Der Investition für Arbeitsplätze muss anderes nachstehen.

Man sieht also: Es gibt in diesem Land eine Vielzahl von Investitions- und Ansiedlungsprojekten, die deutlich machen, dass Sachsen-Anhalt zunehmend als attraktiver Wirtschafts- und Investitionsstandort wahrgenommen wird. Daher verwundert es auch nicht, dass Sachsen-Anhalt im Jahr 2003 bei den Investitionen einen Spitzenwert erreicht hat. Dafür ist auch ausschlaggebend, dass wir es im Gegensatz zu unserer Vorgängerregierung geschafft haben, die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe abzufordern und in sinnvolle Investitionen einfließen zu lassen.

Wir haben anders als die Vorgängerregierung dem Bund nicht Hunderte Millionen Euro Fördermittel wieder zurückgegeben, weil wir nicht wussten, was wir damit machen können. Wir haben anders als die Vorgängerregierung mit dem vorhandenen Geld nicht unsinnige Fantasieprojekte - die der Steuerzahlerbund zu Recht hinterfragt hat - gefördert.

(Zustimmung von Herrn Kehl, FDP - Oh! bei der SPD)

Ich nenne nur das Thema Großraumdisco Merseburg oder „Planet Harz“; es gäbe noch viele weitere Beispiele zu nennen. Es ist ein harter Kurs, als Wirtschaftsminister zu sagen, diese oder jene Branche fördern wir nicht mehr. Aber es ist ein richtiger Kurs und es macht deutlich, dass wir nach nur drei Jahren Regierungszeit eine

so starke Nachfrage nach Investitionsförderung haben, weil wieder etwas passiert in diesem Land, wovon die Vorgängerregierung nur träumen konnte. Dabei ist es egal, wer regiert. Das Ergebnis zählt. Es dient den Menschen in Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Investitionen in Höhe von 6 Milliarden € sind in nur kurzer Zeit auf den Weg gebracht worden. Die Zahlen, die Herr Dr. Rehberger nannte, will ich nicht alle wiederholen. Sie sind gesagt worden und sie sind richtig. Sie machen deutlich, dass der Weg und der Kurs stimmen.

Die Ernährungswirtschaft ist - viele wissen es nicht - in diesem Bereich die umsatzstärkste und die beschäftigungsstärkste Branche. Danach kommt die Chemiebranche in Sachsen-Anhalt, was die Zahl der Beschäftigten und die Umsätze betrifft. Im Jahr 2004 wurden von ihr mit rund 5,5 Milliarden € Umsatz rund 21 % des Gesamtumsatzes der Industriebetriebe Sachsen-Anhalts erwirtschaftet. Ein passables Ergebnis, das aber auch deutlich macht, wie stark das Bruttoinlandsprodukt im Ergebnis schwanken kann, wenn allein die Raffinerie in Leuna wegen Reparaturarbeiten abgeschaltet wird. Deswegen ist eine Diversifizierung der Industriestandorte wichtig. Genau dies tun wir mit Erfolg.

Ein weiteres wichtiges Merkmal ist der Außenhandel. Nicht nur in Deutschland ist er dafür verantwortlich, dass überhaupt etwas passiert. In Sachsen-Anhalt haben wir einen sehr großen Nachholbedarf gehabt. Hinsichtlich des Bereichs der Außenwirtschaft haben die CDU und die FDP einen besonderen Schwerpunkt gesetzt. Diejenigen, die die Außenwirtschaftskonferenz am 2. März 2005 besucht haben, haben mitbekommen, wie die Stimmung im Land ist, wie hoch der Bedarf ist und wie stark die Außenwirtschaft wächst.

Wir haben ein Umsatzplus in der Industrie im Bereich der Außenwirtschaft von mehr als 10 % zu verzeichnen. Darauf sind wir stolz. Wir können den Unternehmen nur gratulieren, die sich international erfolgreich an den Märkten behauptet haben. Wir haben beim Außenhandel eine erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen. Wir wollen dies weiter unterstützen, wollen diesen Kurs fortsetzen.

Allein im vergangenen Jahr 2004 sind die Exporte um 20 % gewachsen. Das ist enorm. Das ändert aber nichts daran - das sage ich auch dazu -, dass wir uns weiter verbessern müssen, weil wir in den neuen Bundesländern immer noch unter dem bundesdeutschen Durchschnitt liegen. Unsere Chancen liegen in den tradierten Kontakten zu Mittel- und Osteuropa. Diese wollen wir weiterhin verstärkt nutzen.

Meine Damen und Herren! Wichtige Ansiedlungen sind bereits erfolgt. Wir konnten dies alles in der Zeitung lesen. Deswegen muss und kann man an dieser Stelle gar nicht alles wiederholen, zuletzt das Glaswerk der E-Glass. Arneburg ist schon vor vielen Jahren in Angriff genommen worden und jetzt Realität geworden. Die Neuansiedlung der Solar AG in Thalheim bei Wolfen und viele andere Ansiedlungen machen deutlich, dass in diesem Land wieder etwas passiert.

Im Industrie- und Gewerbepark in Arneburg beginnt der Bau einer Papierfabrik. Die Delipapier GmbH Arneburg investiert auf einer Fläche von 30 ha rund 100 Millionen €. Die Inbetriebnahme des Hygienepapierwerks mit 220 Arbeitsplätzen ist für Ende des Jahres 2006 geplant.

Im vergangenen Jahr haben wichtige Firmen wie das Zellstoffwerk, Nice-Pak Osterweddingen oder die Mitteldeutsche BioEnergie Sauter/Zörbig die Produktion aufgenommen. - Vieles könnte man noch hinzufügen. All dies führt dazu, dass die Beschäftigung wieder zunimmt. Das ist in Ordnung. Das ist unser Ziel. Das ist das Ziel unserer Wirtschaftspolitik.

Im verarbeitenden Gewerbe - wenn man sich dem widmet - haben wir natürlich, was die Förderpolitik betrifft, auch eine Konkurrenz zu dem Bereich des Tourismus. Trotz des Zurückfahrens der Förderung des Tourismus - weil wir nicht mehr Möglichkeiten haben - haben wir in Sachsen-Anhalt mittlerweile das erfolgreichste Jahr in Bezug auf die Tourismusbilanz dieses Landes aufzuweisen. Das Jahr 2004 war das erfolgreichste Jahr in der Tourismusbilanz Sachsen-Anhalts. 5,64 Millionen Übernachtungen - das bedeutet gegenüber dem Jahr 2003 einen Zuwachs um 4,2 % und einen kontinuierlichen Anstieg.

Damit ist Sachsen-Anhalt beim Gästezuwachs unangefochten bestes deutsches Flächenland hinter den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen. Eine leichte Verbesserung bei der Bettenauslastung gab es auch, was insbesondere die Hoteliers und Pensionsbetreiber freuen wird, die jetzt bei 28,4 % liegt und noch weiter steigen muss.

Dieser Leistungsanstieg ist auf das Engagement touristischer Leistungsträger, regionaler Verbände und der von der Landesregierung geschaffenen günstigen Rahmenbedingungen und Schwerpunktsetzungen zurückzuführen. Trotz geringerer Mittel waren größere Erfolge zu erzielen. Ich denke, das ist der richtige Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land hat aufgrund der föderalen Struktur auch Verantwortung für das, was im Bund und was in Europa passiert. Man kann feststellen, dass wir die Interessen des Landes Sachsen-Anhalt in den drei Jahren der Regierungszeit von Herrn Professor Böhmer und seinen Ministern im Kabinett beherzt - also anders als die Vorgängerregierung - vertreten haben.

(Zurufe von der SPD: Das ist nicht wahr! - Wer denn?)

Auch auf der Ebene des Bundesrates war die Landesregierung sehr engagiert. Für den Motor der Wirtschaft, den Mittelstand, wurden Bundesratsinitiativen zur Bekämpfung der schlechten Zahlungsmoral ergriffen. Ich nenne hierfür beispielhaft das Forderungssicherungsgesetz, das bei weitem nicht ausreicht, das aber ein Baustein für die Erreichung des richtigen Ziels ist, berechnete Forderungen insbesondere der Handwerker zukünftig schneller durchsetzen zu können.

Des Weiteren wurde eine Bundesratsinitiative zur Liquiditätsverbesserung ergriffen, mit der das Umsatzsteuerverfahren verändert werden soll. Das Ziel unserer Bundesratsinitiative ist, dass Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 2,5 Millionen € künftig die Umsatzsteuer erst dann an das Finanzamt abführen müssen, wenn der Kunde die Rechnung bezahlt hat. Momentan finanzieren die Unternehmen dem Fiskus die Umsatzsteuer vor.

Im Wirtschaftsausschuss des Bundesrates waren wir erfolgreich. Die Angelegenheit „schmort“ jetzt im Finanzausschuss des Bundesrates; es sind noch dicke Bretter zu bohren. Ich möchte deshalb an all diejenigen, die

bundesweit in ihren Parteien Verantwortung tragen, appellieren, die Bundesratsinitiative unserer Regierung zu unterstützen, damit sie eine Chance hat, verwirklicht zu werden.

Als besonders wichtiges Anliegen der neuen Bundesländer wurde das Investitionszulagengesetz, das im Jahr 2004 eigentlich auslaufen sollte, letztmalig für den Bereich Betriebliche Investitionen bis Ende 2006 verlängert. Dies ist eine wichtige Hilfe für die Ansiedlung von Investoren in unserem Land.

Die CDU-FDP-Koalition hat sich im Laufe der Jahre beim Bund und in der EU ebenso nachdrücklich dafür eingesetzt, dass die Umweltvorleistungen zur Verminderung von Emissionen und Immissionen beim Emissionsrechtehandel in der Wirtschaft berücksichtigt werden.

Meine Damen und Herren! Damit komme ich auf einen ganz wichtigen neuralgischen Punkt und appelliere diesbezüglich insbesondere an die Sozialdemokratie: Die rot-grüne Bundesregierung - keiner weiß, wie lange sie noch im Amt ist - mit den grünen Ideologieministern Künast und Trittin hat in diesem Punkt im Wesentlichen eine positive Entwicklung verhindert. Dadurch werden Arbeitsplätze und Investitionen in Industriebetrieben gefährdet und behindert.

(Herr Oleikewitz, SPD: Das ist doch Quatsch!)

Das Land Sachsen-Anhalt hat zu den Erfolgen Deutschlands bei der Minderung der Treibhausgasemissionen bereits überproportional beigetragen. Die Verringerung der CO₂-Emissionen in Sachsen-Anhalt um 38 Millionen t seit dem Jahr 1990 entspricht etwa 28 % der gesamtdeutschen Minderung der CO₂-Emissionen.

Es ist unverantwortlich, dass im Bereich des Emissionsrechtehandels eine völlig unzureichende Anrechnung der Vorleistungen unserer Industrie vorgesehen ist und dass die rot-grüne Bundesregierung einfach vom Tisch fegt, dass auch der Verlust von Arbeitsplätzen zu der vom Land erreichten Minderung der CO₂-Emissionen beigetragen hat. Deshalb appelliere ich an die SPD, dies zu verhindern. In den wenigen Wochen, in denen Sie noch an der Regierung sind, haben Sie noch eine Chance, das zu korrigieren. Damit hätten Sie auch eine bessere Ausgangsvoraussetzung für die Wahlen. Sie stehen in diesem Punkt in der Pflicht.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend zur EU. Hinsichtlich der künftigen Ausgestaltung der Chemikalienpolitik in Europa konnte die CDU-FDP-Koalition erreichen, dass die von der Europäischen Kommission vorgesehenen Auflagen zur Registrierungspflicht bei Verbundproduktionen in geschlossenen Systemen stark zurückgenommen wurden. Dies betrifft insbesondere den Chemiepark Bitterfeld-Wolfen, bei dem der ehemalige Wirtschaftsminister der SPD-Regierung Herr Gabriel - ich glaube, er ist jetzt aus Ihrer Partei ausgestiegen - tätig ist. Das Land Sachsen-Anhalt hat hierzu ein europäisches Netzwerk der Chemieregionen initiiert, um die eigene Position in Brüssel zu stärken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Allein dieses eine Beispiel - man könnte weitere nennen - macht deutlich: Wir übernehmen auch Verantwortung auf Bundes- und auf EU-Ebene; diese Regierung steckt den Kopf nicht in den Sand, sondern sie vertritt engagiert und erfolgreich die Interessen unseres Landes.

Das sind alles Indizien für eine Stimmung im Land, die zunehmend positiver wird. Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich der Meinung, wir stehen alle etwas früher auf, umso schneller geht es voran.

Das Fazit aus drei Jahren CDU-FDP-Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist schnell gezogen: Es ist positiv. Der große Unterschied zur vorherigen Regierung liegt in einer ressortübergreifenden erfolgreichen Wirtschaftspolitik, die alles dem Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen und der Förderung von Investitionen unterordnet.

Ich danke allen Beteiligten, die daran mitgewirkt haben, dem Kabinett, den Abgeordneten dieses Hohen Hauses, den Unternehmern, den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften. Es ist ein richtiger und guter Weg. Lassen Sie ihn uns zum Wohle der Menschen, die in Sachsen-Anhalt leben, gemeinsam weiter beschreiten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Gürth. - Meine Damen und Herren, begrüßen Sie mit mir Schülerinnen und Schüler der Berufsbildenden Schulen Zeitz auf der Südtribüne.

(Beifall im ganzen Hause - Herr Bischoff, SPD, meldet sich zu Wort)

- Herr Bischoff, Sie haben einen Geschäftsordnungsantrag. Bitte sehr.

Herr Bischoff (SPD):

Herr Präsident, die Aussprache zur Regierungserklärung ist als eine der wichtigsten Debatten angekündigt worden. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ist tatsächlich ein großes Problem in unserem Land. Deshalb halten wir es für wichtig, dass der Ministerpräsident, der den Plenarsaal nach der Einführung heute Morgen unverzüglich verlassen hat, dabei ist. Auch vor dem Hintergrund, dass in der morgigen Sitzung kaum Minister anwesend sein werden, halten wir es für wichtig, dass er hier ist. Es wäre auch wünschenswert gewesen, dass er die engagierten Ausführungen des Kollegen Gürth gehört hätte.

(Heiterkeit)

Wir bitten Sie um eine Unterbrechung der Sitzung und darum, für die Anwesenheit des Ministerpräsidenten zu sorgen, damit wir die Aussprache zur Regierungserklärung mit ihm gemeinsam fortsetzen können.

(Beifall bei der SPD - Oh! bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine Damen und Herren! Wir unterbrechen die Sitzung für fünf Minuten.

Unterbrechung: 12.47 Uhr.

Wiederbeginn: 12.52 Uhr.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Normalerweise hätten wir über den Antrag abstimmen müssen. Er hätte möglicherweise weggestimmt werden können. Aber vielleicht ist es die bessere Lösung, dass wir den Minister-

präsidenten jetzt gefunden haben. Er ist auf dem Wege hierher.

(Herr Bullerjahn, SPD: Das ist aber schön!)

Damit entfällt also die Abstimmung über diesen Antrag, wenn Sie damit einverstanden sind. - Bitte sehr, Herr Bullerjahn.

Herr Bullerjahn (SPD):

Ich will jetzt nicht spitzfindig sein, Herr Präsident; ich bin ja froh, dass Sie den Ministerpräsidenten gefunden haben. Sonst hätten wir noch mehr Sorgen in den nächsten Wochen.

„Auf dem Weg“ heißt aber, er kommt innerhalb der nächsten Minuten? Nicht dass er auf dem Weg woanders hin war.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Er ist hier im Hause.

Herr Bullerjahn (SPD):

Okay.

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir fahren mit der Debatte fort. Als nächster Rednerin erteile ich der Abgeordneten Frau Budde für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte sehr, Frau Budde.

Frau Budde (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will vielleicht voranstellen, dass wir der Auffassung sind, dass die Disziplin, in die sich die Abgeordneten bei Debattenbeiträgen und Redezeiten einbinden lassen, auch für die Kabinettsmitglieder gelten sollte, Herr Ministerpräsident.

(Ach! bei der FDP)

Denn ansonsten ist die schöne Zeit, die die Sachsen-Anhalter und Sachsen-Anhalterinnen gewinnen, wenn sie früher aufstehen, irgendwann ganz schnell verschwätzt.

(Zustimmung bei der SPD)

Vielleicht noch eines am Anfang: Es ist nicht immer so, dass diejenigen, die von Anfang an die besseren Anzüge getragen haben - obwohl ich sehr viel für gute Kleidung übrig habe -, die besseren Köpfe haben und schon gar nicht die besseren Konzepte. Insofern setze ich immer mehr auf den Inhalt als auf den äußeren Anschein.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Sie, Herr Ministerpräsident, haben zu Recht am Schluss Ihrer Regierungserklärung in der letzten Landtagssitzung gesagt, dass dieses Land nicht das Land der einen oder der anderen Partei, nicht das Land der Regierung oder der Opposition, sondern dass es unser gemeinsames Land sei. Sie haben Lösungen angekündigt und Sie haben Lösungen eingefordert. Das, was wir heute von der Landesregierung gehört haben, wird dem Anspruch, den Sie sich selbst gestellt haben, allerdings nicht gerecht.

(Zustimmung bei der SPD)

Was wir erwartet haben und was nötig ist, ist eine auf die Zukunft ausgerichtete Debatte und Strategie. Die

Voraussetzung dafür ist, denke ich, dass wir uns darüber einig werden, welches die Grunddaten sind, die die wirtschaftliche Entwicklung positiv oder negativ beeinflussen. Zu diesen Daten gehört ganz sicher - das ist zwischen uns unstrittig - die demografische Entwicklung des Landes.

Deshalb finde ich es richtig, dass Sie als Landesregierung mit dem Kabinettsbeschluss vom 2. März 2004 festgelegt haben: Es gelten die Ergebnisse der dritten regionalisierten Bevölkerungsprognose Sachsen-Anhalts 2002 bis 2020 als Planungsgrundlage für alle Behörden und damit auch als Grundlage für Ihre Politik.

Umso unverständlicher ist es mir dann, dass Ihr Koalitionspartner uns vorwirft - wie wir heute hören mussten -, dass wir genau Ihre Daten zur Grundlage unserer Zukunftsbeiträge gemacht hätten.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich glaube, Sie wissen genauso gut wie ich, dass das nicht von Herrn Bullerjahn erfundene Daten sind, sondern dass das die Daten des Statistischen Landesamtes sind, die hier in den Zukunftsdebatten zugrunde gelegt werden.

Man kann uns ja vorwerfen, die SPD springe zu kurz oder sie springe zu weit, aber das Ignorieren der Situation, die auf uns zukommt, und gar nicht zu springen, das führt zu Stillstand. Und Stillstand ist das Schlimmste, was diesem Land passieren kann.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von Herrn Kosmehl, FDP, und von Herrn Gürth, CDU)

Meine Damen und Herren! Die wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Ländern ist ins Stocken gekommen. In dieser Situation stellt sich die Frage: Was ist zu tun, um den Aufbauprozess wieder ins Rollen zu bringen? - So lautet die Frage, die das IWH an den Anfang einer diesjährigen Studie zur Wirtschaftspolitik in Ostdeutschland stellt.

Die Antwort, die das IWH gibt, will ich nicht an den Beginn der Debatte stellen, aber so viel kann ich Ihnen ver raten: Uns hat die Antwort nicht überrascht; sie liegt nahe an der sozialdemokratischen Vorstellung über die Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt. Deshalb zunächst eine Analyse und Bewertung dessen, was wir vorhin gehört haben.

Um allen Anfeindungen ideologischer und politischer Art und Vorwürfen, ich wolle Ihre Politik nur schlechtreden, aus dem Weg zu gehen, beziehe ich mich auch hierbei auf wissenschaftliche Erkenntnisse des IWH. Wer die Beiträge des IWH und seine Einschätzung auch zur Politik der SPD-geführten Landesregierung der vergangenen Jahre noch im Ohr hat, der wird mir sicherlich zustimmen, dass das IWH nicht in dem Verdacht steht, den Sozialdemokraten in Sachsen-Anhalt nach dem Munde zu reden. - Also das Zitat aus dem Standortreport 2005:

„Es ist seit langem bekannt, dass Sachsen-Anhalt, bezogen auf den Zeitraum von 1991 bis 2002, bei den Investitionen der Spitzenreiter unter den ostdeutschen Flächenländern ist. Eine Reihe von Anzeichen deutet auf positive Effekte dieser Investitionen heute hin. Dazu gehören die Erhöhung der Beschäftigtenzahlen in den Betrieben, die günstige Entwicklung des Industriesatzes, eine positive Ertragsentwicklung in den Unternehmen.“

Womit wir bei den Grundlagen dafür wären, dass Sachsen-Anhalt heute - Gott sei Dank, sage ich - ein Muster-schüler bei den Wachstumsraten im produzierenden Gewerbe ist. Sie haben dies ausgebaut; das ist gut so und das muss auch weiterhin passieren.

Aber ich will an dieser Stelle auch gleich mit dem weit verbreiteten Unsinn - so würde ich es fast bezeichnen - aufräumen, diese Landesregierung sei der Spitzenreiter bei Investitionen und erst nach der Regierungsübernahme sei das Ansiedlungsgeschäft wieder angelaufen.

Sehen wir uns die bewilligten Investitionsprojekte an: In den Jahren 2000 und 2001 etwas mehr als 500, im Jahr 2002 rund 600 Projekte. Wir werden sehen, wie viele davon umgesetzt werden. Ich hoffe im Interesse des Landes, dass es viele sein werden. Aber man rechnet immer mit einem Drei-Jahres-Zeitraum, und es gibt nicht wenige, die hinter vorgehaltener Hand sagen, Sie hätten bewilligt, was nur Beine hatte. Also warten wir einmal ab, was dabei herauskommt.

Im Jahr 2003 waren es dann rund 700 bewilligte Projekte, allerdings mit einem Haken: Etwas mehr als 200 dieser Projekte kommen aus dem Komm-Invest-Programm. Damit sind wir wieder auf dem Niveau von 2001. Im Jahr 2004 waren es nur noch etwas mehr als 200 Projekte insgesamt - minus 60 % gegenüber dem Vorjahr.

(Herr Gürth, CDU: Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

- Lassen Sie die bereinigte Kurve ruhig vor Ihrem geistigen Auge entstehen, Herr Gürth. Es ist keine Milchmädchenrechnung, sondern eine Statistik, mit der man sich einmal überlegt, was dort passiert.

(Herr Gürth, CDU: Sie rechnen sich die Welt schlecht, weil es nicht in Ihr Bild passt!)

- Das sind keine optimalen Kurven, sondern das ist in der Tat ein Sinkflug. In den zurückliegenden Jahren wurde die vermeintliche wirtschaftliche Dynamik des Landes mit den gestiegenen Investitionen begründet. Jetzt müssen wir feststellen: Die Summe der Investitionen in Sachsen-Anhalt geht deutlich zurück.

(Herr Dr. Schrader, FDP: Quatsch!)

Stieg das Investitionsvolumen von 2,8 Milliarden € im Jahr 2002 auf rund 3,1 Milliarden € im Jahr 2003 an, brach es im vergangenen Jahr auf ca. 1,4 Milliarden € förmlich ein. Damit wurde im letzten Jahr in Sachsen-Anhalt sogar weniger investiert als im Jahr 2001 mit 1,8 Milliarden €.

Auch die Zahl der neu geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze entwickelte sich rückläufig. In den Jahren 2002 und 2003 waren es jeweils ca. 7 000, im Jahr 2004 nur noch 4 000. Die Anzahl der Erwerbstätigen ist entgegen dem Bundestrend gesunken. Nur Mecklenburg-Vorpommern ist diesbezüglich noch schlechter dran.

Herr Ministerpräsident, das ist die reale Statistik. Das ist, wie Sie vorgestern so schön gesagt haben, die unbarmherzige Wahrheit. Ebenso gehört dazu, dass die Wirtschaft des Landes analysiert: Sachsen-Anhalt ist wegen einer falschen Wirtschaftspolitik auf Bundes- und auf Landesebene nicht vorangekommen. - So einfach wird es für Sie mit den Schuldzuweisungen in Zukunft nicht mehr sein.

(Herr Dr. Schrader, FDP: Man sollte die Zeitungen genau lesen, bevor man so etwas sagt!)

Herausreden auf den Bund allein gilt nicht mehr.

Wirklich innovativ allerdings - ich wundere mich, Herr Ministerpräsident, dass Sie diesen Rechnungen auf den Leim gegangen sind - ist der Umgang mit der Statistik zum Wirtschaftswachstum. Statt ehrlich zu analysieren und zu sagen, dass das Wirtschaftswachstum 2004 mit 1,2 % deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 1,6 %, aber auch unter dem ostdeutschen Durchschnitt mit 1,5 % lag, kumulieren Sie die Wachstumsraten der letzten drei Jahre und reden sich zum Spitzenreiter hoch. Jedem Mathematiker müssen bei diesem Missbrauch der Addition die Haare zu Berge stehen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Ich glaube, Sie sind da wohl doch der Versuchung erlegen, die barmherzige Lüge, wie Sie es so schön gesagt haben, zu wählen.

Wer heute schon Zeitung gelesen hat, wird wissen, dass bald auch die Addition nicht mehr weiterhelfen wird. Die NordLB prognostiziert nur noch 1,1 % für 2005 und damit liegen wir wieder unter dem ostdeutschen Durchschnitt.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Da heißt es doch abwarten!)

Es macht zwar keinen Sinn, auf jede der genannten Zahlen einzugehen.

(Herr Gürth, CDU: Nicht schwarzsehen, schwarz wählen, das ist die Losung!)

Aber, meine Damen und Herren, es ist geradezu absurd, dass ausgerechnet zwei Daten als Positivbeispiel herhalten sollen, bei denen Sachsen-Anhalt Schlusslicht ist. Zwar ist die Insolvenzquote rückläufig und das ist gut so. Allerdings gehört zu der Wahrheit genauso: Nirgendwo in Deutschland war im Jahr 2004 die Gefahr, in die Insolvenz gehen zu müssen, so groß wie in Sachsen-Anhalt. Von 10 000 Unternehmen mussten in Sachsen-Anhalt 255 Insolvenz anmelden, in Sachsen 175 und in Thüringen 136.

Als Erfolg der Existenzgründungsoffensive wird die Entwicklung der Selbständigenquote angeführt. Aber auch hierbei gehört zur Wahrheit zu erwähnen, dass Sachsen-Anhalt mit 8,45 % den traurigen letzten Platz in Deutschland innehat.

Was ist Ihre Antwort? - Das ist die Frage, wenn man sich die Daten ehrlich anschaut und sagt: Es ist noch viel zu tun. Ihre Antwort auf diese Entwicklung im Land ist: Weiter so! Der Weg und die Richtung stimmen.

Nein, meine Damen und Herren, das ist keine Zukunftsdebatte. Wir müssen vernünftige Antworten auf zurückgehende Landesfinanzen und die demografische Entwicklung finden. „Wir werden das Kind schon schaukeln“, reicht nicht mehr. Sie müssen auch sagen, wie Sie es ernähren wollen, wie Sie es kleiden wollen und wie Sie es ausbilden wollen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Deshalb will ich auf die Analyse, die ich vorhin angekündigt habe, des IWH und die Vorschläge des IWH zur Wirtschaftspolitik zurückkommen, auch wenn Sie es vielleicht nicht mehr hören mögen.

Die Landesregierung lehnt die räumliche Konzentration von Wirtschaftsförderung ab. Die Begründungen, die oft in den Regionen auch emotionalisierend wirken sollen - nach dem Motto: „Die Sozis wollen euch abhängen“ -

folgen immer dem gleichen Strickmuster. Auch heute ist eines davon vorgetragen worden.

Was aber sagt die empirische Forschung, die Entwicklungen untersucht hat - nicht zu vergleichen mit der emotionalen Debatte und dem Streit um den Aufbau Ost, sondern die klare wirtschaftliche Analyse wirtschaftlich starker Regionen und eine rationale Betrachtung? Sie geht davon aus, dass in wirtschaftlichen Zentren oder Ballungsgebieten Lokalisationsvorteile und Urbanisationsvorteile entstehen - beides Vorteile, die die Zentren befähigen, dynamischer zu wachsen. Die Entwicklung überall auf der Welt belegt, dass wirtschaftliches Wachstum heute - nicht vor 20 Jahren, aber heute - nur noch in Zentren zustande kommt.

Je eher es uns gelingt, die Zentren voranzubringen, umso weniger wird unser Bundesland in Gänze vom Bevölkerungsrückgang betroffen sein. Unser Problem besteht doch, wenn wir ehrlich sind, eigentlich darin, dass das in der Diskussion immer wieder vorgetragene Argument, Zentren strahlten überregional aus, bei uns noch nicht greift. Aber der Befund, dass unsere Zentren noch zu schwach sind, um die nötige Ausstrahlung zu entfalten, darf doch nicht dazu führen, dass wir die Stärkung der Zentren insgesamt ablehnen; vielmehr muss uns das doch eher motivieren, unsere Zentren, unsere Ballungsräume dahin zu bringen, dass sie funktionieren.

(Beifall bei der SPD)

Die Stadt Frankfurt am Main zum Beispiel strahlt nach neueren Untersuchungen in einen Umkreis bis zu 150 oder 200 km aus. Es gibt nach den neuesten Analysen sogar nicht wenige Familien, die bis ins Siegerland fahren, dort wohnen, weil das Bauland dort billig ist, und in Frankfurt arbeiten.

Meine Damen und Herren! Möglicherweise denken wir, was die Ballungsräume und die Entwicklung der Zentren angeht, in Sachsen-Anhalt zu kleinräumig, wie auch bei anderen Themen. Wenn man diesen Gedanken zu Ende denkt, dann müssen auch andere Konzepte angepasst werden, zum Beispiel bei dem Thema Infrastruktur.

Wir selbst sagen jetzt, die Infrastrukturprojekte müssten auf den Prüfstand, kleinere dezentrale müssten möglicherweise aufgegeben werden. Wenn man aber den Gedanken der Entwicklung von Ballungsräumen konsequent zu Ende denkt, müssen wir die Infrastrukturpolitik in Sachsen-Anhalt und für Sachsen-Anhalt darauf ausrichten, Peripheriegebiete optimal an unsere eigenen Ballungsräume anzubinden. Es geht um die Verflechtung von Unternehmen untereinander, es geht um die Verflechtung mit Forschungs- und Entwicklungsstrukturen, es geht darum, die wissensbasierte Gesellschaft zu etablieren und dafür zu sorgen, dass es sich lohnt, sich für Dienstleistungen hier anzusiedeln.

Ich bin fest davon überzeugt, Herr Ministerpräsident, dass Sie zu den gleichen Schlüssen kommen würden, wenn Sie das Thema einmal ohne parteipolitische Überlegungen betrachten würden. Denn eigentlich eignen sich dieser inhaltliche Streit und diese inhaltliche Auseinandersetzung nicht für Parteipolitik. Was ich erreichen will, ist eine offene Diskussion und ein konstruktiver Streit um Konzepte für die wirtschaftliche Entwicklung in Sachsen-Anhalt.

Lassen Sie mich noch ein Argument bringen: Alle Analysen zeigen, dass die städtische Entwicklung in Ostdeutschland bei allen Wachstumsfaktoren der westdeutschen städtischen Entwicklung hinterherhinkt. Die

ostdeutschen ländlichen Räume sind allerdings in ihrer Ausstattung mit den westdeutschen ländlichen Räumen eher vergleichbar. Das ist positiv, aber auch die folgenden Konzepte müssen darauf ausgerichtet werden.

Das IWH sagt ganz deutlich: Es geht nicht um sture Investitionslenkung. Aber wenn wir die Zentren stärken, bringen wir allgemeine Ballungsvorteile zustande, die allen Bereichen nutzen und die die Vielfalt, die wir in der Wirtschaftsstruktur brauchen, fördern. Das IWH sagt auch eindeutig, dass mit dem bisherigen System der flächendeckenden Förderung der notwendige Schub nicht erreicht werden konnte. Daher müssen die Wachstumszentren in Zukunft stärker gefördert werden und das hätte für das Land die größten Wachstumseffekte. Finanztransfers fließen nicht ewig, sie sind begrenzt. Das Jahr 2019 oder, wenn Sie wollen, das Jahr 2020 kennen wir alle.

Meine Damen und Herren! Dafür ist auch ein Umdenken der Landesregierung in der Mittelstandspolitik notwendig. Wenn wir darauf setzen, dass die eigenen Potenziale wachsen sollen, dann müssen Sie bei dem Thema Erweiterungsinvestitionen umdenken. Erweiterungsinvestitionen im heimischen Mittelstand müssen wieder gefördert werden, egal, ob es die vierte, fünfte, sechste oder siebente Erweiterungsinvestition ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen dieses Wachstum des verankerten Mittelstandes, der mittelständischen Unternehmen nicht einer vermeintlich verstopften Pipeline opfern, sondern wir müssen gezielt an der Weiterentwicklung mitwirken.

(Herr Gürth, CDU: Und was ist mit der Finanzierung des Ganzen?)

Meine Damen und Herren! Nun zum Thema Arbeitsmarktpolitik. Selbstverständlich werden wir die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt nur dann reduzieren können, wenn sich die wirtschaftliche Situation in unserem Land deutlich verbessert. Aber anders als Ihr Koalitionspartner, Herr Ministerpräsident, sind wir nicht der Auffassung, dass Wirtschaftspolitik allein das Beschäftigungsproblem lösen kann. Wir sind vielmehr davon überzeugt, dass gute Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik Bestandteile einer guten Wirtschaftspolitik sind.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Herr Ministerpräsident, Sie selbst haben in Ihrer letzten Regierungserklärung festgestellt, es wird uns in absehbarer Zeit nicht gelingen, allein durch Wirtschaftswachstum eine ausreichende Anzahl von Arbeitsplätzen bereitzustellen. Wir brauchen deshalb auch in Zukunft eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik.

Einen besonderen Schwerpunkt müssen wir dabei auf die jungen Menschen setzen. Sie brauchen alle Chancen, um in Sachsen-Anhalt den Einstieg in das Berufsleben zu bekommen. Aber auch für die Personen, die aufgrund ihres Alters, der Dauer der Arbeitslosigkeit oder verloren gegangener Qualifikationen objektiv keine Erfolg versprechenden Aussichten haben, muss es sinnvolle Alternativen geben. Wir dürfen diese Menschen nicht einfach ausgrenzen oder im Stich lassen.

Deshalb brauchen wir einen zweiten Arbeitsmarkt, der nicht immer schädlich sein muss für den ersten; vielmehr kann dieser den ersten Arbeitsmarkt entlasten, indem insgesamt eine bessere Stimmung im Land herrscht.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Wir müssen parallel dazu alles tun, um Arbeitsplätze, die es in Deutschland gibt, vor Sozialdumping, sei es inländischer oder europäischer Natur, zu bewahren. Ein Beitrag dazu ist eine vernünftige Lösung für Mindestlöhne. Wir halten den Weg, den die Bundesregierung für die deutsche Situation einschlagen will, für den geeigneten, nämlich dies über die Tarifvertragsparteien zu regeln.

(Zuruf von Herrn Hauser, FDP)

Ich habe das Gefühl, der Redebeitrag der Landesregierung dazu war von vor zwölf Wochen oder so; er war jedenfalls nicht der aktuellen Situation und den aktuellen Vorschlägen angemessen.

(Herr Tullner, CDU: Sie kommen doch sowieso nicht mehr!)

- Dafür muss jeder eine Lösung finden. Wir werden sehen, was im September passiert; ich würde mich dabei nicht zu früh freuen.

Meine Damen und Herren! Die Debattenzeit war eigentlich sehr kurz angelegt, deshalb konnte man nicht alle wichtigen Themen komplett ansprechen. Themen wie Außenwirtschaftspolitik, Tourismuspolitik, Energiepolitik, Innovationspolitik sind natürlich in der Vorbereitung etwas zu kurz gekommen, aber ich will sie wenigstens anreißen.

Im Zentrum einer jeden Wirtschaftspolitik muss die Innovationspolitik, müssen Forschung und Entwicklung stehen. Ich werde an dieser Stelle der Versuchung widerstehen, die Zahlen auseinander zu pflücken.

(Herr Dr. Schrader, FDP: Sagen Sie es doch ruhig!)

Wichtig ist, dass die Themen wie Chemie mit dem Zentrum für Polymersynthese, mit dem VDTC am Fraunhofer-Institut in Magdeburg, mit dem CCC Harzgerode mit dem Entwicklungsschwerpunkt im Bereich des Aluminium-Druckgusses, die Nanotechnologie, die Biotechnologie nach dem Jahr 2002 fortgeführt worden sind. Das sind alles Themen, die eng mit den Schwerpunkten unserer stärkeren Wirtschaftsbereiche verbunden sind. Wir brauchen sie, um uns zu einem Technologieland weiterzuentwickeln.

Was mir fehlt, sind zwei Themen. Das ist zum einen das Thema Medienwirtschaft und zum anderen das Thema regenerative Energien.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich denke, diese beiden Themen gehören unbedingt in den Fokus, wenn es um eine technologieorientierte Entwicklung geht.

Zur Außenwirtschaft. Immer häufiger findet man in Zeitungsartikeln Berichte über die Globalisierung des Mittelstandes. Dabei geht es nicht nur um Standortverlagerungen oder -ergänzungen, sondern es geht auch darum, den heimischen Mittelstand bei seinem Export zu unterstützen. Neben den Beitrittsländern sind es die asiatischen Märkte und die Länder Osteuropas, die mit dem Beitritt zur EU liebäugeln, die interessant sind.

Leider hat es Sachsen-Anhalt um einige Jahre zurückgeworfen, dass ein Teil der Kontakte abgerissen ist und dass man es als „sozialistischen Quatsch“ bezeichnet hat, die Exportstrategie sachsen-anhaltischer Unternehmen nach Osteuropa zu unterstützen.

(Herr Tullner, CDU: Unfug! - Herr Gürth, CDU: Wer hat denn das aufgeschrieben?)

Diese Länder sind als Exportregionen wichtig.

(Herr Tullner, CDU: Billige Polemik!)

Deshalb schreiben große Firmen wie FAM Briefe an die Landesregierung mit der Bitte, diese Exportstrategien weiterzuführen. Ich glaube, es ist müßig, darüber zu reden, dass die westeuropäischen Märkte wie Frankreich und die Schweiz eigentlich aufgeteilt sind. Ich glaube, im Bereich der Außenwirtschaftspolitik bedarf es deutlicher Korrekturen der Landesregierung.

Es gibt viele Themen, die es eigentlich gemeinsam zu gestalten gilt. Die Aufgaben sind viel zu groß, als dass sie im politischen Streit gelöst werden könnten. Eines dieser Themen ist die inhaltliche Ausrichtung der Strukturfonds nach dem Jahr 2006. Wir werden morgen Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren. Ich hoffe sehr, dass wir im Sinne der Sache zu einer konstruktiven Diskussion kommen werden.

Wir alle wissen nicht, wie die Wahlen im Herbst dieses Jahres oder im März nächsten Jahres ausgehen werden. Sicher wird die eine Partei sagen: Das kann nur auf uns zulaufen. Wir anderen werden sagen: Das wird ein harter Kampf, aber es lohnt sich, für eine SPD als Regierungspartei zu kämpfen.

(Herr Tullner, CDU: Das ist doch alles Kaffeesatz!)

Trotzdem bleiben die Aufgaben und der Zeitdruck, unsere Arbeit hier im Lande zu erledigen, bestehen. Ich würde es für falsch halten, wenn sämtliche inhaltliche Arbeit jetzt dem Wahlkampf untergeordnet würde. Wir werben deshalb bezüglich der angesprochenen Themen noch einmal für eine konstruktive Diskussion.

(Herr Tullner, CDU: Die Worte hören wir wohl!)

Meine Damen und Herren! Da ich noch etwas Zeit habe, mehr als ich vermutlich brauchen werde, will ich noch einige Dinge aus der Debatte ansprechen, die nicht unwidersprochen bleiben sollen.

Was hätten Sie eigentlich heute verkauft? Was würden Sie eigentlich an Ansiedlungen, an Erweiterungen verkünden, wenn Sie nicht - im positiven Sinne gemeint - Kuckuckseier in Ihrem Nest gefunden hätten, die Sie ausbrüten konnten? Gut, dass Sie sie ausgebrütet haben. Radici, Arneburg, die Dow-Folgeinvestition, die Erweiterung von Krupp-Presta in Ilsenburg - das sind alles Themen, die nicht erst seit dem Jahr 2002 bekannt sind. Selbst DHL ist nicht auf Ihrem Mist gewachsen.

Es ist gut, dass Sie daran mitgearbeitet haben, dass der Prozess vorangegangen ist. Aber ich denke, ein bisschen mehr Realität wäre der Debatte angemessen.

(Zustimmung bei der SPD)

Zu den ausländischen Investoren oder, besser gesagt, zu den Unternehmen, die heimische Unternehmen übernommen haben. Rautenbach hat sich mit dem Größten der Branche verbündet, weil ein Generationswechsel anstand und weil damit sichergestellt war, dass es genug finanzielles Potenzial gibt, um die Erweiterungsinvestitionen und den Ausbau des Standortes umsetzen zu können. Denn mit Ihrer Einschränkung der Förderung von Erweiterungsinvestition ist das zurzeit ja nicht möglich.

(Minister Herr Dr. Rehberger: Was?)

Aschersleben und Bevis sind übernommen worden, weil sie in wirtschaftliche und finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, nicht etwa weil Sachsen-Anhalt dank der schwarz-gelben Regierung in den internationalen Fokus gerückt ist. Es ist gut, dass diese Unternehmen übernommen worden sind. Es ist gut, dass sie weiter arbeiten können, dass sie hoffentlich wirtschaftlichen Erfolg haben werden und dass wir damit ein internationales Tableau an Eigentümern und Investoren bekommen. Aber diese Art von Halbwahrheiten sollte hier zumindest nicht unwidersprochen bleiben.

(Zustimmung bei der SPD - Herr Wolpert, FDP: Schlüssig ist das nicht! - Zuruf von Herrn Gürth, CDU)

Meine Damen und Herren! Ein Kollege hat mir vorhin, als Sie Ihre Kampagne verkündet haben, zugeraut, er hoffe, dass die Kampagne und das Ergebnis, dass Sachsen-Anhalt früher aufsteht, nichts damit zu tun habe, dass die Jungen weggingen und die Alten an seniler Bettflucht litten. Etwas Wahres war daran. Mit der Selbstbeweihräucherung, die Sie heute vorgetragen haben, werden Sie keinen im Land halten. Lassen Sie sich endlich auf eine inhaltliche Diskussion um eine Zukunftsstrategie ein, die nach den Bundestags- und nach den Landtagswahlen umgesetzt werden kann.

Eine Empfehlung zum Schluss, weil sich vorhin einige so gefreut haben, dass es keine Koalitionsaussage für Rot-Grün für die Bundestagswahl gibt:

(Herr Tullner, CDU: Doch Wahlkampf!)

Vielleicht wären andere Parteien auch gut beraten, sich mit Koalitionsaussagen für eine nächste Landesregierung zurückzuhalten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Herr Tullner, CDU: So viel zum Thema Sachpolitik!)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Frau Budde. - Als letzter Redner erhält nun für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Dr. Schrader das Wort. Bitte sehr.

Herr Dr. Schrader (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die relative Unaufgeregtheit dieser heutigen Debatte - es ist immerhin eines der wichtigsten Themen - zeigt mir eines: Es scheint ganz gut zu laufen mit der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Ich habe schon etwas ganz anderes erlebt in den ersten zwei Jahren. Lassen Sie mich noch eines feststellen: Die Pause hat nicht gelohnt. Herr Ministerpräsident, meinetwegen können Sie Ihren Verpflichtungen nachgehen; Sie wissen sowieso, was ich sage.

(Zuruf von Herrn Felke, SPD)

Meine Damen und Herren! Bei vielem von dem, was Frau Budde gesagt hat, hatte ich den Eindruck, dass das nicht einmal die eigenen Leute richtig geglaubt haben. Ich werde es mir erlauben, in den Ausschusssitzungen bei dem einen oder anderen einmal nachzufragen und das einmal auf den Prüfstand zu stellen. Das wird nämlich hochinteressant werden.

Meine Damen und Herren! Die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium läuft besser als unter der Vorgängerregierung. Die neue Hausspitze hat einen gewaltigen Zug hineingebracht. Es ist ein ganz anderer Biss da. - So sagte es sinngemäß Ende des Jahres 2004 der SPD-Bürgermeister „Erich von Sülzetal“ - natürlich Erich Wasserthal, Sie wissen das.

Meine Damen und Herren! Wenn man über Wirtschaftspolitik spricht, sollte man die Meinung Dritter hören, insbesondere derer, die nicht in der eigenen Partei sind, aber von Wirtschaft und Wirtschaftskompetenz etwas verstehen. Denen sollte man ruhig etwas abnehmen, meine Damen und Herren. Ich muss ehrlich sagen, wir haben uns darüber gefreut, aber das zeichnet diese Leute aus, weil sie ehrlich sind.

Nach gut drei Jahren CDU-FDP-Regierung wird heute eine Zwischenbilanz zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik gezogen. Diese Zwischenbilanz kann sich durchaus sehen lassen. Das hat nicht nur die Regierungserklärung gezeigt, sondern das haben uns auch maßgebliche Leute und Institutionen von außen bescheinigt.

Neben haushälterischen und gesetzgeberischen Maßnahmen und Weichenstellungen für die Wirtschaftspolitik ist es vor allem eine Vielzahl von Initiativen und Aktivitäten sowie gekonntes Management gepaart mit Kompetenz und vor allem Engagement, um die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik voranzubringen. Es ist kein Prozess, in dem man sagt, es entwickelt sich alles automatisch. Dahinter stehen Menschen mit Ideen, Konzepten und politischem Durchsetzungsvermögen. Ergebnisse fallen nicht vom Himmel.

Wenn es ermutigende Wirtschaftsdaten gibt und Ansiedlungen klappen, hebt das allmählich die Stimmung im Land, nicht nur bei den Unternehmen. Das macht Mut und gibt Zuversicht - nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für die Menschen. Man kann sich nur selbst aus dem Sumpf herausziehen.

Um es ganz klar zu sagen: Von der wirtschaftlichen Gesamtsituation, in der sich Deutschland befindet, kann sich Sachsen-Anhalt natürlich nicht abkoppeln. Dass Deutschland auf der Stelle tritt, nicht mehr Motor, sondern Investitionsbremse, Innovationsbremse und Schlusslicht in Europa ist, macht die Sache für uns nicht leichter.

Aber seit letzten Sonntag gibt es die berechtigte Hoffnung, dass sich ab Herbst im politischen Gefüge Deutschlands einiges ändern wird. Das wird sich nach meiner festen Überzeugung im positiven Sinne auf die Wirtschaft, das Investitions- und Innovationsgeschehen und auf den Arbeitsmarkt in Deutschland auswirken, zwar nicht sofort, aber es wird kommen. Glauben Sie mir, das motiviert gewaltig.

Ich bin froh, dass wir in einer Demokratie leben, in der die Bürger und Bürgerinnen die Möglichkeit haben, alle paar Jahre darüber abzustimmen, ob die Regierenden gut gewirtschaftet haben oder nicht. Das Land Nordrhein-Westfalen ist dafür ein beredtes Beispiel. Wir werden schauen, was im September herauskommt.

Meine Damen und Herren! Ich kann mich sehr gut an die Zeit erinnern - gestatten Sie mir, wenn ich das zwischendurch sage -, als ich Mitte der 70er-Jahre zur Oberschule ging. Dort habe ich mir von Leuten erzählen lassen müssen - diese Leute sind jetzt auch in der PDS-Fraktion -, wie toll der Sozialismus und wie schlimm der Kapitalismus sei. Von dem, was ich vorhin gehört habe,

muss ich sagen: Gott sei Dank leben wir in einer Demokratie und die Bürger können entscheiden, in welche Richtung das geht. Ich habe damals nicht an die Konzepte des Sozialismus geglaubt und heute glaube ich erst recht nicht daran.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zustimmung von Minister Herrn Dr. Rehberger)

Den Koalitionspartnern CDU und FDP war es bei der Regierungsübernahme voll bewusst, dass sie auf dem Gebiet von Wirtschaft und Arbeit eine schwierige Aufgabe und eine große Verantwortung übernehmen würden. Die Erblast war schon bedrückend. Das Image des Landes lag am Boden. Das war keine leichte Herausforderung.

Natürlich können die bisherigen Ergebnisse nicht zufrieden stellen, aber es gibt hoffnungsvolle Signale, die den richtigen Kurs bestätigen. Die konsequente Investitions- und Ansiedlungsoffensive kann sich sehen lassen. Durch die gezielte und angepasste GA-Förderung und die Ausschöpfung aller zur Verfügung stehenden Bundes- und Europamittel wurden seit 2002 ca. 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen und Investitionen von ca. 7 Milliarden € angeschoben.

Namhafte Ansiedlungserfolge - ich werde jetzt auf die Nennung derer verzichten, bei denen ich weiß, dass diese in Ihrer Periode vorbereitet wurden - wurden erreicht: Nice-Pak, Schuberth-Helme, Recticel, Delipapier, E-Glass, Dell und nicht zu vergessen die Solarzellenwerke Wolfen/Thalheim. Wichtig sind aber auch Erweiterungsinvestitionen - diese vergisst man oftmals -: Hexal, Bayer, Impfstoffwerk Dessau/Tornau, ThyssenKrupp und viele kleine mittelständische Betriebe sprechen für sich.

Sie sprechen immer über die Investitionsbereitschaft und über die Stimmung im Land. Diese kann sich sehen lassen. Frau Budde, hierzu hört sich das, was Sie im November letzten Jahres gesagt und heute nur in Nuancen ein wenig relativiert haben, eigenartig an. Sie sagten, die Wirtschafts- und Förderpolitik sei ineffektiv und intransparent. Erfolge der bisherigen Wirtschaftsförderung seien volkswirtschaftlich gesehen bis auf Arneburg ausgeblieben. Es gebe keine klaren Richtlinien für die Vergabe von Mitteln und deshalb müsse ein Leitbild her. Dieses Leitbild haben Sie uns heute zu präsentieren versucht. In Teilen haben wir es schon vorher gehört.

Wer so etwas sagt, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, die Realität nicht erkannt zu haben oder nicht erkennen zu wollen. Neben den oben erwähnten positiven Signalen im Bereich der Investitionen und der Ansiedlungen hat das Land Sachsen-Anhalt entgegen dem Trend und im Vergleich der ostdeutschen Bundesländer in den vergangenen drei Jahren bei wesentlichen volkswirtschaftlichen Daten enorm aufgeholt.

Das Wichtigste für mich ist der Aufstieg im Dynamikranking im Bereich Wirtschaft von Platz 12 auf Platz 4. Das ist schon etwas. Das sind nicht unsere Erhebungen, sondern das machen Dritte. Als einziges Land haben wir ein Plus an Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe. Das ist nicht selbstverständlich. Wir haben kräftige Zuwachsraten im produzierenden Gewerbe, in der Periode 2003 bis 2004 bundesweit Platz 3.

Ich gebe ehrlich zu, in den Jahren von 1998 bis 2000 - ich habe mir die Daten hierzu herausgezogen - gab es auch hohe Wachstumsraten, aber damals lagen wir unter dem ostdeutschen Durchschnitt, jetzt darüber. Man muss immer vergleichen, wie die Realität innerhalb der

ostdeutschen Länder ist. Es gibt einen Spitzenwert für Zugewinne bei der Arbeitsproduktivität und - das ist eher ein psychologisches Thema - wir sind nicht mehr Letzter bei dem Thema Arbeitslosigkeit. Volkswirtschaftlich ist es nicht von sehr großer Relevanz, aber psychologisch ist es für die Menschen enorm wichtig, nicht mehr die rote Laterne zu tragen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Diese Ergebnisse kommen nicht von ungefähr und nicht im Selbstlauf. Das ist alles unter der Verantwortung der CDU-FDP-Regierung passiert.

Ein beliebtes und sehr aussagefähiges Thema ist das Wirtschaftswachstum. Herr Thiel und Frau Budde, da Sie es angesprochen haben, werde ich mich kurz darauf konzentrieren. Durch einzelne Großinvestitionen gerade im ostdeutschen Bereich kann das Bruttoinlandsprodukt in den einzelnen Jahren sehr stark schwanken.

Wenn Sie einmal schauen, wie auch in Sachsen und Thüringen die Jahresdaten aussehen, dann können Sie feststellen, dass es sehr wohl Sinn macht, nicht von Jahr zu Jahr schauen, sondern eine Periode von mehreren Jahren zu nehmen. Das wurde hierbei getan. Dabei wurde festgestellt, dass gegenüber dem Jahr 2001 das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2004 um 3,6 % gestiegen ist. 1,6 % waren es in Deutschland und 2,3 % beträgt der Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer. Darüber wurde bereits berichtet.

Interessant ist nun der Vergleich, wie die Ergebnisse in Ihrem Zeitraum waren. In dem vergleichbaren Zeitraum von drei Jahren von 1998 bis 2000 - die Basis war das Jahr 1997 - legte das Bruttoinlandsprodukt in Sachsen-Anhalt bis zum Jahr 2000 um 3,3 % zu. Das hört sich nicht schlecht an. In den neuen Bundesländern waren es aber 4,4 %; das heißt, man lag unter dem Durchschnitt. Wichtig und erstaunlich ist, dass im Zeitraum von 1998 bis 2000 die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland bei 7,7 % lag.

Wenn Sie die Zahlen noch im Gedächtnis haben, dann scheint eines unabweisbar zu sein: Es hat sich in den letzten Jahren ein maßgeblicher Wandel zwischen Ost und West ergeben. Herr Thiel, ich widerspreche Ihnen: Die Schere geht nicht weiter auf, sondern sie schließt sich. Der Osten wächst wieder stärker als der Westen. Bei Zuwächsen in der Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe ist der Unterschied im Wachstum zwischen Ost und West noch viel stärker.

(Zuruf von Herrn Dr. Thiel, PDS)

Ich empfehle Ihnen, die Seite 2 der gestern veröffentlichten Broschüre zu lesen. Dort sehen Sie es ganz genau.

(Herr Dr. Thiel, PDS: Ich schaue lieber in das Statistische Jahrbuch! - Weitere Zurufe von der PDS)

- Wissen Sie, wenn wir über gefälschte Statistiken sprechen wollen, dann kommen wir später bei Ihnen darauf zurück.

Natürlich sind wir mit dem Erreichten nicht zufrieden, aber die Fortschritte sind unverkennbar. Hinter diesem steht natürlich ein Konzept. Man kann das zusammenfassen: Vorfahrt für Wirtschaft und Innovation!

Dann kommt die Opposition und fordert ein Leitbild à la SPD für die Wirtschaftsförderung, welches mich immer

wieder an ein Stück Planwirtschaft erinnert. Dieses Leitbild sei notwendig, um wirtschaftlich voranzukommen, behauptet die SPD.

Meine Damen und Herren! Dafür fehlt mir jedes Verständnis. Die Resultate der Jahre von 1994 bis 2002 sind offensichtlich. Tun Sie nicht so, als wenn Sie, die Oppositionsparteien, in diesem Land nicht acht Jahre lang die Verantwortung gehabt hätten.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Vergleich dazu sprechen die Ergebnisse der Jahre 2002 bis 2004 eine deutliche Sprache. Unsere praktizierte Wirtschaftspolitik - das ist immer das, was Sie nicht verstehen wollen oder nicht verstehen können - steht nicht unter dem Diktat eines starren Planes, sondern optimiert flexibel die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. Es ist ein klares Konzept. Dazu gehört unter anderem die zweimalige Anpassung der Förderrichtlinien für Investitionen, was auch eine konsequente Reaktion auf das stark gestiegene Investitionsinteresse ist.

Sie als Vorgängerregierung haben noch Geld nach Berlin verschenkt.

(Frau Budde, SPD, schüttelt den Kopf)

Wir brauchen alle Mittel und wir sind gezwungen anzupassen, um möglichst viele zu bedienen. Das ist tatsächlich so. Da brauchen Sie nicht den Kopf zu schütteln.

Meine Damen und Herren! Studien vom IWH und von anderen Institutionen belegen, dass es keine Patentlösung für die Umgestaltung der Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland gibt, kein starres Leitbild. Eine abschließliche Förderung bestimmter Branchen oder bestimmter Regionen wird dagegen durchweg abgelehnt. Das ist konträr zu dem, was Sie immer wollen, nämlich die Zentren fördern und das andere nicht so richtig.

Meine Damen und Herren, Sie können den Wirtschaftsunternehmen nicht vorgeben, wo und wann sie sich ansiedeln sollen. Wenn Sie das versuchen, dann werden Sie Schiffbruch erleiden; denn es ist wichtiger, eine Firma im Land zu halten und sie an einem Standort zu haben, an den man vorher vielleicht nicht gedacht hatte, als sie woanders hingehen zu lassen. Das lehrt ganz einfach die Erfahrung. Wenn Sie in der Regierungsverantwortung gestanden hätten, wäre es wohl nie zu der Ansiedlung in Arneburg gekommen.

Es freut uns sehr, dass sich die Opposition beim Thema Wirtschaftspolitik so stark engagiert und sich auch mit eigenen Vorschlägen einbringt. Das unterscheidet sie maßgeblich von dem Konzept der PDS. Über die Inhalte - darin gebe ich Ihnen Recht - sollte man sich auf fachlicher Basis streiten.

Wenn Sie nun aber Ihre Ideen, die erst noch in die Form eines Leitbildes gegossen werden sollen, als neu verkaufen wollen, kann ich nur feststellen: Die Hälfte dessen, was die SPD in ihrem Papier aufgeschrieben hat, haben wir bereits praktisch umgesetzt, die andere Hälfte ist nicht akzeptabel. Dies bezieht sich auf das planwirtschaftliche Herangehen und auf das Ansinnen, der Wirtschaft mittels unterschiedlicher Fördersätze vorzuschreiben, wo sie sich ansiedeln soll und wo nicht.

Meine Damen und Herren! Sie müssen verstehen, dass wir uns kein theoretisches und starres Leitbild zur Wirtschaftsförderung à la SPD/PDS aufdrücken lassen, schon deshalb nicht, weil die Resultate Ihrer Politik eine andere Sprache sprechen. Nein danke, wir arbeiten lie-

ber nach unserem Konzept. Damit sind wir erfolgreicher. Die Ergebnisse zeigen das.

Mich stört jedoch - ich hatte eigentlich erwartet, dass heute schon etwas von Ihrem Konzept „Arbeitsmarkt“ losgelassen wird, das Sie uns morgen präsentieren wollen -, dass Sie keine ordentlichen Lösungsansätze für das Problem der Massenarbeitslosigkeit haben.

Meine Damen und Herren! Das Hauptthema in Deutschland und in Sachsen-Anhalt ist die bedrückend hohe Arbeitslosigkeit. Deshalb muss alles dafür getan werden, mehr und neue Jobs zu schaffen.

Der Mittelstand beschäftigt 70 % der Arbeitnehmer. 80 % aller Lehrlinge werden dort ausgebildet. Der Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit führt demzufolge logischerweise nur über den Mittelstand. Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, braucht er gute Rahmenbedingungen. Das, was von Ihrer Partei kommt, nämlich eine pauschale Unternehmerschelte im Rahmen der Kapitalismusdebatte, ist absolut kontraproduktiv und schädlich für den gesamten Mittelstand sowie für den Wirtschaftsstandort Deutschland.

(Zustimmung bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Die Hauptsorgen des Mittelstandes sind entschieden zu hohe Lohnnebenkosten, ein überzogenes Arbeits- und Tarifrecht und viel zu viel Bürokratie. Es geht um Deregulierung im Arbeits- und Tarifrecht, um die Lockerung des Kündigungsschutzes, um flexiblere und mehr Arbeit sowie um Änderungen bei der betrieblichen Mitbestimmung.

Das sind die Ansätze. Diesen versperren Sie sich auf der Bundesebene. Im Land wird vieles von dem, was möglich ist, schon still und heimlich umgesetzt - nicht von uns; das machen die Unternehmen mit den Gewerkschaften und Arbeitnehmern selbst. Hier ist ganz einfach auch auf der Bundesebene Flexibilität gefragt.

Wir haben das Land Sachsen-Anhalt als wirtschaftliche Modellregion vorgeschlagen, als ein Testfeld für Bürokratieabbau und Deregulierung, für flexibles Arbeitsrecht und beschleunigte Genehmigungsverfahren. Wir wollten auf eigene Verantwortung bundesgesetzliche Regelungen modifizieren, um die Jobmaschine Mittelstand wieder in Gang zu bringen. Die Bundesregierung hat sich dagegen gesperrt.

Bundesratsinitiativen zum Umstieg von der Soll- auf die Istbesteuerung und zur Senkung der Ausbildungskosten, um mehr jungen Menschen einen betrieblichen Ausbildungsplatz anbieten zu können, wurden von Rot-Grün abgelehnt. Aber das hat nun Gott sei Dank bald ein Ende.

(Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Initiativen, die im Land in eigener Verantwortung angeschoben wurden, laufen ganz erfolgreich, zum Beispiel der Ausbildungspakt 2005. Es ist unverständlich, dass die Gewerkschaften dabei nicht mitmachen.

Nach der vom Deutschen Institut für Wirtschaft Köln ermittelten Bilanz ist das Ausbildungsangebot in allen Bundesländern gestiegen. In Ostdeutschland konnte insbesondere Sachsen-Anhalt eine kräftige Zunahme verbuchen. Mit einem Zuwachs von 16,8 % gegenüber dem Jahr 2003 nahm Sachsen-Anhalt mit großem Abstand einen Spitzenplatz unter den Bundesländern ein. Ich

denke, solche Daten und Fakten sollten Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen und verarbeiten.

Das Gründungsgeschehen im Land befindet sich in einem kräftigen Aufwind. Hierzu trägt auch eine modifizierte Ego-Initiative bei.

Mit den beiden verabschiedeten Investitionserleichterungsgesetzen, über die von Ihnen immer wieder gesagt wird, sie wären „weiße Salbe“, wurden von der Wirtschaft lange geforderte wirtschaftsfreundliche Freiheiten umgesetzt. Die Abschaffung des mittelstandsfeindlichen und wettbewerbsbeschränkenden Vergabegesetzes und die Änderungen im kommunalen Wirtschaftsrecht waren konsequente Beispiele für die Umsetzung des liberalen Anspruchs „Privat vor Staat“, die der Wirtschaft wieder ein großes Stück Vertrauen gegeben haben.

Investitionserleichternde Änderungen im Denkmalschutzgesetz und erweiterte Privatisierungsmöglichkeiten im Abwasser- und Abfallrecht sind weitere Beispiele für Deregulierung.

Meine Damen und Herren! Das ist, zumindest aus meiner Sicht, eine ganz wichtige Aussage: Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und die Deregulierungsbemühungen bleiben eine Daueraufgabe dieser Koalition.

Zum Abschluss möchte ich zu meinem Lieblingsthema, der Innovation, kommen. Der eigentliche Schlüssel für Wachstum und Beschäftigung liegt in der Entwicklung und Einführung von neuen Technologien und innovativen Produkten. Darüber sind wir uns alle einig. Innovation ist der Schlüssel für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Auch darüber sind wir uns einig. Ein innovationsfreundliches Klima in einem Land zu schaffen, ist deshalb von entscheidender Bedeutung und eine der wichtigsten Aufgaben der Politik.

Forschung und Entwicklung kosten Geld. Die Mittel, die für Forschung und Entwicklung ausgegeben werden, sind gut angelegtes Geld. Seit dem Jahr 2002 wurden die Mittel zur Förderung der einzelbetrieblichen Forschung und Entwicklung kräftig aufgestockt. Herr Thiel, ich freue mich, dass Sie das mittlerweile akzeptiert haben. Wir haben erst letztes noch eine Pressemitteilung von Ihnen zur Kenntnis nehmen müssen, in der Sie dies bezweifelten. In diesen Bereich werden auch weiterhin Mittel hineingepumpt, weil er wirklich sehr wichtig ist.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zu diesem Thema noch etwas anderes ansprechen, das uns in Deutschland alle betrifft. Allein die Worte „Atom“, „Gen“ oder „Nano“ wecken Angstgefühle und Vorsicht. Es sind Negativworte. Dabei weiß fast jeder Achtklässler, dass dies die Grundbausteine unseres Seins sind. Werden diese Begriffe mit dem Wort „Technik“ gekoppelt, also „Atomtechnik“, „Gentechnik“, „Nanotechnik“, wird es ganz schlimm.

In der vorigen Woche habe ich einen Vortrag gehört, in dem eine Journalistin ganz deutlich sagte, dass allein das Wort „Innovation“ in Deutschland, obwohl es ein Trendwort ist, bei vielen Zurückhaltung auslöst. Es ist wahrscheinlich die Angst vor dem Neuen.

Man muss sich fragen: Ist Deutschland innovations- und technologiefeindlich? - Ein Stück weit sicherlich schon. Wie kommt es, dass immer zuerst die Risiken und dann die Chancen gesehen werden? Das ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das wir Deutschen haben.

Die Entwicklung der Eisenbahn, der Straßenbahn und der Computertechnik waren dafür beredete Beispiele. Wenn man sich alte Schriften ansieht, kann man feststellen, dass damals davor gewarnt wurde, in eine Eisenbahn einzusteigen. Der Bürgermeister von Bernburg hat neulich gesagt: Liebe Leute, lieber Stadtrat, jetzt, da ihr die Gentechnik nicht wollt, erinnere ich euch an das Thema Eisenbahn; ihr habt damals dafür gesorgt, dass die Eisenbahn an Bernburg vorbei ging, aus Angst; jetzt haben wir das Dilemma.

(Herr Gürth, CDU: Und die wollen Kreisstadt bleiben!)

- Das hat damit nichts zu tun. - Wenn man sich neuen Technologien verschließt, hat man ein Problem. Das ist also eine ganz wichtige Angelegenheit.

Meine Damen und Herren! Ein Hauptgrund - das geht uns alle etwas an - ist die fehlende Kommunikation zwischen der Wissenschaft, der Wirtschaft, der Politik und der Bevölkerung. Dieser Umstand bietet Platz für eine ideologische Ausnutzung. Genau das haben wir in Deutschland in den letzten Jahren durch die Grünen - die SPD hat das in weiten Teilen mitgetragen - leibhaftig erlebt.

Deutschland ist nach wie vor Spitze in der Grundlagenforschung und zum Teil auch in der angewandten Forschung. Wenn es aber um die Umsetzung der Forschungsergebnisse in Produkte, in Wertschöpfung geht, tut sich das Dilemma auf. Der MP3-Player, der Walkman, der Transrapid sowie viele Arzneimittel wurden in Deutschland entwickelt. Wo erfolgte die Wertschöpfung und wo wurden die Arbeitsplätze geschaffen? - Im Ausland. Wir haben dann die Produkte zurückgekauft.

Meine Damen und Herren! Mit der roten Biotechnologie ist in den 80er-Jahren in Hessen unter dem damaligen Umweltminister Joschka Fischer genau dasselbe passiert. Das war der Anfang vom Ende, nämlich dass Deutschland nicht mehr die Apotheke Europas und der Welt ist. Fehlende Sachkenntnis und Lücken in der Bildung und Weiterbildung sind die Folge. Lehrer, Schüler, Schulsystem und Lernstoffe sind hier genauso gefragt.

Ich habe kürzlich ein Beispiel gehört: In Nordrhein-Westfalen kann man nach den Vorgaben der alten Regierung jetzt wohl Physik, Chemie und Biologie zusammenlegen. Wenn ich dann höre, dass man diese Fächer beim Abitur auch noch abwählen kann, dann braucht sich niemand darüber zu wundern, dass die Wörter „Atom“ und „Gen“ als Horrorgespenster an den Schultafeln stehen, ohne dass jemand weiß, was sie bedeuten.

(Zustimmung bei der FDP)

Meine Damen und Herren! Deutschland könnte das Land sein, in dem Produkte der Biotechnologie und der Gentechnik, der Nanotechnik, der Informations- und Kommunikationstechnologie nicht nur erforscht, sondern auch hergestellt und exportiert werden. Man muss sich das einmal vorstellen: Andere Länder schmunzeln und verstehen das nicht.

Auf der besagten Konferenz, an der ich in der vorigen Woche teilgenommen habe - das war ein 200-Mann-Auditorium -, standen ausländische Diskussionsredner auf und fragten: Liebe Deutsche, was macht ihr hier eigentlich? - Eine Japanerin sagte: Es ist unglaublich; der MP3-Player, den ich um den Hals trage, ist bei Euch entwickelt worden; bei uns sind die Arbeitsplätze. - Da sollten wir uns alle an die eigene Nase fassen.

Was können wir machen? - Wir können uns selbst helfen. Jetzt kommt es: Der Osten und insbesondere Sachsen-Anhalt ist generell innovationsfreundlicher. Es ist eine riesige Chance für unser Land und auch ein Wettbewerbsvorteil gegenüber den Westländern, dass wir bestimmte Technologien, die ein bisschen mit dem Makel der Risikotechnologie verbunden sind, massiv vorantreiben wollen.

Bei dieser Gelegenheit gestatten Sie mir folgende Bemerkung: Der Landtag kann ein Stück weit stolz darauf sein, dass er das Thema Gentechnik im Zusammenhang mit dem Erprobungsanbau im letzten Jahr so offensiv und auch kontrovers diskutiert hat. Aber wir haben es getan. In anderen Parlamenten dieser Republik hätte dieses Thema überhaupt keine Chance, auf die Tagesordnung gesetzt zu werden, und wenn, dann nur mit einem Kontra-Antrag. Meine Damen und Herren! Ich denke, das war ein ganz wichtiges Ergebnis der Parlamentsarbeit im letzten Jahr.

Meine Damen und Herren! Die Umsetzung ist schwierig, auch weil die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht passen. Hier dominiert nach wie vor die grüne Verhinderungspolitik, mit der es hoffentlich bald vorbei ist.

Lassen Sie uns die Potenziale unseres Landes insbesondere im Bereich der neuen Technologien nutzen. Die immer engere Verzahnung von wissenschaftlichem Fortschritt und Wirtschaft in unseren Spitzentechnologiefeldern und ein gezielter Mitteleinsatz in diesem Bereich - das ist die Zukunft unseres Landes. Wir sind hierbei auf einem guten Weg.

Wirtschaftsfreundlichkeit und Forschungsorientiertheit sind der Schlüssel zu mehr Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Diesen Weg muss unser Land gehen. Die Regierungskoalition wird alles tun, um dies zu realisieren. Wir möchten auch Sie von der Opposition einladen, dabei mitzumachen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Herr Prof. Dr. Spotka:

Vielen Dank, Herr Dr. Schrader. - Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, jetzt in die Mittagspause einzutreten und die Fragestunde nach der Mittagspause durchzuführen. Ich schlage Ihnen wegen des Zeitverzugs ferner vor, die Mittagspause zu verkürzen und die Plenarsitzung um 14.30 Uhr fortzusetzen. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit.

Unterbrechung: 13.41 Uhr.

Wiederbeginn: 14.34 Uhr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine Damen und Herren! Wir sind schon wieder einige Minuten über der Zeit, also beginnen wir jetzt. Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Fragestunde - Drs. 4/2173

Es gibt drei Kleine Anfragen. Ich rufe die erste Fragestellerin, die Abgeordnete Frau Dr. Rosemarie Hein von der PDS-Fraktion auf. Es geht um die **Verordnung zur Schuleingangsphase gemäß § 4 Abs. 3 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt**. Bitte schön, Frau Hein, fragen Sie.

Frau Dr. Hein (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der neunten Schulgesetznovelle wird die oberste Schulbehörde in § 4 Abs. 3 SchulG LSA ermächtigt, die nähere Ausgestaltung der Schuleingangsphase durch Verordnung zu regeln.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wann soll die im Schulgesetz vorgesehene Verordnung durch die Landesregierung erlassen werden?
2. In welcher Form werden die Erfahrungen ausgewertet, die an jenen Schulen gesammelt wurden, die bereits seit mehreren Jahren eine Schuleingangsphase gestalten?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Hein. - Für die Landesregierung antwortet Herr Professor Olbertz. Bitte schön.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Landtagspräsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Frage der Abgeordneten Frau Dr. Hein beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt.

Zu Frage 1: Die vorgesehene Verordnung wird der Sache nach nur das generalisieren und pädagogisch untersetzen, was schon jetzt in § 5 der Versetzungsordnung vom 12. Juli 2004 für die bereits bestehenden Schulen mit der Schuleingangsphase gilt. Es geht darum, wie Schüler nach einem Jahr oder nach zwei Jahren in den dritten Schuljahrgang wechseln, und darum, eine dann insgesamt dreijährige Schuleingangsphase zu regeln und zu gestalten.

Eine eigenständige Verordnung zur Schuleingangsphase ist, wenn man es rein formal betrachtet, entbehrlich. Der Entwurf der Änderungsverordnung zur Versetzungsordnung allerdings - damit kommen wir der Gesetzesforderung nach - wird in Kürze vorgelegt. Alle weiteren Fragen werden im Schulverwaltungsblatt, im Erlass zur Unterrichtsorganisation, der in diesen Tagen veröffentlicht wird, und in einem nichtamtlichen Text, der sich zum kommenden Schuljahr ausführlich mit der Ausgestaltung der Schuleingangsphase beschäftigen soll, geregelt.

Zu Frage 2: Als Veröffentlichung liegt die Broschüre „Neugestaltung der Schuleingangsphase“ aus dem Jahr 2000 vor, die den Modellversuch an der Brüder-Grimm-Grundschule in Halle vorstellt und die allen Grundschulen zugänglich gemacht worden ist.

Das Thema Schuleingangsphase wurde in den vergangenen Jahren regelmäßig in thematischen Schulleiterdienstberatungen als Schwerpunkt besprochen. Darüber habe ich mich noch einmal vergewissert. Grundschulen, die schon seit einigen Jahren mit einer Schuleingangsphase arbeiten, geben ihre Erfahrungen auch auf andere, mindestens ebenso wirkungsvolle Weise weiter, etwa durch das Berichtswesen.

Bei der Frage nach der Umsetzung der neunten Änderung des Schulgesetzes waren Lehrerinnen und Lehrer dieser Schulen in regionalen und auch in schulinternen Fortbildungsveranstaltungen immer gefragte Gesprächspartner. Außerdem gab es vor allem in den letzten Monaten auf Eigeninitiative der Schulen oder auf Rat der schulfachlichen Referenten in diesen Schulen Hospita-

tionen von Schulleitern und Lehrkräften, die sich mit den unterschiedlichen inhaltlichen und organisatorischen Konzepten zur Schuleingangsphase vertraut machten.

Im kommenden Jahr wird es ein Fortbildungsprogramm geben, in dessen Mittelpunkt nicht die formale, sondern die pädagogische Ausgestaltung der Schuleingangsphase steht. Die Grundschullehrerinnen und -lehrer, die bereits in der Schuleingangsphase erfolgreich gearbeitet haben, sollen daran mitwirken. Inhaltliche Schwerpunkte der Fortbildung werden vor allem Möglichkeiten der individuellen Förderung von Kindern mit unterschiedlichen Voraussetzungen und die Unterrichtsgestaltung in jahrgangshomogenen oder jahrgangsgemischten Lerngruppen sein.

Insbesondere der letzte Aspekt zeigt aber auch, dass es nicht die e i n e Form der Schuleingangsphase gibt, sondern dass es verschiedene Möglichkeiten gibt, sodass jede Grundschule den ihr am besten entsprechenden und dann auch machbaren Weg für die Schuleingangsphase finden und entwickeln muss.

Auch in den Fortbildungen zur Erarbeitung der schulinternen Lehrpläne, die derzeit landesweit stattfinden, hat die Schuleingangsphase eine herausgehobene Bedeutung. Das ist klar; denn die Gestaltung der Schuleingangsphase muss sich wesentlich über das Unterrichtsgeschehen vollziehen und das Unterrichtsgeschehen ist wiederum Gegenstand dieses neuen kompetenzorientierten Lehrplanwerkes. Deswegen ist es sehr wichtig, diese beiden Dinge genau an der Schnittstelle zu verschränken.

Die Handreichung für Lehrerinnen und Lehrer zur Entwicklung des schulinternen Lehrplans steht übrigens seit vorgestern auf dem Landesbildungsserver zu Verfügung. Noch einmal passiert mir das nicht, habe ich mir gesagt.

Diese Fortbildungen werden von Grundschulleiterinnen durchgeführt, die vom Lisa in einer dreitägigen Schulung zu Moderatoren ausgebildet werden. - Vielen Dank.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es gibt eine Nachfrage. Bitte, Frau Dr. Hein.

Frau Dr. Hein (PDS):

Herr Minister, das, was Sie insbesondere zu der letzten Frage gesagt haben, kann ich aus unseren Gesprächen heraus nur bestätigen. Es ist so. Ich frage Sie dennoch etwas.

Wir haben in diesen Gesprächen erfahren, dass es - das ist auch logisch - bei den Schulen, die bisher mit der flexiblen Schuleingangsphase gearbeitet haben, mehrere Jahre der Vorbereitung gebraucht hat, um das pädagogische Konzept zu erarbeiten. Ich frage Sie: Wie soll das bis August - damit soll laut Gesetz im August begonnen werden - geschafft werden?

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Frau Dr. Hein, ich habe mich diesmal sehr gut vorbereitet. Ich habe versucht, Ihren Fragen bis hin zum Bildungsserver nachzuspüren.

Es gibt gute Erfahrungen mit der Schuleingangsphase. Zunächst ist das eine formale Konstruktion; diese ist zu

regeln. Diese ist im Übrigen auch rechtlich verlässlich auszugestalten. Das geht über die Versetzungsverordnung.

In Bezug auf die inhaltliche Ausgestaltung wissen die Schulen seit der Schulgesetznovelle des vorigen Jahres, dass diese Änderung kommt. Sie haben sich zu einem Großteil selbst auf den Weg gemacht - ich habe das beschrieben - und sich um einen Erfahrungstransfer mit den Schulen gekümmert, die sich seit 2000 bereits erfolgreich im Modellversuch engagiert haben. Wir haben dort, wo es nicht klappt, selber nachgeholfen und genau diese Begegnungen in laufenden Fortbildungen, in der Schulleiterdienstberatung und durch die Organisation von Besuchen und Hospitationen, so denke ich, ziemlich wesentlich mit initiiert und in Gang gesetzt.

Ich meine sagen zu können, dass die Gestaltung der Schuleingangsphase - diese muss natürlich auch geübt werden, das ist klar - von den Eckdaten her mit dem neuen Schuljahr funktionieren wird. Dann wird es einen Optimierungszeitraum, einen Entwicklungs- und Gestaltungszeitraum geben und es wird ein Benchmarking über den Erfahrungsaustausch und die angekündigte Fortbildung stattfinden, die es gewährleisten, dass die erfolgreichsten Modelle sich schnell durchsetzen werden.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. Damit ist die erste Frage beantwortet worden. - Wir haben gemeinsam die Freude, Schülerinnen und Schüler des Hildebrandt-Gymnasiums Stendal auf der Tribüne begrüßen zu dürfen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich rufe die **Frage 2** auf. Sie wird von dem Abgeordneten Herrn Dr. Eckert von der PDS-Fraktion gestellt. Es geht um **Förderzentren gemäß § 8a des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt**. Bitte schön, Herr Eckert, fragen Sie.

Herr Dr. Eckert (PDS):

In § 8a Abs. 1 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wurde durch die neunte Schulgesetznovelle geregelt, dass durch Kooperationsvereinbarungen zwischen Schulen Förderzentren entstehen können.

Ich frage die Landesregierung:

1. Beabsichtigt die Landesregierung zur Errichtung und zur Arbeitsweise von Förderzentren zusätzlich zum Schulgesetz weitere Regelungen zu treffen und, wenn ja, in welcher Form soll das geschehen?
2. Wann sollen diese Regelungen erscheinen?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Die Antwort gibt Minister Olbertz. Bitte.

Herr Prof. Dr. Olbertz, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Fragen des Abgeordneten Dr. Eckert beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Es ist beabsichtigt, die Festlegungen der neunten Änderung des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt durch Erlass zu untersetzen. Es wird einen Erlass zur Beantragung der Errichtung eines Förderzentrums

und Regelungen zum gemeinsamen Unterricht und zur Unterbreitung ambulanter und mobiler Angebote zur Förderung geben.

Eine Quelle dazu ist ein Erfahrungsaustausch mit den Förderzentren, die bereits im Modellversuchsstadium erfolgreich arbeiten. Wir haben zum Beispiel am Dienstag nachmittag in unserem Haus einen Erfahrungsaustausch mit diesen Förderzentren gehabt, um aus deren Erfahrungen sozusagen den Regelungsbedarf ein bisschen herleiten und auch Kriterien entwickeln zu können, damit für die Anerkennung von Förderzentren eine verlässliche Handlungsgrundlage besteht.

Zu 2: Diese genannten Erlasse werden rechtzeitig vor der Unterrichtsaufnahme im Schuljahr 2005/2006 veröffentlicht und in Kraft treten. - Vielen Dank.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Zusatzfragen gibt es offenbar nicht. Damit ist auch diese Frage beantwortet worden.

Ich rufe die **Frage 3** auf, die zugleich die letzte Frage ist. Sie wird von der Abgeordneten Frau Madeleine-Rita Mittendorf von der PDS-Fraktion

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und bei der FDP)

- jetzt ist es schon wieder passiert; ich bitte um Nachsicht -, von der SPD-Fraktion gestellt. Es geht um einen **Polizeieinsatz im Ohrekreis**.

Frau Mittendorf (SPD):

Vielen Dank. - Herr Präsident, ich gedenke auch weiter in der SPD zu bleiben.

(Herr Kosmehl, FDP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Presseberichten zufolge war der Landrat des Ohrekreises Herr Thomas Webel bei einem Polizeieinsatz zugegen, der zur Herausgabe eines Pferdes an die mutmaßliche Eigentümerin führte. Der mitgeführte Pferdepass dient jedoch nur zur Identifikation des Tieres und gilt nicht als Eigentumsnachweis.

(Herr El-Khalil, CDU: Stimmt nicht!)

Der Pressesprecher des Innenministeriums hat zu dem Vorgang erklärt, eine „Einflussmaßnahme von Herrn Webel auf die polizeilichen Einsatzmaßnahmen sei bis dato nicht erkennbar. Das polizeiliche Handeln könne als ‚noch vertretbar‘ bezeichnet werden“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen haben Kommunalaufsicht und Landespolizei ergriffen, um den Vorgang weiter aufzuklären?
2. Gehört das Durchsetzen privater Eigentumsansprüche zu den Aufgaben der Landespolizei?

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Mittendorf. - Die Antwort gibt der Minister des Innern Klaus-Jürgen Jeziorsky.

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beantworte die Frage der Abgeordneten Frau Mittendorf namens der Landesregierung wie folgt.

Zu 1: Zu dem in der Presse dargestellten Vorgang ist die zuständige Polizeidirektion um einen Bericht gebeten worden. Hierdurch konnte der Vorgang aus polizeilicher und kommunalaufsichtlicher Sicht hinreichend aufgeklärt werden.

Zu 2: Ja, unter den Voraussetzungen des § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Es gibt eine Nachfrage von Herrn Rothe. Bitte, Herr Rothe.

Herr Rothe (SPD):

Herr Minister, sind Ihnen andere Fälle bekannt, in denen Landräte als freiwillige Helfer der Polizei tätig geworden sind?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Herr Kollege Rothe, woher Sie diese Weisheit haben, entzieht sich meiner Kenntnis. Landrat Weibel hat bei diesem Vorgang der Polizei in keiner Weise irgendeine Hilfe geleistet.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank. - Damit ist die dritte Frage beantwortet worden und die Fragestunde ist abgeschlossen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Erste Beratung

Entwurf eines Kommunalneugliederungsgesetzes (KngG)

Gesetzentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/2182**

Ich bitte Herrn Minister Jeziorsky, die Einbringung vorzunehmen. Bitte schön.

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine moderne, entsprechend den wesentlichen Bedürfnissen des Landes strukturierte Verwaltung ist ein wichtiger Standortfaktor im nationalen und internationalen Wettbewerb. Diesem Grundsatz müssen auch und gerade die kommunalen Gebietskörperschaften, die im übertragenen Wirkungskreis auch maßgebliche Stützen der Landesverwaltung sind, entsprechen.

Die Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode konsequent an der Modernisierung der Verwaltungsstrukturen des Landes gearbeitet und ihren ehrgeizigen Zeitplan eingehalten. Mit der Umsetzung der notwendigen Reformen in einem gestaffelten Verfahren wurde sichergestellt, dass die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung insgesamt zu jedem Zeitpunkt gewährleistet war und ist.

Mit der Auflösung der drei Regierungspräsidien und der Schaffung eines Landesverwaltungsamtes wurde zu-

nächst auf der Landesebene eine notwendige Strukturveränderung umgesetzt. Im Anschluss daran wurden auf der gemeindlichen Ebene leistungsfähige Verwaltungsstrukturen gebildet. Auch dieser Prozess ist zwischenzeitlich weitgehend abgeschlossen worden.

Nachdem diese Reformvorhaben beendet worden sind, kann jetzt die Neuordnung der kreislichen Ebene angegangen werden. Auch hierbei wurde das bewährte gestufte Verfahren eingehalten. Mit dem Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetz wurde der Rahmen für eine Kreisgebietsreform vorgegeben. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll dieser Rahmen jetzt ausgefüllt werden.

Zu der Frage der künftigen Kreissitze wurden entsprechende Gesetzentwürfe zur Anhörung freigegeben, sodass auch diese Frage zeitnah einer gesetzlichen Regelung zugeführt werden kann. Damit wird der Ebene der Landkreise Planungssicherheit gegeben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ziel der Kreisgebietsreform ist die Herstellung leistungsstarker und zukunftsfähiger Strukturen. Veränderte Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Landkreise werden hauptsächlich durch die enormen Auswirkungen der demografischen Entwicklung, die bei der letzten Reform im Jahr 1994 in dieser Dimension nicht einmal ansatzweise erkennbar waren, durch die zunehmend schwierigere finanzielle Situation aller Gemeinden und Landkreise in Deutschland und nicht zuletzt durch die wachsenden Qualitätserwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung gestellt.

Ich möchte an dieser Stelle ein Leitmotiv hervorheben, das mir für das Reformvorhaben äußerst wichtig erscheint und von dem ich weiß, dass es in diesem Hause über die Fraktionsgrenzen hinweg von einer großen Mehrheit mitgetragen wird: Reformen sind kein Selbstzweck; sie müssen den Menschen in unserem Land dienen und von diesen letztlich auch akzeptiert werden. Denn die Menschen müssen in den neuen Strukturen leben, sie ausgestalten und fortentwickeln.

Wir müssen daher also stets bedenken, welche Auswirkungen unsere Vorhaben auf die Menschen in unserem Land haben. Oder anders gesagt: Reformideen bloß vom grünen Tisch aus gehen fehl.

Lassen Sie mich dies mittels eines in diesem Hause oft bemühten Beispiels unterstreichen: Was nützt es, wenn ein vermeintlicher Stararchitekt ein überdimensioniertes Haus mit vermeintlich bester Isolierung und Ausstattung errichtet, das Gebäude aber keine „innere“ Wärme, keine Behaglichkeit ausstrahlt, die möglichen Bewohner sich in den großen und sterilen Räumen nicht zurechtfinden und folglich dort nicht leben wollen. Auf unser Vorhaben bezogen folgt hieraus: keine Reform über die Köpfe der Menschen hinweg, sondern nur mit ihnen.

Das Ziel kann nur gemeinsam mit den Betroffenen vor Ort erreicht werden. Dabei kann man es - das merken wir auch in den Diskussionen - sicher nicht allen recht machen. Es ist aber notwendig, dass bereits vorhandene Formen der Zusammenarbeit in diesem Prozess Berücksichtigung finden. Ich habe bereits im Zusammenhang mit der Reform der Verwaltungsgemeinschaften gesagt, dass die derzeitige Landesregierung die kommunale Selbstverwaltung ernst nimmt.

Aus diesem Grund wurde, wie schon bei den Verwaltungsgemeinschaften, ein sehr umfangreiches Anhörungsverfahren durchgeführt. Sämtliche Gemeinden und

Landkreise des Landes Sachsen-Anhalt wurden zu dem Gesetzentwurf angehört. Der Gesetzentwurf wurde zudem im Rahmen einer Landrätekonzferenz vorgestellt und in Bürgermeisterkonferenzen, die in jedem Landkreis stattfanden, erörtert. Das Anhörungsverfahren erstreckte sich auch auf landesweit tätige Verbände. Das Ergebnis dieser Anhörungen wurde in die Begründung zu dem Gesetzentwurf aufgenommen.

Schließlich haben wir Kreiskonferenzen in allen Landkreisen durchgeführt, in denen sich auf kreislicher Ebene tätige Vereinigungen wie auch örtliche Politiker und Wirtschaftsvertreter zu dem Entwurf positionierten und eigene Vorstellungen vortrugen. Die Erkenntnisse aus diesen Kreiskonferenzen wurden bei der Überarbeitung des Entwurfs ebenfalls berücksichtigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in diesen Prozess ausnahmslos alle Kommunen des Landes eingebunden und haben auch versucht, möglichst viele Institutionen, Verbände, Kammern und andere Gruppierungen einzubinden. Dies ist in einem Umfang geschehen, den wir im Land Sachsen-Anhalt bisher noch nicht hatten. Sie alle haben uns weitergeholfen. Gestatten Sie mir daher an dieser Stelle einen herzlichen Dank an alle Personen und Institutionen, die den Prozess der Anhörung konstruktiv begleitet haben, gleich ob in der Sache zustimmend oder kritisch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man die kreisliche Ebene reformieren möchte, muss man sich vor Augen halten, dass Landkreise nicht nur unterste staatliche Behörden, sondern auch kommunale Selbstverwaltungskörperschaften sind. Wir haben damit zwei Ausrichtungen vorzunehmen, die im Ansatz in entgegengesetzte Richtungen weisen könnten.

Zum einen müssen die Landkreise zur Erfüllung der eigenen und staatlichen Aufgaben über eine ausreichende Leistungsfähigkeit verfügen. Dies bedingt hinreichend große Strukturen, um Spezialisierungen und Synergieeffekte zu erreichen. Andererseits ist Größe aber nicht alles. Im Wirtschaftsleben ist es eine allgemeine Erkenntnis, dass zunehmende Größe nicht in gleichem Umfang zu steigender Effizienz führen muss. Dies belegen Dezentralisierungstendenzen in einigen Branchen.

Zum anderen obliegt den Landkreisen die Gestaltung der kommunalen Selbstverwaltung. Es ist eine bürgernahe Kommunalpolitik zu gestalten, die die örtlichen Interessen noch erkennen und berücksichtigen kann. Bürgerferne und Politikverdrossenheit müssen von unseren Kommunen ferngehalten werden.

(Zustimmung von Herrn Schröder, CDU)

Die Landesregierung und der Landtag sind daher gut beraten, wenn sie darauf achten, dass kommunalpolitisches Engagement in einem Landkreis auch weiterhin möglich ist. Daher dürfen Landkreise eine Größe nicht überschreiten, bei der Entscheidungen der Kreistage für deren Mitglieder nicht mehr überschaubar sind und sich dem eigenen Erleben entziehen. Ein Landrat unseres Landes hat dies auf einer Kreiskonferenz wie folgt formuliert: Was haben wir gekonnt, wenn wir zwar drei Regierungspräsidien aufgelöst, aber mit überdimensionierten Kreisen faktisch kleinere Regierungspräsidien neu errichtet haben?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In gleicher Weise wirkt sich die Kreisstruktur auf die ehrenamtliche Tätigkeit und auf die Verbandstätigkeiten im

Landkreis aus. Es ist darauf zu achten, dass die Bereitschaft der Menschen, Engagement zu zeigen, nicht beeinträchtigt wird. Sorgen in diese Richtung konnten wir in den bereits erwähnten Kreiskonferenzen mehrfach feststellen, vor allem in den Bereichen Sport und Feuerwehr.

Der vorliegende Gesetzentwurf wird den Anforderungen an den gesetzgeberischen Spagat gerecht. Unsere Landkreise, von denen heute nur ein Drittel mehr als 100 000 Einwohner aufweist und von denen im Prognosejahr 2015 wohl kein einziger den prognostizierten Wert von 120 000 Einwohnern erreichen wird, werden nachhaltig vergrößert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei unserem Vorhaben lassen wir uns vornehmlich von folgenden Kriterien leiten, die schon im Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetz von diesem Hohen Hause aufgestellt wurden:

Die Zahl der Einwohner im Gebiet des neuen Landkreises soll im Jahr 2015 auf der Basis der amtlichen Prognose des Statistischen Landesamtes mindestens 150 000 betragen. Dies gilt nicht, wenn die durchschnittliche Einwohnerdichte in dem Gebiet des neu zu bildenden Landkreises im Jahr 2015 weniger als 70 Einwohner je Quadratkilometer betragen wird. In begründeten Fällen kann die Einwohnerzahl unterschritten werden.

Daneben sollen raumordnerische, insbesondere wirtschaftliche und naturräumliche Zusammenhänge sowie historische und landsmannschaftliche Verbundenheiten berücksichtigt werden. Der nach der Fläche größte neue Landkreis soll nicht mehr als 2 500 km² umfassen. In begründeten Fällen kann die Fläche überschritten werden. Die Überschreitung darf nicht mehr als 10 % betragen.

Der Zuschnitt der Landkreise soll möglichst als Vollfusion bereits bestehender Landkreise erfolgen. Um den bisherigen Landkreisen ein gleichberechtigtes Zusammenwachsen „auf gleicher Augenhöhe“ zu ermöglichen, werden alle bisher betroffenen Landkreise aufgelöst und zu neuen Gebietskörperschaften zusammengeschlossen. Die Aufnahme eines bisherigen Landkreises in einen anderen bisherigen Landkreis findet aus diesem Grund nicht statt.

Die hieraus resultierenden Ergebnisse belegen, dass unsere neuen Landkreise im Bundesvergleich gut mithalten können. Die deutschen Landkreise weisen im Bundesdurchschnitt eine Fläche von 1054,52 km² und eine Einwohnerzahl von 174 540 auf. Genauer betrachtet: 186 Landkreise - 57,6 % - haben eine Einwohnerzahl unterhalb von 150 000; 273 Landkreise - das sind 84,5 % - liegen mit ihrer Fläche unterhalb von 1 500 km²; nur fünf Landkreise - also 1,5 % der Landkreise - weisen eine Fläche von mehr als 2 500 km² aus.

Ich möchte an dieser Stelle zur Klarstellung nochmals betonen: Die genannten Einwohnervergleichszahlen der bundesdeutschen Landkreise beziehen sich auf den Status quo; unsere Zielzahlen heben auf das Jahr 2015 ab und berücksichtigen bis dahin den heute erkennbaren Fortgang der demografischen Entwicklung. Ich glaube, dies spricht für sich; gelegentliche Äußerungen von „zu kurzen Sprüngen“ relativieren sich bei dieser Betrachtung von selbst.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Ergebnis werden so aus bisher 21 Landkreisen elf Landkreise entstehen. Die drei kreisfreien Städte bleiben bestehen. Der Zuschnitt folgt im Interesse der Akzeptanz so weit

wie möglich den Vorstellungen vor Ort. Die Mehrheit der angestrebten Fusionen wird von den beteiligten Landkreisen und deren Gemeinden sowie Verbänden ausdrücklich begrüßt. Wir können hier ein hohes Maß an Zustimmung feststellen. Dies gibt uns die Gewissheit, dass die Menschen ihr Engagement auch in den neuen Kreisstrukturen fortsetzen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bezüglich des konkreten Zuschnitts möchte ich aber nicht unerwähnt lassen, dass wir auch Felder heftiger Diskussionen im Land hatten und auch noch haben. Ich spreche den Bereich Anhalt hierzu deutlich an. Ich kenne niemanden, der die historische Bedeutung und die identitätsstiftende Wirkung dieses Landesteiles nicht ausdrücklich anerkennt. Anhalt ist ein prägendes Element unseres Landes und wird es auch bleiben. Ich spreche allen Personen, der Evangelischen Landeskirche Anhalt, allen Initiativen und Verbänden meine aufrichtige Anerkennung für ihre Bemühungen aus.

Die Landesregierung hat zu Beginn des Anhörungsverfahrens mit einem gesonderten Anschreiben an die betroffenen Landkreise und deren direkt angrenzende Nachbarn versucht, den Anhalt-Gedanken den anzuhörenden Landkreisen vor deren Entscheidung über die kreislichen Stellungnahmen nachdrücklich in das Bewusstsein zu bringen. Die Stellungnahmen der betroffenen Landkreise sowie der Stadt Dessau haben dann aber zu der Erkenntnis geführt, dass ein Landkreis Anhalt unter Beachtung der Mindestvorgaben im Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetz nicht erreichbar war, weil er eben nicht von allen oder auch nicht von hinreichenden Teilen der Landkreise aus den Gebieten der ehemals drei anhaltischen Fürstentümer gewollt war. Hinzu kamen explizite Ausrichtungen der Landkreise Bitterfeld und Wittenberg, die mit den Stellungnahmen der anhaltisch geprägten Landkreise in der Gesamtbewertung zu dem Ergebnis führten, das Ihnen mit diesem Gesetzentwurf vorgelegt wird.

Nicht näher eingehen möchte ich an dieser Stelle auf die uns mitgeteilten zahlreichen Wechselwünsche von Gemeinden aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst, sei es, dass diese

- wie Coswig unbedingt nach Wittenberg wechseln wollen, obwohl der Landkreis Anhalt-Zerbst die einst vorgeschlagene Fusion mit dem Landkreis Wittenberg abgelehnt hatte,
- wie die Mitgliedsgemeinden der ehemaligen Verwaltungsgemeinschaft Loburg und die Gemeinden westlich von Zerbst in das Jerichower Land wechseln wollen und sich ausdrücklich gegen eine Zuordnung in Richtung Köthen oder Wittenberg aussprechen,
- wie die Stadt Roßlau mit der Stadt Dessau fusionieren möchten.

Derartige Tendenzen des Auseinanderdriftens von kreisangehörigen Gemeinden waren in keinem anderen Landkreis festzustellen. Der Landkreis Anhalt-Zerbst stellt nach den Erkenntnissen aus der förmlichen Anhörung und den erwähnten Konferenzen insoweit einen im Landesvergleich einmaligen Fall dar, der mit der Situation in anderen Landkreisen nicht vergleichbar ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Abschließend darf ich feststellen, dass die Notwendigkeit einer kreislichen Neustrukturierung unbestritten ist. Über die Ausgestaltung der neuen Struktur kann man streiten; das

werden wir in diesem Hause wohl auch tun. Ich bin mir aber sicher, dass wir dies in einer konstruktiven Weise tun werden.

Lassen Sie uns gemeinsam eine Reform mit Augenmaß verwirklichen. Lassen Sie uns eines nicht vergessen: Wir bauen das kommunale Gebäude für die Menschen in unserem Land auf. Diese müssen später darin leben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Jeziorsky. - Bevor wir in eine Debatte eintreten, in der jede Fraktion zehn Minuten Redezeit hat, haben wir die Freude, Damen und Herren vom Kollegium des Fachgymnasiums des Landkreises Mansfelder Land begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Die Debatte beginnt mit dem Beitrag der SPD-Fraktion. Es spricht Herr Rothe.

Herr Rothe (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bei der Regierungserklärung von Herrn Minister Dr. Rehberger zur Wirtschaftspolitik habe ich mich gefragt: Welch einen Aufschwung könnte dieser Mann gestalten, gäbe es nicht den Bund und die EU und den Weltmarkt?

(Zustimmung bei der SPD - Herr Kehl, FDP: Klasse! - Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Bei der Neugliederung der Kommunen gibt es derartige Ausflüchte nicht, Herr Wolpert. Die Verantwortung für die kommunalen Strukturen trägt das Land. Das sage ich nicht anmaßend, das sagen uns die kommunalen Spitzenverbände.

Das Gestalten der Verwaltungsstrukturen ist ein Feld, auf dem die Landespolitik sehr selbständig handeln kann. Der Bund trifft im Wesentlichen die materiellen Regelungen; die Länder führen sie aus. Es geht darum, dass wir unsere Gestaltungsspielräume bei der Verwaltungsstruktur und im Verwaltungsverfahren konsequent nutzen. Wir sollten nicht bloß nachvollziehen, was in anderen Ländern schon erreicht worden ist.

Wenn wir in der Gesamtbetrachtung mit westdeutschen Ländern gleichziehen wollen, obwohl einige Strukturdefizite bei uns schwer überwindbar sind, dann dürfen wir dort, wo wir volle Gestaltungsfreiheit haben, nicht das Mittelmaß wählen. Warum nicht das Beste?

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Meine Damen und Herren! Vor dem Kieler Landtag hat Ministerpräsident Carstensen gestern die Ziele der neuen Landesregierung beschrieben. Er kündigte an, die Regierung werde alle Aufgaben durchforsten und die übrig gebliebenen Aufgaben in vier bis fünf Dienstleistungszentren in kommunaler Trägerschaft zusammenfassen. Aufgelöst werden sollen die Umweltämter, die Ämter für ländliche Räume, die Katasterämter, das Landesamt für Gesundheit und das Landesamt für Natur und Umwelt.

Das Land Schleswig-Holstein hat derzeit elf Landkreise, so viele, wie die Regierungskoalition in Sachsen-Anhalt

anstrebt. Der Kieler Landesregierung ist das zu kleinteilig für die Funktionalreform. In der Schaffung von Verwaltungsregionen kann man einen Zwischenschritt zur Bildung von Regionalkreisen sehen.

In Mecklenburg-Vorpommern hat die Landesregierung am 17. Mai 2005 den Entwurf eines Gesetzes zur Verwaltungsmodernisierung beschlossen. Er hält an dem Vorschlag fest, fünf Landkreise zu bilden, und beschreibt detailliert den Aufgabenübergang in die neuen Strukturen, die im Jahr 2009 dort wirksam werden sollen. Der Gesetzentwurf umfasst 500 Seiten und ist auf der Homepage des Schweriner Innenministeriums nachlesbar.

Professor Seitz hat in seinem Gutachten vom April 2005 die ökonomischen und fiskalischen Effekte der Verwaltungsreform in Mecklenburg-Vorpommern beschrieben. Er kommt zu dem Schluss, dass jährliche Ersparnisse zwischen 45 und 75 Millionen € erzielbar sind. Zu ähnlichen Ergebnissen ist Gerhard Miesterfeldt bei seinen Berechnungen für die SPD-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalts gekommen. - Wir sollten uns im Finanzausschuss mit den finanziellen Auswirkungen der Kreisgebietsreform befassen.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von Frau Weiß, CDU)

Die Vorgehensweise in Mecklenburg-Vorpommern ist im Vergleich zu Schleswig-Holstein die konsequentere Lösung. Die Koalitionsvereinbarung der SPD mit den Grünen und dem SSW in Schleswig-Holstein sah ebenfalls Regionalkreise vor. Sie kommt nun nicht zum Tragen. Gemeinsam haben alle diese Reformansätze, dass man dazu Verwaltungsregionen definieren muss.

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten wollen auch in Sachsen-Anhalt fünf Regionalkreise, ohne Wenn und Aber. Sobald wir dieses Ziel erreichen, brauchen wir kein Landesverwaltungsamt mehr. Eine ganze Verwaltungsebene wird entbehrlich.

Die Voraussetzung ist auch hier, dass man Verwaltungsregionen definiert. Diese müssen nicht mit den vorhandenen Planungsregionen identisch sein. Aber man muss sich über ihren Zuschnitt Gedanken machen, selbst wenn man sich zunächst mit einer Kreisgebietsreform zufrieden gibt, die elf Kreise beinhaltet.

Wir messen den vorliegenden Entwurf eines Kommunalneugliederungsgesetzes an unserem Ziel, fünf Regionalkreise herauszubilden. Die Frage ist, ob es sich um einen geeigneten Zwischenschritt dorthin handelt oder nicht. Dabei sehe ich die Zahl der jetzt zu beschließenden Kreise recht entspannt. Entscheidend kommt es darauf an, dass der Zuschnitt dieser Kreise eine Weiterentwicklung hin zu Regionalkreisen zulässt,

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

dass man zu den größeren Einheiten kommen kann, ohne dass wir wieder schmerzhaft Teilungsdiskussionen werden führen müssen.

Diesem Anspruch wird Ihre Kreiskarte, Herr Minister Jeziorsky, leider nicht gerecht.

(Zustimmung bei der SPD)

Diese Karte bedarf der Korrektur. Dafür ist die Regierungskoalition verantwortlich. Ich setze darauf, dass Sie selbst den Zuschnitt der Landkreise so korrigieren, dass daraus zu einem späteren Zeitpunkt Regionalkreise wer-

den können. Nachhaltigkeit bedeutet, für künftige Entwicklungen offen zu sein.

Auch für eine gemeinsame Aufgabenerledigung durch mehrere Gebietskörperschaften der Kreisebene, wie sie jetzt in Schleswig-Holstein konzipiert wird, braucht man Verwaltungsregionen. In gleicher Weise können die Regionen in Sachsen-Anhalt auf dem Weg zu Regionalkreisen als Mehrzweckverbände fungieren. Ich habe allerdings den Eindruck, Sie wollen die Regionen abschaffen. Das wäre schlimm.

Durchaus fachlich ausgerichtet sehe ich bei Ihnen die Auswahl der Kreissitze je nach der zentralörtlichen Bedeutung von Städten im Landesentwicklungsplan. Warum gehen Sie nicht auch bei den Kreisen so vor, dass Sie das vorhandene Fachgesetz zugrunde legen, also die Planungsregionen?

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Meine Damen und Herren! Die jetzt vorliegende Landkreiskarte ist fast identisch mit der Kreiskarte, die im September 2004 veröffentlicht wurde. Diese Veröffentlichung war mitnichten ein Produkt journalistischer Phantasie, wie gern behauptet wird, oder gar die Abbildung des Bürgerwillens. Ich habe im Innenausschuss nachgefragt und die Auskunft erhalten, die Kreiskarte sei nicht offiziell aus dem Ministerium gekommen. Sie ist also in einem unbeobachteten Moment an den Objektschützern vorbeigehuscht.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Sie hat sich dann in die „Volksstimme“-Redaktion geflüchtet. Warum gerade dorthin? - Weil tags zuvor die „Mitteldeutsche Zeitung“ getitelt hatte: „Machtverlust für Jeziorsky - Gebietsreform: Innenminister verliert bei Stadt-Umland-Gesetz Kompetenz an Daehre“. Das geht natürlich nicht.

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD - Heiterkeit bei der PDS - Zustimmung von Herrn Czeke, PDS, und von Frau Rogée, PDS)

Herr Dr. Daehre und Herr Professor Böhmer hatten den guten Willen, aber leider nicht die Kraft, in den eigenen Reihen die Bereitschaft zu einem Kompromiss mit der SPD herzustellen.

Als Jens Bullerjahn die ihm für den Zeitpunkt vor Veröffentlichung des Gesetzentwurfs der Landesregierung wiederholt zugesagte Beratung über eine gemeinsame Karte schließlich öffentlich einforderte, wies Landrat Webel dies als Wichtigtuerei zurück. Nach der Freigabe des Gesetzentwurfs zur Anhörung gab es dann zwei Gesprächsrunden in der Staatskanzlei. Aus dem zweiten Treffen wurde zum Erstaunen der SPD-Vertreter ein Mitteilungstermin.

Meine Damen und Herren! Die Initiative des Ministerpräsidenten für einen Landkreis Anhalt verdient Anerkennung, aber das Verfahren ist zu einem Beleg seiner mangelnden Durchsetzungskraft geworden.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS - Widerspruch bei der CDU)

Herr Professor Böhmer hatte gesagt, er wolle bis zum 30. April die Meinungsäußerungen hören, danach werde entschieden. Als sein Vorschlag in der Region mehr und mehr Zustimmung fand,

(Frau Weiß, CDU: So ein Tobak!)

trat am 28. April der Koalitionsausschuss zusammen. Da wurde die Notbremse gezogen, und zwar exakt vor der Sitzung des Kreistages Aschersleben-Staßfurt.

Landrätin Brehmer eröffnete die Beratung im Kreistag über die Stellungnahme des Landkreises mit der Information, der Innenminister habe ihr gerade telefonisch mitgeteilt, dass der Landkreis Anhalt nicht kommen werde. Es bleibe so, wie es in dem Gesetzentwurf stehe, Aschersleben-Staßfurt und Bernburg und Schönebeck. - Aus dem vorgesehenen Beschlusstext wurde daraufhin herausgestrichen, dass gegebenenfalls ein Zusammengehen mit den Landkreisen Quedlinburg, Wernigerode und Halberstadt in Betracht gezogen werden könnte.

Ich finde, der Vorschlag des Ministerpräsidenten hätte eine ergebnisoffene Anhörung verdient, statt vorher kasziert zu werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Nach alledem frage ich mich: Leben wir in einer Landrätereublik? Die Landräte a. D. Jeziorsky und Leimbach sind dabei. Ein Landrat bleibt außen vor. Der Landrat von Anhalt-Zerbst muss als einziger die vermeidbare Teilung seines Kreises hinnehmen. Er ist der SPD-Vorsitzende. So ein Zufall aber auch!

(Heiterkeit und Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Die FDP stellt zwar keinen Landrat, aber auch sie kann sagen, dass sie dabei ist - mit einem Kreissitz, der künftig den Doppelnamen „Wolpert-Kosmehl-Stadt Bitterfeld-Wolfen“ tragen wird.

(Zustimmung bei der SPD)

Der dafür geschneiderte Kreis unterschreitet sogar die Einwohneruntergrenze für den Ausnahmefall. Aber daran stört sich höchstens noch die Opposition.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Es ist ein schwacher Trost, dass der Ministerpräsident und der Raumordnungsminister auch nicht viel zu melden haben. Ihnen wurden klare Grenzen gesetzt. Das Grundsatzgesetz von Dr. Daehre ist so überflüssig wie das Parteilehrjahr. Es stand alles schon fest.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Wir beraten morgen im Plenum über einen Regierungsentwurf aus dem Hause Daehre

(Herr Schröder, CDU: Noch höher die Nase!)

zur Änderung des Gesetzes über den Landesentwicklungsplan, Herr Schröder. Da soll zum Beispiel der Zusammenhang von Magdeburg und Schönebeck stärker herausgestellt werden als bisher. Ich bitte Sie, einmal beide Gesetzentwürfe nebeneinander zu legen und darüber nachzudenken, wozu wir eigentlich eine Landesentwicklungsplanung machen,

(Frau Dr. Kuppe, SPD: Genau!)

und ich grüße Herrn Dr. Daehre in seinem syrischen Exil.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zuruf von Herrn Schröder, CDU)

Die Regierungskoalition hegt die Erwartung, dass wir das, was Sie jetzt beschließen werden, respektieren. Ich

neige dazu, dass man der jeweiligen Mehrheit das Recht einräumen sollte, Entscheidungen zu treffen, die über den Wahltag hinaus Bestand haben.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Herrn Czeke, PDS)

Es sollten aber auch die, die jetzt regieren, denen, die nach ihnen kommen, Gestaltungsspielräume lassen. Wenn Sie Regionalkreise heute ablehnen, sollten Sie es doch immerhin für möglich halten, dass es später dazu kommt, und den Weg dorthin nicht ohne Not verbauen.

Der Respekt vor dem, was Sie jetzt beschließen, und der Respekt vor dem Gestaltungswillen einer künftigen Mehrheit bedingen einander. Sie wissen doch aus eigener Erfahrung, dass man sich bezüglich künftiger Entwicklungen auch irren kann. Manche haben bei der Kreisgebietsreform von 1994 gedacht, das sei nun das Ende der Geschichte. Die Zitate aus den Jahren 2001 und 2002 will ich Ihnen heute ersparen.

Lassen Sie mich aber noch eine Einsicht von Wolfgang Schäuble zitieren. Diese mag manchem banal erscheinen, aber es wäre viel gewonnen, wenn die Regierungskoalition sie beherzigte. Schäuble hat einmal gesagt:

„Wir sind nicht der Anfang und nicht das Ende. Es geht darum, einen Beitrag zu leisten.“

(Frau Feußner, CDU: Genau das machen wir! - Lachen bei der SPD)

Namens der SPD-Fraktion beantrage ich die Überweisung des Gesetzentwurfs zur federführenden Beratung in den Innenausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss sowie in den für die Raumordnung zuständigen Ausschuss für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Rothe. Möchten Sie eine Frage von Herrn Kehl beantworten? - Bitte, Herr Kehl, fragen Sie.

Herr Kehl (FDP):

Herr Rothe, einige Dinge, die Sie gesagt haben, sind mir nicht völlig unsympathisch. Aber ich frage mich natürlich, warum die SPD-Fraktion ihre Kreisgebietsreform nicht gleich richtig gemacht und fünf Regionalkreise gebildet hat, sondern wieder nur etwas Kleinteiliges, sodass es jetzt zweifellos wieder nötig ist, daran zu gehen. Das haben nicht Sie gemacht, aber in den acht Jahren hätten Sie das einmal anpacken können.

Herr Rothe (SPD):

Herr Kollege Kehl, in dem Zweiten Vorschaltgesetz - Sie waren damals noch nicht im Landtag - steht, dass wir pro Planungsregion zwei Landkreise bilden wollten. Das war eine klare Ansage. Aber Sie haben in der Euphorie Ihres Wahlsieges alle drei Vorschaltgesetze aufgehoben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Rothe, möchten Sie eine Frage von Herrn Gallert beantworten? - Bitte, Herr Gallert.

Herr Gallert (PDS):

Ich kündige gleich an: Ich werde keine polemische Frage, sondern wirklich eine Frage in der Sache stellen.

Herr Rothe, Sie haben einen Gedankengang dargelegt, der auch uns seit zwei, drei Wochen intensiv beschäftigt. Die Frage ist: Sollen wir uns in dieses Konzept hineinbegeben, das Sie ablehnen und das wir ablehnen, vielleicht unter dem Aspekt, doch noch zu versuchen, Änderungen herbeizuführen, die spätere, zukunftsfähigere Entwicklungen nicht behindern? Diese Frage haben Sie jetzt mehrfach berührt. Sie haben gesagt, Sie müssten zumindest Dinge vermeiden, die eine Regionalkreisbildung zusätzlich erschweren. Will die SPD-Fraktion sich an dieser Gesetzesberatung diesbezüglich mit Änderungsanträgen beteiligen oder nicht?

Herr Rothe (SPD):

Wir werden zum Zuschnitt der Kreise selbst keinen Änderungsantrag stellen.

(Herr Schröder, CDU: Ach!)

Die Vorschläge sind Ihnen doch bekannt. Ich habe doch selbst Briefe und Karten verschickt.

(Heiterkeit bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben auch der Presse entnehmen können, was man da alles machen kann. Es gibt nicht nur einen Weg zu Strukturen,

(Herr Schröder, CDU: Pro Sozialdemokrat eine Karte!)

die mit späteren Regionalkreisen verträglich sind. Da kann man im Detail durchaus das eine oder das andere machen. Wenn ein Änderungsantrag von der Opposition vorliegt, findet man immer einen Grund, ihn abzulehnen. Nein, Sie sind jetzt in der Verantwortung. Ich habe Ihnen heute noch einmal klar gesagt, worum es geht.

(Zustimmung bei der SPD)

Bedenken Sie die Bedeutung dieser Ihrer Entscheidung, die Sie zu treffen haben.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Rothe. - Nun spricht Herr Wolpert für die FDP-Fraktion.

Herr Wolpert (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Rothe, vielen Dank für den, wie von Ihnen schon gewohnt, teilweise sehr kabarettistischen Einsatz. Aber eines lassen Sie mich doch bitte sagen.

(Herr Polte, SPD: Aber substantiell!)

- Substantiell war der Beitrag nicht.

(Widerspruch bei der SPD)

Eines lassen Sie mich doch sagen: Die persönlichen Angriffe gegen Herrn Kosmehl und gegen mich, die mögen hinnehmbar sein. Aber wenn Sie in Ihrer Regierungszeit einen Ministerpräsidenten gehabt hätten, der nur halb so durchsetzungsfähig gewesen wäre wie unser

Ministerpräsident, der jetzt dran ist, dann wären wir nicht dabei, die Scherben aufzuräumen.

(Beifall bei der FDP, bei der CDU und von der Regierungsbank)

Meine Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz zur Neugliederung der Kreise ist die konsequente Umsetzung der Reformpolitik der Regierungskoalition. Ausgehend von dem Verwaltungsmodernisierungsgrundsatzgesetz hat die Regierungskoalition die Verwaltungsstrukturen von der Landesebene über die gemeindliche Ebene bis hin zu den kreislichen Strukturen reformiert. Alle Vorhaben waren getragen von den Grundmaximen der Effizienz und der Bürgernähe. Auch bei der Reformierung der kreislichen Strukturen waren sowohl im Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetz als auch bei dem heute zu debattierenden Gesetz beide Grundsätze die Leitwerte des Handelns.

Meine Damen und Herren! Mit diesem Gesetz werden effiziente und bürgernahe und damit zukunftsfähige Strukturen auf Kreisebene geschaffen. Das Land wird mit drei kreisfreien Städten, die gleichmäßig über das Land verteilt sind, drei Oberzentren behalten, wobei jedes für sich mit seinen Alleinstellungsmerkmalen eine Leuchtturmfunktion für seine Umgebung im Zusammenspiel der Regionen in Deutschland und Europa behaupten kann.

Die Anzahl der bisher bestehenden Kreise - 21 - wird um zehn verringert und damit fast halbiert. Nach der Reform wird es also nur noch elf Landkreise geben. Alle Bundesländer, die in etwa eine vergleichbare Einwohnerzahl haben, haben ungefähr genauso viele oder sogar deutlich mehr Landkreise. Das einzige Bundesland mit weniger als zehn Landkreisen ist das Saarland. Ich möchte den Saarländern nicht zu nahe treten, aber mit dem Saarland sind wir nun wirklich nicht vergleichbar.

Damit sind die Verwaltungseinheiten sowohl auf der gemeindlichen Ebene als auch - künftig - auf der Kreisebene in Sachsen-Anhalt um 50 % reduziert worden. Das ist eine Reformleistung, die sich deutschlandweit sehen lassen kann. Es ist mir klar, dass die Opposition das nicht so sieht und weiterhin das Märchen erzählt, die nunmehr gefundenen Strukturen seien nicht zukunftsfähig und man sei wieder einmal zu kurz gesprungen.

(Zuruf von der SPD: Das sind Tatsachen!)

Meine Damen und Herren! Weder die SPD noch die PDS haben den Nachweis geführt, dass der mit ihrer Fünf-Kreise-Devise verbundene zweistufige Verwaltungsaufbau im Land effektiver sei. Es wird lediglich behauptet, dass es finanzpolitisch besser sei. Ob das ein ordnungspolitischer Gedankengang ist, den man hier anwenden kann, ist die Frage. Aber einen Nachweis sind Sie mit Sicherheit schuldig geblieben, nämlich den der Bürgernähe; denn die fehlt völlig.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Ich habe Ihr Kommunalkonzept gelesen. Darin steht, dass Sie das Ehrenamt stärken wollen. Wie, steht nicht darin; mit den fünf Kreisen werden Sie es auf alle Fälle nicht tun.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Schon in der Debatte um das Grundsatzgesetz habe ich versucht, Ihnen vor Augen zu führen, wohin Ihr Modell das Ehrenamt bringt. Strukturen, die die Wahrnehmung

des Ehrenamtes in der Freizeit nicht mehr zulassen, sind nicht bürgernah und schon gar nicht zukunftsfähig.

(Zuruf von Herrn Bischoff, SPD)

Die ehrenamtlichen Aufgaben durch bezahlte Arbeit wahrnehmen zu lassen, ist auch nicht effektiv, sondern teuer und lässt lediglich das unentgeltliche Engagement verarmen, was in das gesellschaftliche Aus führt.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich darlegen, wie die Fakten wirklich aussehen und wie weit wir wirklich springen. Auf der Grundlage der Zahlen des Statistischen Bundesamtes aus dem Jahr 2003 gibt es 323 Kreise in Deutschland. Nach Einwohnergrößen gestaffelt, ist der größte Kreis Sachsen-Anhalts auf dem Platz 156 zu finden. Allein neun Kreise befinden sich auf den Plätzen 304 und fortfolgende. Aufgrund des heute eingebrachten Gesetzes wäre der einwohnerstärkste Kreis auf Platz 62 statt wie bisher auf Platz 156. Sieben Kreise wären unter den ersten 110, also im ersten Drittel.

Herr Rothe, es mag sein, dass einige Länder darüber nachdenken, eine Kreisgebietsreform durchzuführen, aber zwei Drittel Deutschlands nicht.

(Zuruf von Frau Fischer, Leuna, SPD)

Ich habe nicht gehört, dass der Rest von zwei Dritteln in Deutschland die Kreise für nicht zukunftsfähig hält; das will ich auch gar nicht behaupten. Der deutsche Durchschnittskreis hat derzeit 174 000 Einwohner auf ca. 1 000 km². Der sachsen-anhaltische hat nach der Kreisgebietsreform 181 000 Einwohner auf 1 800 km² und ist damit fast doppelt so groß.

Derzeit sind 60 % der Kreise in Deutschland kleiner als 150 000 Einwohner. Diesen Wert werden wir voraussichtlich in zehn Jahren erreichen. Nach der Kreisgebietsreform sind es im Moment 27 %, die kleiner sind, und diese auch nur aufgrund der Bevölkerungsdichte. Das dürfte berechtigt sein. Der kleinste Kreis ist auf Platz 260; das ist Salzwedel mit derzeit 98 000 Einwohnern.

Vor diesem Hintergrund und diesen Zahlen die Zukunftsfähigkeit zu bestreiten, ist blanker Unsinn. Die vorgesehenen Strukturen haben beste Chancen, 20 Jahre und darüber hinaus bestandsfähig zu bleiben. Es bedarf keiner Übergangslösung in einen Regionalkreis. Das wird umso mehr deutlich, wenn man sich auch das künftige Ranking der Landkreise hinsichtlich der Flächenmaße ansieht. Aber ich will Sie nicht weiter mit Statistiken langweilen.

Meine Damen und Herren! Die Schaffung von neuen Strukturen im Land ist immer auch ein emotionales Thema. Es muss das Ziel sein, Effizienz zu verwirklichen. Jeder Betroffene kennt für sich die beste Lösung. Der Landesgesetzgeber muss aber mit kühlem Herzen für das Gute und für das Ganze an eine solche Reform herangehen. So ist es nur logisch, dass selten das Beste für jeden, sondern nur das Beste für alle als Ergebnis herauskommt.

Auch ist es natürlich, dass es bei solchen Prozessen auch innerhalb der Kreise zu Zentrifugalkräften kommt. Die werden unterschiedlich willkommen geheißen - wohl wahr. Insoweit ist es aber ein Erfolg, dass die Reduzierung der Kreise weitgehend durch Volfusion erreicht werden kann. Im Ergebnis der Anhörung ist festzustellen, dass 17 Kreise das Gesetz gut heißen, drei damit

leben können und nur einer auf seinen eigenen Vorstellungen beharrte.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einmal auf das Thema Anhalt eingehen. Anhalt ist ein geschichtlich bedeutender Teil unseres Landes, der in der Zukunft auch wieder das Potenzial haben kann, eine identitätsstiftende Wirkung zu haben. Bei einer objektiven Betrachtung muss man aber eingestehen, dass diese identitätsstiftende Rolle in der Vergangenheit eher verhalten wahrzunehmen war und mit Blick auf die Altmark, den Harz und den Süden des Landes nicht für alle bedeutsam ist.

Die unabdingbare Notwendigkeit für eine verwaltungs- politische Einheit im Raum Anhalt ergibt sich aber daraus nicht. Blickt man zurück auf das Jahr 1789, gab es vier anhaltische Fürstentümer. 1871 gab es ein Herzogtum verteilt auf acht Territorien. Zurzeit findet sich Anhalt in zehn Kreisen und nach der Gebietsreform in sieben Kreisen wieder.

Anhalt wird also durch diese Reform nicht zerstückelt; diese Behauptung ist falsch. Tatsächlich aber sind die Menschen in Köthen zum großen Teil für einen Kreis bestehend aus Anhalt/Dessau/Bernburg, die Dessauer und die Bernburger dagegen nicht. Coswig will nach Wittenberg, Roßlau nach Dessau, Jeßnitz will in Bitterfeld und Sandersleben möchte im Mansfelder Land bleiben. Teile von Anhalt-Zerbst wollen zum Jerichower Land - so wie es in dem Gesetzentwurf vorgesehen ist.

Bei einer solchen Gemengelage kann landsmannschaftliche Verbundenheit nicht die Maxime des Handelns werden, sondern nur die landesplanerischen Ziele. Ich halte es deshalb für richtig, dass die Region um Dessau gleichmäßig mit möglichst geringen Unwuchten gestaltet wird, um die oberzentrale Funktion Dessaus in seiner Region dauerhaft zu stärken.

Und noch ein Wort zu Dessau, um den Gesamteindruck zu verdeutlichen. Es gibt in Deutschland 125 kreisfreie Städte, davon sind 42 kleiner als Dessau. Das ist die Größenordnung von Rosenheim oder Bitburg, Wilhelmshaven, Kaiserslautern oder Worms. Ich halte es nicht für ein Ding der Unmöglichkeit, dass diese Städte kreisfrei bleiben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Ein weiterer Punkt, der aus der Anhörung heraus zu betrachten war, ist die Zuweisung der Stadt Falkenstein zum zukünftigen Harzkreis. Der Schutz der kommunalen Unabhängigkeit steht weder den Kreisen noch den Gemeinden allein zu. Es ist deshalb im Grundsatzgesetz die Möglichkeit eröffnet worden, von Volfusionen abzusehen und einzelne Gemeinden zu anderen Kreisen gehen zu lassen. Alleiniger Maßstab ist das öffentliche Wohl, um vor Gericht mit einer Entscheidung Bestand zu haben. Anhand der vorliegenden Fakten ist mir aber nicht ersichtlich, dass hier eine falsche Abwägung getroffen worden ist.

Meine Damen und Herren! Das vorliegende Gesetz entspricht in seinen Regelungen den gesetzlichen Grundlagen bzw. den Vorgaben des Grundsatzgesetzes. Es ist von dem überwiegenden Teil der Betroffenen anerkannt und hebt die Landkreise Sachsen-Anhalts weit über den Durchschnitt der deutschen Landkreise hinaus und wird aufgrund der Berücksichtigung der demografischen Entwicklung für die Zeit bis 2015 auch in Zukunft Bestand haben.

Den Beratungen im Innenausschuss und vor allen Dingen der Anhörung sehe ich mit Spannung entgegen. Ich beschließe - -

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

- Ich beschließe nicht, sondern ich beantrage zu beschließen, dieses Gesetz in den Innenausschuss und nur dorthin zu überweisen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Wolpert. - Nun freuen wir uns, Damen und Herren des Deutschen Bundeswehrverbandes der Kameradschaft Burg sowie Seniorinnen und Senioren der Volkssolidarität der Ortsgruppe Gübs begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Es geht nun weiter in der Debatte. Für die PDS-Fraktion erteile ich Frau Dr. Paschke das Wort. Bitte schön.

Frau Dr. Paschke (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung legte uns heute einen Gesetzentwurf zur Neugliederung der Kreise vor. Es ist kein Geheimnis, dass die PDS-Fraktion die Notwendigkeit einer Kreisgebietsreform nachdrücklich unterstreicht und lange darum gekämpft hat, diese Reform bereits 2004 umzusetzen.

Die derzeitige Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen mussten erst über massiven öffentlichen Druck zu der Erkenntnis geführt werden, dass eine Neugliederung der Kreise unvermeidlich ist,

(Beifall bei der PDS - Herr Tullner, CDU: Das ist Unfug!)

so wie es der Herr Minister heute gesagt hat. Nicht zuletzt weil es erst einen massiven öffentlichen Druck geben musste und die Landesregierung sozusagen zum Jagen getragen werden musste,

(Zuruf von der FDP: Quatsch! - Weiterer Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

ist dieser Gesetzentwurf in seiner Konsequenz doch halbherzig geblieben. Wir können - damit komme ich zur grundsätzlichen Kritik an dem vorliegenden Entwurf - Ihrer Einschätzung nicht folgen, dass mit diesem Gesetz zukunfts- und leistungsfähige Strukturen geschaffen werden. - Warum ist das so?

Erstens. Mit dem Gesetz wird der wachsenden nationalen und vor allem der internationalen Bedeutung von Regionen kaum Rechnung getragen. Zudem entspannt weder das vorliegende noch das zuvor verabschiedete Grundsatzgesetz nachhaltig die Stadt-Umland-Probleme, was zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Entwicklung einer Region zählt.

Zweitens. Das vorliegende Gesetz mit der darin teilweise immer noch enthaltenen Kleingliedrigkeit von Kreisstrukturen manifestiert - das wurde heute bereits angesprochen - den dreistufigen Verwaltungsaufbau. Über diese Frage ist schon oft gestritten worden, die Argumente sind ausgetauscht. Leider wird nun erst die Zeit beweisen, dass die Vertreter der Zweistufigkeit Recht

haben. Bis dahin ist aber schon viel Zeit und Geld verpulvert.

Fakt ist und bleibt - das steht für Sachsen-Anhalt seit Anfang der 90er-Jahre fest -, dass die Landkreise in ihrer Anzahl mindestens unter zehn gegliedert werden müssen, um eine Zweistufigkeit zu erreichen. Auch wenn es der derzeitige Wille der Koalition ist, am dreistufigen Verwaltungsaufbau festzuhalten, warum schafft man nicht wenigstens die Voraussetzung, dass man in einen zweistufigen Verwaltungsaufbau übergehen kann? Das wird uns auf europäischer Ebene - das wird die Zeit zeigen - von außen aufgedrückt.

(Herr Scharf, CDU: Wieso denn? - Weitere Zurufe von der CDU)

Drittens. In dem Gesetzentwurf wird nur allgemein formuliert, dass die Leistungsfähigkeit zur Aufnahme weiterer Aufgaben gestärkt werden muss. Nun aber heraus mit der Sprache: Was sollen diese Aufgaben sein? Wenn man sich allein die kreisfreie Stadt Dessau mit ihren 77 000 Einwohnern im Jahr 2015 anschaut, dann hat man die Größenordnung fixiert, in deren Rahmen Aufgabenübertragungen stattfinden könnten. Was soll das noch Wesentliche sein? Sie haben es nicht genannt.

Viertens. Im gerade erst verabschiedeten Grundsatzgesetz wird die für zwingend notwendig erachtete Einwohnerzahl von 150 000 mit wenigen Ausnahmeregelungen festgeschrieben. Im vorliegenden Gesetzentwurf erreichen sechs von elf Körperschaften die Einwohnerzahl von 150 000 Einwohner nicht. Manche Körperschaft liegt deutlich darunter.

(Zuruf von Herrn Scharf, CDU)

So wird die Ausnahme fast zur Regel. Aus dem Gesagten wird zwingend folgen - im Gegensatz zu Ihnen haben wir eine andere Auffassung dazu -, dass die Diskussion um die Kreisstrukturen bei Umsetzung dieses Konzeptes in wenigen Jahren erneut aufbricht. Im Grunde genommen wird der Fehler aus dem Jahr 1994 zehn Jahre später von der gleichen Koalition wiederholt. Deshalb wird es noch eine dritte Reform der kreislichen Ebene geben.

(Beifall bei der PDS)

Ob das so zutrifft oder nicht, darüber können wir uns hier noch ewig streiten. Dem Land nützt das gar nichts. Es kostet nur eine Menge Geld und bindet Kraft in den Kommunen.

Dieser grundsätzlichen Kritik sei ein exemplarisches Beispiel beigefügt. Wie kann es anders sein, ich beziehe mich hierbei auch auf die Region Anhalt. Es ist wohl unstrittig, dass durch das Interview des Ministerpräsidenten in der „Volksstimme“ vom 20. Mai 2005 das Herangehen der Landesregierung nicht plausibler wurde.

Die Überschrift des Artikels „Lieber eine unbarmherzige Wahrheit als eine barmherzige Lüge“ trifft bei dem Problem Anhalt nach unserer Meinung in umgekehrter Weise den Nagel auf den Kopf. Statt im Interesse einer ganzen Region unbarmherzig die Wahrheit zu sagen, die da lautet: „mit einer kreisfreien Stadt Dessau wird weder das Oberzentrum Dessau noch die Region stark sein“, trifft man die nur scheinbar barmherzige Lösung der Kleinteiligkeit.

Mit der Zusicherung der Kreisfreiheit Dessaus unter den Bedingungen der Fusion mit Roßlau noch vor der end-

gültigen Entscheidung über neue Kreisstrukturen wurde einer gesamten Region die Chance genommen, sich nachhaltig zu entwickeln,

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

einer Region, die von ihren Voraussetzungen her die Musterregion Sachsen-Anhalts werden könnte: Dessau in idealer Mittellage, dazu die Achsen der Region, die Mittelzentren Köthen, Zerbst, Wittenberg und Bittelfeld. Aber nein, man schafft drei Gebilde, die alle nicht leistungsfähig sind.

Hinzu kommt, dass über zwölf Jahre gewachsene raumordnerische Beziehungen und Zielstellungen regelrecht auseinander gesprengt werden. Wir sollten das als Parlament in der Gesetzesberatung nicht zulassen.

Ich möchte einen zweiten Aspekt erwähnen, der den § 21 - Wahl und Einberufung der Kreistage - betrifft. Wir sehen bei einer Verkürzung der Wahlperiode der kommunalen Mandatsträger rechtliche, aber auch politische Probleme. Eine Abkürzung der Wahlperiode ist aus unserer Sicht nur rechtsfest, wenn die dafür notwendigen gesetzlichen Regelungen vor Beginn der Aufstellungsverfahren gesetzlich geregelt sind. Auch aus diesem Grund wurde in der letzten Legislaturperiode recht zügig das Erste Vorschaltgesetz verabschiedet.

Da das nun nicht erfolgte, hat man im Wesentlichen zwei Möglichkeiten: Entweder man setzt die Reform auf den Zeitpunkt der Kommunalwahlen oder man führt die Kreistage zusammen. Letzteres, die Zusammenführung der Kreistage für die Dauer von zwei Jahren, ist die politisch bessere Variante. Das ist man den kommunalen Ehrenamtlern schuldig. Zudem ist das Zusammenwachsen der Kreise mit der Gesamtheit der Erfahrungsträger zweifelsfrei von Vorteil.

Die Vielzahl der Mandatsträger stellt eine für die Zeit des Zusammenwachsens wichtige Brücke zu den Bürgerinnen und Bürgern dar. Letztlich wird damit die Chance für jeden kommunalen Mandatsträger eröffnet, sich in dem großen Gebilde auszuprobieren und dann auf diese Erfahrung zurückgreifend sich zu entscheiden, ob man in größeren Strukturen dauerhaft tätig sein will. Sie wollen von null auf sieben Jahre. Das ist problematisch.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion verfolgt nicht zuletzt durch die aktuellen Entwicklungstendenzen und aufgrund der Erfahrungen langer Debatten und konzentrierter Arbeit am Thema ein viel weiter reichendes Konzept als das vorliegende. Die Eckpunkte sind:

Erstens die Bildung von fünf Regionalkreisen bis zum Jahr 2009, angelehnt an die Planungsregionen, einschließlich einer Neuausrichtung der Kommunen zu Bürgerkommunen, einer kommunalen Politikreform und einer Neuausrichtung des Ehrenamtes;

zweitens den Abbau des Landesverwaltungsamtes als Mittelbehörde bis zum Jahr 2011;

drittens die Aufgabenverlagerung in die Landkreise in solch wichtigen Bereichen wie der Schulverwaltung einschließlich der Personalverwaltung, der Forstverwaltung, der Regionalplanung, im Bereich der Sozialverwaltung, um einige wichtige zu benennen, die im Wesentlichen Bürgernähe ausdrücken, Herr Wolpert.

Viertens. Es sollen konkrete Schritte zur Länderfusion eingeleitet werden.

Fünftens. Wir streben an, die Anzahl der Mitgliedsgemeinden von Verwaltungsgemeinschaften zu begrenzen und eine freiwillige Übertragung überörtlicher Aufgaben in den Gemeinschaftsausschuss zur Voraussetzung für den Bestand dieses Modells zu machen.

Dazu, meine Damen und Herren, bedarf es politischer Mehrheiten. Das wissen wir. Darum werden wir kämpfen und auch um die Akzeptanz. Aber seien Sie ehrlich: Es ist immer noch besser, erst das Konzept zu haben und dann die Mehrheit, als wenn es so ist wie jetzt bei Ihnen, nämlich erst die Mehrheit zu haben und immer noch nach einem schlüssigen Konzept zu suchen.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD)

Bis zu diesem Zeitpunkt - das hat Herr Gallert bereits erwähnt - stehen wir vor der Frage, wie wir mit Ihren Gesetzen umgehen. Begibt man sich in eine Art Flickschusterei?

Die PDS-Fraktion wird im Innenausschuss Änderungsanträge zur Region Anhalt und zur Region Halle einbringen. Diese Vorgehensweise resultiert aus den Beschlüssen innerhalb der Parteistruktur. Wir werden alles unternehmen, um Entscheidungen herbeizuführen, die den Weg für eine tiefgreifende Reform nicht verbauen. - Danke sehr.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Herrn Bischoff, SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Frau Dr. Paschke. - Die Debatte wird abgeschlossen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion. Es spricht Herr Kolze.

Herr Kolze (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Einbringung eines Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetzes hat die Landesregierung nach nur drei Jahren den letzten Baustein der Neustrukturierung des Landes erarbeitet.

Ich möchte es klar aussprechen: Während die heutige Opposition in der Zeit, als sie Regierungsverantwortung getragen hat, das Land acht Jahre mit Reformendebatten in Atem gehalten hat, wurde durch die von CDU und FDP getragene Landesregierung konsequent gearbeitet, gehandelt und umgesetzt.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Herrn Bischoff, SPD)

Das Ergebnis ist beeindruckend. Mit der Schaffung des Landesverwaltungsamtes wurde die Landesebene fit für die Aufgaben der Zukunft gemacht.

(Lachen bei der PDS)

Mit der inzwischen abgeschlossene Reform der Verwaltungsgemeinschaften wurde eine leistungsfähige Verwaltung auf kommunaler Ebene geschaffen. Mit dem Kommunalneugliederungs-Grundsatzgesetz wurden die Strukturen der künftigen Kreise bereits vorgeben. Jetzt ist die Zeit der Umsetzung der im Grundsatz bereits feststehenden Kreisgebietsreform.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die von der CDU und der FDP getragene Landesregierung hat bei der Neustrukturierung des Landes auch einen neuen

Politikstil geprägt. Hier wurde und wird eine Politik mit dem Gesicht zum Volke betrieben.

(Zustimmung bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Es ist beeindruckend, mit welchem Aufwand die Betroffenen vor Ort in die Vorbereitung der notwendigen Entscheidungen einbezogen wurden.

(Lachen bei der SPD - Zuruf von Minister Herr Jeziorsky)

Hierfür möchte ich allen Beteiligten ausdrücklich danken.

(Zustimmung bei der CDU)

Wie schon bei der Reform der Verwaltungsgemeinschaften wurden sämtliche Gemeinden und Landkreise des Landes Sachsen-Anhalt zu diesem Gesetzentwurf angehört. Der Gesetzentwurf wurde zudem im Rahmen einer Landrätekonzferenz vorgestellt und in Bürgermeisterkonferenzen, die in jedem Landkreis stattfanden, erläutert. Dabei wurden auch ergänzende Stellungnahmen aufgenommen. Das Anhörungsverfahren erstreckte sich auch auf landesweit tätige Verbände. Das Ergebnis dieser Anhörungen wurde in die Begründung zu dem Gesetzentwurf aufgenommen.

Auf kreislicher Ebene tätige Vereinigungen konnten sich ebenso wie geladene örtliche Politiker im Rahmen von Kreiskonferenzen, die der Minister des Innern durchführte, zu dem Entwurf positionieren. Die Erkenntnisse aus den Kreiskonferenzen wurden bei der Überarbeitung des Entwurfs berücksichtigt. Wegen der besonderen Frage, ob im Zuge der Kreisgebietsreform ein Kreis Anhalt gebildet werden sollte, wurden die betroffenen Landkreise zusätzlich zu bestimmten Sachverhalten befragt, die im Rahmen einer Entscheidung über die Bildung eines solchen Landkreises von Bedeutung sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt zwei Ansätze dafür, wie man die Strukturen des Landes auf der kreislichen Ebene neu gliedern kann. Schaut man lediglich von oben auf das Land, ohne zu erkennen, dass es die Menschen sind, die unser Land tragen, kann man einen zentralistischen Aufbau des Landes verfolgen. Wer dies will, kommt im Ergebnis zu dem von der SPD und der PDS favorisierten Modell der fünf Großkreise.

(Zustimmung von Frau Weiß, CDU)

Begreift man jedoch die Kreise als kommunale Selbstverwaltungskörperschaften, so müssen die Entscheidungsprozesse transparent und gestaltbar bleiben. Nur so kann die ehrenamtliche Tätigkeit der vielen Frauen und Männer in unserem Land erhalten werden. Wenn man dies will, dann können Landkreise über ein bestimmtes Limit hinaus nicht beliebig vergrößert werden.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf von Herrn Grünert, PDS)

Hierbei weiß ich die große Mehrheit der Frauen und Männer in unserem Land auf unserer Seite. Selbst die Basis der im Landtag vertretenen Oppositionsparteien stimmt im Grundsatz mit diesem Ansatz überein und trägt die von der Landesregierung vorgeschlagene Neugliederung der Landkreise in weiten Teilen mit. Die Damen und Herren von der Opposition wären gut beraten, in dieser Frage auf ihre eigene Basis zu hören.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Natürlich kann es die Landesregierung bei allem Konsens im Grundsatz nicht allen Beteiligten recht machen. Eine landesweite Neuregelung der Landkreise erfordert eine bestimmte Systematik, die von einigen als Unrecht empfunden wird.

In diesem Zusammenhang möchte ich an die Debatte um einen Landkreis Anhalt erinnern. Sie werden sich denken können, dass mein Herz, obgleich ich Dessauer bin, nicht nur für die Stadt schlägt, sondern auch für die Region Anhalt und auch für das ganze Land, das das Wort „Anhalt“ im Namen führt.

(Zurufe von Frau Hajek, SPD, und von Herrn Grünert, PDS)

Nach meiner Auffassung ist die Identifikation mit Anhalt nicht ausschließlich von einem Landkreis Anhalt abhängig. So, wie die Altmärker gut mit zwei Landkreisen leben können, die Harzer sogar in zwei Bundesländern leben,

(Herr Felke, SPD: In drei Bundesländern!)

sich die Bitterfelder zuweilen als Sachsen fühlen, so wird der Anhalter seine Identität und seine landsmannschaftliche Verbundenheit nicht von einer Kreisgrenze abhängig machen.

(Zustimmung von Herrn Daldrup, CDU)

Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass die nicht ausreichend eingetretene Identifikation der Menschen mit dem bisherigen Landkreis Anhalt-Zerbst zu völlig unterschiedlichen Bestrebungen hinsichtlich der Kreiszugehörigkeit geführt hat. Das mag man beklagen. Es bleibt aber eine Tatsache, dass die Roßlauer mehrheitlich zu Dessau wollen, die Coswiger ihre Zukunft in einem Landkreis Wittenberg sehen, die Loburger sich zum Jerichower Land hingezogen fühlen und die benachbarten Landkreise bereits seit langer Zeit andere Wege gehen.

Es muss auch zur Kenntnis genommen werden, dass manche von denen, die heute einen Landkreis Anhalt fordern, früher andere Ziele verfolgten und dies zum Teil auch heute noch tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Ergebnis ist der von der Landesregierung vorgeschlagene Weg zu größeren Kreisen ausgewogen. Er wird von einer breiten Mehrheit im Land getragen und er wird die Leistungsfähigkeit des Landes insgesamt verbessern.

Ich wiederhole meinen Satz vom Anfang: Die von der CDU und der FDP getragene Landesregierung hat in drei Jahren das vollendet, worüber die heutige Opposition in ihrer Regierungszeit acht Jahre lang nur diskutiert hat.

(Zustimmung bei der CDU - Frau Dr. Kuppe, SPD: So ein Quatsch!)

Auch hieran wird deutlich, wer in schweren Zeiten das Land führen kann und wer nicht. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und beantrage die Überweisung des Gesetzentwurfes an den Innenausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kolze. Möchten Sie noch eine Frage beantworten? - Bitte fragen Sie, Herr Bullerjahn.

Herr Bullerjahn (SPD):

Ich habe keine Frage zur Sache. Ich frage Sie vielmehr: Warum wehrt man sich vonseiten der regierungstragenden Fraktionen dagegen, dass auch andere Ausschüsse sich mit dem Thema befassen?

Herr Kolze (CDU):

Sehr verehrter Kollege, aus meiner Sicht ist es aufgrund der zeitlichen Struktur, die wir uns selber vorgegeben haben, wichtig, dass wir schnell darüber beraten können. Hierfür trägt der Innenausschuss mit Sicherheit Sorge. Im Übrigen ist es nach meinem Dafürhalten ein ausschließlich innenpolitisches Thema.

(Herr Bullerjahn, SPD: Oh, oh, oh!)

Deshalb sollte es in diesem Ausschuss behandelt werden.

(Herr Bullerjahn, SPD: Aber Herr Kolze! - Herr Gallert, PDS: Mit Raumordnung hat das wohl nichts zu tun?)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Dr. Paschke, Sie haben noch eine Frage? - Möchten Sie noch eine Frage beantworten, Herr Kolze?

Herr Kolze (CDU):

Ja.

(Herr Bullerjahn, SPD: Ich habe eine Nachfrage!)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Erst eine Nachfrage von Herrn Bullerjahn, dann die Frage von Frau Dr. Paschke.

Herr Bullerjahn (SPD):

Wollen Sie damit sagen, dass das keine raumordnerische Frage ist, dass das keine Frage ist, bei der es um Finanzen geht? Ich meine, wir schieben wesentlich unwichtigere Dinge in fünf Ausschüsse. Ein so zentrales Thema, über das übergreifend diskutiert werden müsste, wollen Sie wahrscheinlich wegen der Befürchtung, dass es in den anderen Ausschüssen zerfasert, an lediglich einen Ausschuss überweisen? Ich verstehe Ihre Logik nicht. Sie haben in allen Ausschüssen die Mehrheit.

(Herr Gallert, PDS: Das weiß er aber nicht genau!)

Sie sollten sich vor der Abstimmung wirklich noch einmal überlegen, ob es nicht sinnvoller wäre, andere Ausschüsse zu beteiligen.

Herr Kolze (CDU):

Sehr geehrter Herr Bullerjahn, zunächst einmal sehe ich die Gefahr der Zerfaserung nicht, da die Koalitionsfraktionen fest zu dem Gesetzentwurf stehen.

(Herr Grünert, PDS: Das liest sich aber anders! - Frau Dr. Kuppe, SPD: Dann ist es doch kein Problem!)

- Ja eben, es gibt auch keine Probleme.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Frau Dr. Paschke wollte noch eine Frage stellen. Dann hat sich noch Herr Dr. Köck gemeldet.

Frau Dr. Paschke (PDS):

Es ist die gleiche Frage, die Sie aber nicht beantwortet haben: Ist es nicht auch ein raumordnerisches Problem?

Herr Kolze (CDU):

Wir haben ein Grundsätzegesetz. Das haben wir in der letzten Plenarsitzung beschlossen. Darin wurden die raumordnerischen Grundsätze festgelegt. Diese befolgen wir jetzt stringent. Deshalb gibt es aus meiner Sicht keine weitere Beratungsnotwendigkeit. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Sie möchten keine weiteren Fragen beantworten? - Dann ist das erledigt. Wir stimmen nun ab, zunächst über das, was unstrittig ist, die Überweisung an den Innenausschuss. Dabei ist es zunächst egal, ob es eine alleinige oder eine federführende Überweisung sein wird. Wer stimmt zu? - Das sind offensichtlich alle. Damit ist es so beschlossen.

Gibt es weitere Vorschläge hinsichtlich der Überweisung? - Bitte?

(Herr Dr. Polte, SPD: Herr Rothe hatte die Überweisung in den Ausschuss für Finanzen und in den für Raumordnung zuständigen Ausschuss beantragt!)

- An den Ausschuss für Finanzen und an den für Raumordnung zuständigen Ausschuss. Ich lasse einzeln darüber abstimmen. Wer stimmt einer Überweisung an den Finanzausschuss zu? - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist die Überweisung abgelehnt.

Wer stimmt der Überweisung des Gesetzentwurfes an den für Raumordnung zuständigen Ausschuss zu? - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Damit ist auch diese Überweisung abgelehnt.

Gibt es weitere Anträge? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisung in dieser Form beschlossen und der Tagesordnungspunkt 3 beendet.

(Unruhe bei allen Fraktionen)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung

Wahl des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik

Wahlvorschlag der Landesregierung - **Drs. 4/2032**

(Unruhe)

- Ich gebe zunächst all denen, die sich für diese Angelegenheit nicht interessieren, die Gelegenheit zu gehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sehe, dass auf der Nordtribüne in der ersten Reihe Frau Edda Ahrberg Platz genommen hat. Frau Ahrberg, ich begrüße Sie herzlich.

(Beifall im ganzen Hause)

Gemäß § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vom 18. August 1993 wählt der Landtag auf Vorschlag der Landesregierung den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik mit zwei Dritteln der anwesenden Abgeordneten, mindestens jedoch mit der Mehrheit der Abgeordneten. Die einmalige Wiederwahl ist zulässig.

Der Landtag der dritten Wahlperiode hatte Frau Edda Ahrberg in dieses Amt wiedergewählt. Eine zweite fünfjährige Amtszeit ist nunmehr verstrichen. Somit kann eine Wiederwahl nicht erfolgen.

Es liegt ein Vorschlag der Landesregierung in der Drs 4/2032 zur Wahl von Herrn Gerhard Ruden als Nachfolger für Frau Ahrberg vor. Ich bitte zunächst die Landesregierung, den Wahlvorschlag zu begründen. Bitte, Herr Ministerpräsident, ich erteile Ihnen das Wort.

Herr Prof. Dr. Böhmer, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sie haben bereits einleitend darauf hingewiesen, dass auch die zweite Amtszeit der bisherigen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR abgelaufen ist, und zwar bereits Anfang Februar dieses Jahres, und dass unser Gesetz nicht vorsieht, dass diese Tätigkeit verlängert werden kann. Deswegen ist die Landesregierung in der Pflicht, dem Hohen Haus einen neuen Personalvorschlag zu unterbreiten.

Ich möchte die Gelegenheit, dass Frau Ahrberg unter uns ist, nutzen, um ihr von hier aus und am heutigen Tag noch einmal herzlich für ihre Tätigkeit und ihre Arbeit in den zurückliegenden zehn Jahren zu danken.

(Starker Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der FDP)

Frau Ahrberg hat ihre Arbeit mit großem Engagement getan. Das beweisen eine große Anzahl von Veröffentlichungen aus dieser Einrichtung und eine große Anzahl von Veranstaltungen, die in den letzten zehn Jahren von ihr mit organisiert worden sind. Ich bin mir sicher, dass wir bei der Aufarbeitung dieser schwierigen Phase der Geschichte unserer Region noch mehr Probleme und Schwierigkeiten miteinander hätten, wenn dieses Datenmaterial nicht zur Verfügung stünde und nicht hätte ausgewertet werden können.

Nach Maßgabe des genannten Ausführungsgesetzes zum Stasi-Unterlagengesetz ist es die Aufgabe der Landesregierung gewesen, einen Vorschlag zu unterbreiten. Zur Nachbesetzung der Stelle hat das Ministerium der Justiz eine Stellenausschreibung durchgeführt. Auf diese Stellenausschreibung sind im Ministerium der Justiz insgesamt 144 Bewerbungen eingegangen.

Nach Prüfung der schriftlichen Bewerbungsunterlagen durch das Justizministerium mussten bereits 135 Bewerber aussortiert werden, da diese nicht die in § 3 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes zum Stasi-Unterlagengesetz vorgeschriebenen persönlichen Eignungsvoraussetzungen aufwiesen oder aufgrund ihrer persönlichen oder beruflichen Entwicklung nicht geeignet waren, die mit dem Amt und der Leitung der Behörde verbundenen Aufgaben zu bewältigen.

Mit neun Bewerbern sind seitens des Ministeriums der Justiz Vorstellungsgespräche geführt worden. Im Ergeb-

nis dieser Gespräche und nach einem am Beamtenrecht orientierten Auswahlverfahren hat das Ministerium der Justiz dem Landeskabinett Herrn Gerhard Ruden als am besten geeigneten Bewerber vorgeschlagen. In der Sitzung am 25. Januar dieses Jahres hat die Landesregierung beschlossen, Ihnen Herrn Ruden zur Wahl für das Amt des Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen vorzuschlagen.

Herr Gerhard Ruden erfüllt zum einen die persönlichen Eignungsvoraussetzungen gemäß § 3 Abs. 3 des Ausführungsgesetzes. Zum anderen ist er durch seinen persönlichen und beruflichen Werdegang für dieses Amt geeignet. Wie Sie wissen, ist es nicht üblich, Einzelheiten zur Person an dieser Stelle vorzutragen. Ich darf darauf hinweisen, dass den Fraktionsvorsitzenden und den parlamentarischen Geschäftsführern ein tabellarischer Lebenslauf von Herrn Ruden vorgelegen hat oder vorliegt.

Aufgrund seiner beruflichen und politischen Tätigkeit verfügt er über Verwaltungs- und Führungserfahrungen. Zudem hat Herr Ruden einen engen Bezug zu der mit dem Amt verbundenen Aufgabe. Zu DDR-Zeiten, etwa ab dem Jahr 1987, war er im Friedensarbeitskreis der Evangelischen Martinsgemeinde Magdeburg aktiv und ab dem Jahr 1989 als Sprecher der Initiative „Frieden und Menschenrechte in der DDR“ tätig. Zudem war er Mitglied des Bürgerkomitees zur Auflösung des MfS und Teilnehmer am runden Tisch in Magdeburg.

Deshalb bitte ich Sie namens der Landesregierung, Herrn Gerhard Ruden Ihre Stimme zur Wahl des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR zu geben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Eine Debatte dazu ist nicht vorgesehen. Meine Damen und Herren! Sie haben es gerade gehört: Herr Gerhard Ruden ist für die Wahl zum Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagen worden. Die Fraktionen haben sich im Ältestenrat darauf verständigt, in Anwendung des § 77 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Landtages die Wahl in geheimer Abstimmung vorzunehmen. Wahlkabine und Wahlurne sind bereits aufgestellt.

Meine Damen und Herren! Auf dem Stimmzettel steht der Wahlvorschlag gemäß Drs. 4/2032, Herrn Gerhard Ruden zum Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zu wählen. In der Wahlkabine kreuzen Sie mit dem bereitliegenden Stift entweder „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ an. Danach gehen Sie bitte mit dem zusammengefalteten Stimmzettel zur Wahlurne.

Ich bitte nun die Schriftführerin Frau Schmidt, den Namensaufruf vorzunehmen. Die Schriftführerin Frau Brakbusch gibt die Stimmzettel aus. Die Schriftführerin Frau Dr. Klein führt die Wählerliste. Der Schriftführer Herr Kehl übernimmt bitte die Aufsicht an der Wahlkabine. Der Schriftführer Herr Schulz führt die Aufsicht an der Wahlurne.

Ich bitte alle Abgeordneten, darauf zu achten, dass das Kreuz auf dem Stimmzettel korrekt angebracht wird, so dass kein Zweifel über die Gültigkeit der Stimme entste-

hen kann. Der Vollständigkeit halber erwähne ich ferner: Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, der macht seine Wahl ungültig. Außerdem wird für die Stimmabgabe nur der in der Wahlkabine bereitliegende Stift genutzt.

Im Interesse eines reibungslosen Ablaufs der Wahlhandlung bitte ich die Abgeordneten, bis zum Aufruf ihres Namens auf ihrem Platz zu bleiben und nach der Stimmabgabe sogleich wieder Platz zu nehmen. Ich bitte nun die Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen.

Herr Schulz, überzeugen Sie sich bitte davon, dass die Wahlurne leer ist.

(Schriftführer Herr Schulz: Die Wahlurne ist leer!)

- Gut. - Ich bitte Frau Schmidt, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Schriftführerin Frau Schmidt ruft die Mitglieder des Landtages namentlich zur Stimmabgabe auf)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Der Namensaufruf ist beendet. Ich bitte nunmehr die am Wahlverfahren beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer um ihre Stimmabgabe. Von ihrer Anwesenheit habe ich mich überzeugt. Es sind Frau Brakebusch, Herr Kehl, Frau Dr. Klein und Herr Schulz. Bitte der Reihe nach.

Nun wählt der Sitzungsvorstand. Von seiner Anwesenheit habe ich mich ebenfalls überzeugt. Es sind Frau Röder, Frau Schmidt und Herr Fikentscher.

Ist noch ein Mitglied des Landtages im Plenarsaal, das noch nicht gewählt hat? - Das ist offensichtlich nicht der Fall. Damit schließe ich die Wahl.

Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten und bitte um die Auszählung der Stimmen durch die Schriftführerinnen und Schriftführer. Danach folgt die Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

Unterbrechung: 16.21 Uhr.

Wiederbeginn: 16.31 Uhr.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort. Nach der mir vorliegenden Wahlniederschrift hat die Wahl folgendes Ergebnis: abgegebene Stimmen 105, ungültige Stimmen keine. Gültige Stimmen sind demnach 105 abgegeben worden.

Wie ich eingangs bereits erläutert habe, ist der als Landesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vorgeschlagene Abgeordnete gewählt, wenn zwei Drittel der anwesenden Abgeordneten, mindestens jedoch die Mehrheit der Mitglieder des Landtages für den Wahlvorschlag, also mit Ja, gestimmt haben. Bei einer gesetzlichen Zahl von 115 Abgeordneten und 105 anwesenden Abgeordneten müssen demnach mindestens 70 gültige Stimmen für den Wahlvorschlag abgegeben worden sein.

Mit Ja haben 78 Abgeordnete gestimmt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Mit Nein haben 24 Abgeordnete gestimmt. Drei Abgeordnete enthielten sich der Stimme.

Ich stelle damit fest, dass Herr Gerhard Ruden zum Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gewählt worden ist. - Herr Ruden, ich frage Sie: Nehmen Sie die Wahl an?

Herr Ruden (CDU):

Herr Präsident, ich nehme die Wahl an.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, bei der FDP und von der Regierungsbank)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Dann beglückwünsche ich Sie im Namen des Hohen Hauses und auch persönlich. Wir wünschen Ihnen für die Bewältigung der neuen, anspruchsvollen Aufgabe alles Gute und beste Gesundheit.

(Herr Ruden, CDU, nimmt Glückwünsche von Abgeordneten entgegen)

- Meine Damen und Herren! Wenn nun die Glückwünschrunde vorerst abgeschlossen ist, möchte ich im Namen des Hohen Hauses und auch persönlich an dieser Stelle Frau Edda Ahrberg herzlich danken.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, daran erinnern: Am 16. Dezember 1994 hat der Landtag von Sachsen-Anhalt Frau Ahrberg zur Landesbeauftragten gewählt und am 20. Dezember 1994 ist sie in das Beamtenverhältnis auf Zeit berufen worden. Das heißt, fast zehneinhalb Jahre hat Frau Ahrberg als Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR gewirkt und die damit verbundenen Aufgaben mit Respekt und sehr gewissenhaft wahrgenommen. Die in regelmäßigen Abständen auch als Unterrichtung des Landtages veröffentlichten Tätigkeitsberichte sind belegbarer Ausdruck dafür.

Seien Sie versichert, Frau Ahrberg, dass die Mitglieder des Landtages Ihre langjährige Tätigkeit in diesem gewiss nicht einfachen und vor allem auch sehr sensiblen Amt hoch einzuschätzen vermögen. Wir würden es begrüßen, wenn Sie Ihre Erfahrungen und Kenntnisse auf diesem so sensiblen Gebiet auch künftig in die politische Arbeit mit einbringen.

Für Ihr zukünftiges Wirken wünschen wir Ihnen beste Gesundheit und weiterhin viel Schaffenskraft. Nochmals vielen Dank für die Arbeit, die Sie geleistet haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt 4 abgeschlossen. Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Zweite Beratung

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt

Gesetzesentwurf der Landesregierung - **Drs. 4/1360**

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres - **Drs. 4/2154**

Änderungsantrag der Fraktion der SPD - **Drs. 4/2187**

Die erste Beratung fand in der 35. Sitzung des Landtages am 4. März 2004 statt. Ich bitte den Abgeordneten

Herrn Madl, als Berichterstatter des Ausschusses das Wort zu nehmen. Bitte schön, Herr Madl. - Vor halb leerem Haus, aber es muss getan werden.

Herr Madl, Berichterstatter des Ausschusses für Inneres:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es gibt das Sprichwort: Was lange währt, wird gut. - Weil es schon gut war, wird es vielleicht noch etwas besser. Aber es ist nicht meine Aufgabe, das zu beurteilen, sondern die der Redner in der anschließenden Debatte. Als Berichterstatter steht es mir zu, Ihnen einen Bericht zu geben, wie die Beratungen im Ausschuss gelaufen sind.

In der Konsequenz aus der Jahrhundertflut an Elbe und Mulde brachte die Landesregierung in der 35. Sitzung des Landtages am 4. März 2004 den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt in den Landtag ein.

Der Landtag bestimmte, dass für diese Neufassung des Gesetzes der Ausschuss für Inneres federführend und mitberatend der zeitweilige Ausschuss Hochwasser zuständig sein sollen.

Vor der inhaltlichen Beratung des Gesetzentwurfs führte der Innenausschuss unter Teilnahme des zeitweiligen Ausschusses Hochwasser am 12. Mai 2004 eine Anhörung durch. An der Anhörung waren die kommunalen Spitzenverbände, die Landkreise Anhalt-Zerbst, Wittenberg, der Ohrekreis, die kreisfreien Städte Dessau und Magdeburg, der Landesverband des Arbeiter-Samariter-Bundes, der auch ein Mandat der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft, des Malteser-Hilfsdienstes sowie der Johanniter-Unfallhilfe hatte, das Deutsche Rote Kreuz, die Bundesanstalt des Technischen Hilfswerkes, der Landesfeuerwehrverband, der Inspekteur der Polizei sowie die Verteidigungsbezirkskommandos 81 und 82 beteiligt.

Die nächste Beratung im Innenausschuss fand dann am 23. Juni 2004 statt. In dieser Sitzung stellte die PDS-Fraktion ihre Änderungsanträge vor. Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst erläuterte anhand einer Synopse seine Änderungsvorschläge. Seitens der Koalitionsfraktionen wurde mit der Begründung, dass es noch Verständigungsbedarf auch im Hinblick auf die Auswertung der Anhörung gebe, darum gebeten, die Beratung zu vertagen. Das wurde auch mehrheitlich beschlossen.

In der 56. Sitzung des Landtages am 4. März 2005 machte die SPD-Fraktion von ihrem Recht Gebrauch zu verlangen, einen Bericht durch den Vorsitzenden oder einen Berichterstatter über den Stand der Beratungen zu dem in Rede stehenden Gesetzentwurf erstattet zu bekommen.

Am 9. März 2005, in der 48. Sitzung des Innenausschusses, beschloss der Innenausschuss die vorläufige Beschlussempfehlung an den mitberatenden zeitweiligen Ausschuss Hochwasser mit 7 : 6 : 0 Stimmen. Zur Beratung lagen dem Ausschuss Änderungsanträge aller Fraktion vor.

Das Hauptproblem seitens der Oppositionsfraktionen, die Einführung eines zweistufigen Modells des Katastrophenschutzmanagements, wurde sehr ausgiebig und kontrovers diskutiert. Die Katastrophenschutzbehörden sollten nicht, wie im Gesetzentwurf der Landesregierung vorgesehen, dreistufig, sondern zweistufig aufgestellt

sein. Dies lehnte der Ausschuss bei 6 : 7 : 0 Stimmen ab.

Ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP und auch der Fraktion der PDS griff den Wunsch von Vertretern der Hilfsorganisationen und der Bundesanstalt des Technischen Hilfswerks in der Anhörung auf, das Bekenntnis des Landes zur Tätigkeit der Hilfsorganisationen im Gesetz zu verankern, um das Ehrenamt zu stärken und die Wertigkeit dieser Organisationen im Rahmen der Hilfeleistung stärker zu betonen. Für diese Änderung votierte der Ausschuss einstimmig.

Da ich davon ausgehe, dass in der anschließenden Debatte über die einzelnen Änderungsanträge noch einmal ausführlich gesprochen wird, erspare ich mir dies an dieser Stelle.

Der zeitweilige Ausschuss Hochwasser schloss sich dann der vorläufigen Beschlussempfehlung des Innenausschusses ohne Änderungen mit 6 : 3 : 0 Stimmen an.

Die endgültige Beschlussfassung im Innenausschuss erfolgte in der 49. Sitzung am 20. April 2005 unter der Hinzuziehung der Beschlussempfehlung des mitberatenden Ausschusses. Der Innenausschuss verabschiedete mit 6 : 0 : 5 Stimmen die Ihnen vorliegende Beschlussempfehlung. Ich bitte um Zustimmung. - Danke schön.

(Zustimmung von Herrn Schomburg, CDU)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Madl. - Wir treten in die Debatte der Fraktionen ein. Zunächst hat Herr Minister Jeziorsky um das Wort gebeten. Er bekommt es auch gleich.

Ich will nur vorher noch Folgendes sagen: Die Zeitplanung ist so, dass wir die für heute vorgesehenen Tagesordnungspunkte 7 und 8 nicht mehr schaffen können, dass wir diesen Tagesordnungspunkt und den Tagesordnungspunkt 6 noch behandeln können. Mehr ist heute nicht zu schaffen, weil wir die Teilnahme an der vorgesehenen Veranstaltung nicht gänzlich einschränken können. Wir haben 55 Minuten Rückstand und das ist genau die Zeit für diese Punkte. - Nun bitte Herr Minister Jeziorsky.

Herr Jeziorsky, Minister des Innern:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegenden Beschlussempfehlung des Innenausschusses zu dem von der Landesregierung eingebrachten Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes sind intensive und konstruktive Beratungen im Innenausschuss und im zeitweiligen Ausschuss Hochwasser vorausgegangen. Dabei wurde eines deutlich: Trotz mancher Schwierigkeiten und Probleme in Einzelfällen verlief die Bewältigung des Jahrhunderthochwassers im August 2002 insgesamt erfolgreich und wir verfügen in Sachsen-Anhalt über ein gut organisiertes und leistungsfähiges System der Katastrophenabwehr.

An diesem bewährten System des Katastrophenschutzes mit der grundsätzlichen Zuständigkeit der Landkreise und kreisfreien Städte für die Katastrophenabwehr wollen wir festhalten. Ihre Ortsnähe und Ortskenntnis, das Wissen um die jeweiligen räumlichen und personellen Verhältnisse sind entscheidend für eine erfolgreiche Katastrophenbewältigung. Auf dieser Verwaltungsebene können sinnvolle technische Einsatzleitungen gebildet und Kräfte mit der notwendigen Ortskenntnis geführt werden.

Die Hochwasserkatastrophe hat aber auch gezeigt, dass trotz der in der Regel gut organisierten und kompetenten Hilfe Verbesserungsbedarf und auch die Notwendigkeit klarstellender und ergänzender gesetzlicher Regelungen besteht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wichtig ist insbesondere, dass die Vorbereitung auf Katastrophenlagen verbessert wird, damit bei der Katastrophenabwehr möglichst wenig Reibungsverluste entstehen. Von Bedeutung sind dabei maßgeblich der Informationsaustausch und die Abstimmung zwischen den Katastrophenschutzbehörden schon bei den vorbereitenden Planungen, das Bestehen geregelter Informations- und Kommunikationsbeziehungen für den Katastrophenfall sowie die Zusammenarbeit bei der Koordination von Kräften und Mitteln.

Es ist zu begrüßen, dass diese Aspekte nunmehr ausdrücklich im Gesetz genannt werden sollen und dass dabei auch die besondere Verantwortung der Aufsichtsbehörden für eine gut funktionierende Zusammenarbeit deutlich gemacht wird. Damit wollen wir letztlich die Führungskompetenzen und das Führungsverständnis der Landkreise und der kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörden stärken und die Einsatzbereitschaft von Katastrophenschutzstäben verbessern.

Zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Katastrophenschutzstäbe soll im Gesetz jetzt ausdrücklich verankert werden, dass in den Katastrophenschutzbehörden ein ausreichend großer Personenkreis mit den erforderlichen fachlichen und operativen Kenntnissen vorhanden sein muss, um auch Langzeitlagen zu bewältigen.

Im Hinblick auf die notwendige Unterstützung der unteren Katastrophenschutzbehörden bei großflächigen und extremen Lagen sollen dem Landesverwaltungsamt und dem Ministerium des Innern in stärkerem Maße Steuerungs- und Lenkungsbefugnisse übertragen werden. Obere und oberste Katastrophenschutzbehörde sollen im Rahmen der Fachaufsicht die Befugnis erhalten, einzelne Aufgaben der jeweils nachgeordneten Katastrophenschutzbehörden auch ohne die bisher erforderliche Androhung und Fristsetzung an deren Stelle wahrzunehmen, soweit dies zur wirksamen Katastrophenabwehr erforderlich ist. Die Aufsichtsbehörden können damit künftig unter den gesetzlichen Voraussetzungen Entscheidungen flexibel und zügig auch selbst herbeiführen.

Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Zusammenhang ist die Novellierung der Regelungen für kreisgebietsübergreifende Katastrophen. Bei großflächigen und extremen Lagen kann in besonderen Einzelfällen eine intensive Unterstützung der unteren Katastrophenschutzbehörden notwendig werden. Um in diesen Situationen angemessen reagieren zu können, erhält das Landesverwaltungsamt unter anderem die Befugnis, einer nachgeordneten Katastrophenschutzbehörde die Gesamtleitung zu übertragen oder diese selbst zu übernehmen.

Das Ministerium des Innern als oberste Katastrophenschutzbehörde übernimmt die Gesamtleitung dann, wenn die Sorge besteht, dass die nachgeordneten Behörden nicht imstande sind, ihre Aufgaben der Katastrophenabwehr zu erfüllen. Gleichzeitig ist in der Beschlussempfehlung vorgesehen, dass die oberste Katastrophenschutzbehörde unter anderem für den Länderübergreifenden Katastrophenschutz zuständig ist.

Mit diesem eindeutigen und sachgerechten Vorschlag hat der Innenausschuss den fachlich nicht vertretbaren

Forderungen nach einer generell zentralisierten Katastrophenabwehr oder nach Einführung eines Zweistufensystems, welches das Landesverwaltungsamt außen vor ließe, eine klare Absage erteilt. Ich möchte die Argumente für die Einbeziehung des Landesverwaltungsamtes angesichts der bereits mehrfach geführten Debatte zur Zwei- oder Dreistufigkeit der Katastrophenschutzbehörden nicht wiederholen. Kollege Rothe hat im März-Plenum zum dreistufigen Modell gesagt, dass man unter vernünftigen Menschen durchaus dieser Auffassung sein könne. Meine sehr verehrten Damen und Herren, diese Vernunft nehmen wir für uns in Anspruch.

Dieses Verständnis vom Zusammenwirken der Katastrophenschutzbehörden im dreistufigen Verwaltungsaufbau deckt sich übrigens mit der Praxis in den anderen Flächenländern. Ich möchte in diesem Zusammenhang besonders unser Nachbarland, den Freistaat Sachsen, nennen. Dort ist gleichfalls nach dem Jahrhunderthochwasser 2002 eine Novellierung der Rechtsvorschriften zum Katastrophenschutz in Angriff genommen und intensiv diskutiert worden. Auch in Sachsen ist im Zuge der Neufassung der entsprechenden gesetzlichen Grundlagen an der grundsätzlichen Zuständigkeit der unteren Katastrophenschutzbehörden festgehalten worden. Die Schaffung von Regelungen für zentrale Führungsstrukturen war kein Thema.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eine erfolgreiche Katastrophenabwehr kann nur gelingen, wenn alle beteiligten Behörden und Organisationen im Rahmen ihrer jeweiligen Aufgaben zusammenwirken. Dabei spielen neben den Verwaltungsbehörden auch die gemeinnützigen Hilfsorganisationen und das Technische Hilfswerk eine wichtige Rolle. Um deren Beitrag angemessen zu würdigen, haben die beratenden Ausschüsse empfohlen, diese Organisationen in dem neuen Gesetz ausdrücklich zu erwähnen. Damit folgt die Beschlussempfehlung einer Anregung der Hilfsorganisationen im Anhörungsverfahren. Ich halte das für eine gute Lösung, mit der die Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements hervorgehoben wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass die Beratungen zum Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes zu einer sachgerechten Empfehlung geführt haben. Mit dem neuen Katastrophenschutzgesetz können wir die Abwehr von Katastrophen und vorbereitende Maßnahmen des Katastrophenschutzes auf eine noch solidere Grundlage stellen. Ich hoffe, dass alle beteiligten Katastrophenschutzbehörden für eine entsprechende Umsetzung in die alltägliche Praxis sorgen werden. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Minister Jeziorsky. - Wir beginnen nun mit der Debatte. Zunächst erteile ich für die FDP-Fraktion Herrn Kosmehl das Wort.

Herr Kosmehl (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit der heutigen Verabschiedung der Novelle zum Katastrophenschutzgesetz wird ein vorläufiger Schlusspunkt des gesetzgeberischen Handelns infolge der Ereignisse des Hochwassers vom August 2002 gesetzt. Aus der Sicht der FDP-Fraktion war die Diskussion bisher geprägt von drei Dingen, die für uns einen effektiven

Katastrophenschutz ausmachen und für ihn notwendig sind: erstens Hochwasserschutz, zweitens klare gesetzliche Grundlagen und Zuständigkeiten und drittens das Bewusstsein bei den Menschen und den Mitgliedern von Katastrophenschutzstäben, dass es ein Hochwasser geben kann.

Lassen Sie mich ganz kurz auf die drei Punkte eingehen. Der erste Punkt, der Hochwasserschutz, ist bereits unmittelbar nach dem Hochwasser im Jahr 2002 angegangen worden. Mit dem Programm zur Deichsanierung und Deichreparatur wurden Deiche und somit ein effektiver Hochwasserschutz wieder in Kraft gesetzt, ertüchtigt, saniert und das müssen wir auch in den nächsten Jahren fortführen. Insoweit sind wir heute, fast drei Jahre nach der Hochwasserkatastrophe des August 2002, auf einem guten Wege, was diesen tatsächlichen Hochwasserschutz durch Deiche und Schutzwälle betrifft.

Ein anderer Punkt ist das gesetzgeberische Handeln. Ich habe in mehreren Diskussionen, die wir zu den Themen Katastrophenschutz, Hochwasser im zeitweiligen Ausschuss Hochwasser geführt haben, immer wieder darauf hingewiesen, dass nicht jede der Intentionen, die man in der Diskussion durchaus haben und aufgreifen kann, auch eines gesetzgeberischen Handelns bedarf.

Allerdings - das hat sich an der Novelle zum Katastrophenschutzgesetz festgemacht - gibt es auch beim bestehenden Katastrophenschutzgesetz durchaus Möglichkeiten, dieses noch zu verbessern. Ich teile an dieser Stelle die Auffassung meines Kollegen Madl, der gesagt hat: „Was lange währt, wird hoffentlich gut.“ Ich hoffe, dass wir mit der Regelung, die wir getroffen haben, ein verbessertes und ein gutes Katastrophenschutzgesetz für Sachsen-Anhalt haben.

Herr Kollege Rothe, weil Sie das in der Debatte im März aufgeworfen haben: Ich möchte vermeiden, dass der Eindruck entsteht, dass wir bisher ein Katastrophenschutzgesetz in Kraft hätten, das nicht geeignet wäre, Katastrophen abzuwehren, und nicht geeignet wäre, in einer Katastrophe zu handeln. Das weise ich entschieden zurück. Aber wir haben den Handlungsbedarf, das noch etwas zu verbessern und etwas zu straffen, und diesen Handlungsbedarf haben wir jetzt durchgeführt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich gehe auf einen Vorwurf von Herrn Gärtner auch aus der Sitzung im März ein: Ja, es hat verdammt lange gedauert. Ich bitte an dieser Stelle um Verständnis, dass sich die Koalitionsfraktionen die Zeit genommen haben, eine Regelung zu finden, von der wir glauben, dass sie unser Katastrophenschutzrecht besser macht und dass sie auch für die Praxis tauglich ist.

Für die FDP waren eine klare Zuweisung von Zuständigkeiten und eine klare Gesetzessprache wichtig. Diese Forderungen, die wir mehrfach erhoben haben, sehen wir mit der Novelle als erfüllt an, insbesondere mit der Neufassung der §§ 2a und 4 des Gesetzes.

Lassen Sie mich darauf vielleicht im einzelnen kurz eingehen. Der neu eingefügte § 2a ist eine Klarstellung dahin gehend, dass der Katastrophenschutz grundsätzlich weiterhin den unteren Katastrophenschutzbehörden obliegt. Es war in der Diskussion immer eine Frage, die im Raum stand, ob man den Katastrophenschutz den Leuten vor Ort entziehen will. - Nein, das wollen wir nicht. Wir wollen, dass das weiterhin vor Ort geschieht. Wir haben ergänzend dazu allerdings Zuständigkeiten für

einen Fall normiert, in dem es Länder übergreifenden Katastrophenschutz aufzubauen gilt. In diesem Fall soll das Ministerium des Innern zuständig sein. Ich denke, diese Ergänzung ist notwendig. Auch das ist eine Erkenntnis aus dem Hochwasser des Jahres 2002.

Für den Fall, dass zu besorgen ist, dass der Katastrophenschutz nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden kann, haben wir die Möglichkeit gefunden, es an sich zu ziehen. Die Regelung dazu lautet, dass die Gesamtleitung der Abwehrmaßnahmen an sich gezogen werden kann, und zwar vom Ministerium des Innern, wenn zu besorgen ist, dass die nachgeordneten Katastrophenschutzbehörden nicht imstande sind, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese beiden Regelungen führen aus unserer Sicht dazu, dass tatsächlich eine Verbesserung des bestehenden Katastrophenschutzgesetzes eintreten kann und dass es sich auch als praxistauglich erweisen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluss möchte ich auf Punkt 3 kurz eingehen, der mir auch sehr wichtig ist. Wir müssen in der zukünftigen Politik tagtäglich - und jeder Einzelne auch - dafür Sorge tragen, dass die Ereignisse des Jahres 2002, die aufgrund der fortschreitenden Zeit auch ein Stück weit verblasen, trotzdem immer noch in den Erinnerungen der Menschen bleiben, weil sonst aus meiner Sicht die Gefahr besteht, dass man sich zu sicher fühlt und die Bedrohung, die durch ein Hochwasser beispielsweise auftreten kann, nicht mehr ernst nimmt.

Auch dazu ist es notwendig, dass Katastrophenschutzstäbe üben. Aus meiner Kleinen Anfrage ergibt sich allerdings, dass die Intensität der Katastrophenschutzübungen bereits nach drei Jahren nachlässt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sollten darauf achten, dass unsere Stäbe weiterhin ordnungsgemäß üben, dass sie weiterhin gut vorbereitet sind und dass die Menschen immer damit rechnen, auf ein Ereignis vorbereitet zu sein, von dem wir alle hoffen, dass es nicht wieder eintritt. Trotzdem sollten wir darauf vorbereitet sein. Das Gesetz gibt heute eine gute Grundlage. Ich bitte um Zustimmung. - Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Kosmehl. - Meine Damen und Herren! Wir haben die Freude, auf der Südtribüne Seniorinnen und Senioren der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aus Halle-Neustadt begrüßen zu können.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun geht es weiter mit der Debatte. Es spricht Herr Gärtner für die PDS-Fraktion.

Herr Gärtner (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auf die Beratungen zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes trifft - da widerspreche ich meinen Kollegen Madl und Kosmehl - die alte Weisheit „Was lange währt, wird gut“ ausdrücklich nicht zu. Monatelang lag das Gesetz im Ausschuss und wurde von der Koalition vor sich hergeschoben. Bereits vor einigen Wochen haben wir - Kollege Kosmehl verwies darauf - im Hohen Haus darüber geredet.

Das, was nun bei den Beratungen herausgekommen ist, ist mehr als spärlich. Fast drei Jahre nach der furchtbaren Hochwasserkatastrophe in unserem Land wird mit diesem Gesetz aus unserer Sicht in keiner Weise auf die neuen Herausforderungen reagiert. Die PDS-Fraktion hat sich seit der Katastrophe im Sommer 2002, im Zuge der Beratungen im zeitweiligen Ausschuss Hochwasser und den Bereisungen vor Ort schon immer für eine Strafung der Führungsebenen im Katastrophenschutzmanagement ausgesprochen. Aus der Sicht der PDS sollte ein zweistufiges Modell des Katastrophenschutzmanagements eingeführt werden.

Eine Zentralisierung der Zuständigkeiten sollte nicht - wie jetzt im Gesetz vorgesehen - im Landesverwaltungsamt, sondern direkt im Innenministerium erfolgen. Untere Katastrophenschutzbehörden sollten die Landkreise bleiben. Damit könnten Fehler - wie beim Management des Deichbruches in Seegrehna geschehen - durch klare Kompetenzzuweisung vermieden werden. Bei kreisübergreifenden und Länder übergreifenden Katastrophen muss aus unserer Sicht eine zentrale Führung erfolgen.

Meine Damen und Herren! Fast drei Jahre nach der Flutkatastrophe werden mit der heutigen Verabschiedung des Gesetzes nur halbherzige Konsequenzen gezogen. Die von der Landesregierung in diesem Bereich gezogenen Schlussfolgerungen aus der Hochwasserflut im Jahr 2002 sind demnach ungenügend. Die PDS lehnt die Beschlussempfehlung in dieser Form ab, da sie an dem dreistufigen ineffizienten Modell festhält. Aus diesem Grund hatten die Mitglieder der PDS-Fraktion bereits in den Ausschussberatungen einen Änderungsantrag gestellt, welcher in der Konsequenz den Übergang vom dreistufigen zum zweistufigen Aufbau des Katastrophenschutzmanagements beinhaltete. Ich will nochmals klar sagen: Katastrophenschutz muss Chefsache sein. Das Innenministerium darf sich dabei nicht hinausmogeln.

(Zustimmung bei der PDS)

Meine Damen und Herren! Ich kann mir an dieser Stelle einen kleinen Seitenhieb in die Richtung der FDP-Fraktion nicht verkneifen. Sie waren es, die, noch bevor der zeitweilige Ausschuss Hochwasser seine Arbeit richtig aufgenommen hatte, in einer Hochglanzbroschüre im Zuge von Anhörungen Schlussfolgerungen gezogen hatten. Eine davon war, dass der Aufbau des Katastrophenschutzes in Richtung Zweistufigkeit - so habe ich das zumindest gelesen - erfolgen muss. Dies war auch immer wieder der Wille, der von der FDP-Fraktion in den Ausschüssen vertreten worden ist.

Offensichtlich konnte sich man sich gegen das Innenministerium nicht durchsetzen. Wenn ich mir die Hochglanzbroschüre noch einmal anschau, dann muss ich sagen: Was daraus geworden ist, sehen wir heute. Wie ist das mit dem Tiger und dem Bettvorleger?

(Zuruf von Herrn Wolpert, FDP)

Wie bereits erwähnt, hat die PDS-Fraktion in den Ausschussberatungen hinsichtlich der Zweistufigkeit entsprechende Anträge gestellt, welche von der CDU und der FDP abgelehnt worden sind. Wir halten dieses auch weiterhin für sachgerecht, um künftig auf Katastrophen wie das Hochwasser 2002 besser reagieren zu können.

Aus diesem Grund werden konsequenterweise dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion heute unsere Zustimmung geben. Sollte der Änderungsantrag nicht be-

schlossen werden, werden wir die Beschlussempfehlung ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Gärtner. - Nun bitte für die CDU-Fraktion Herr Schulz.

Herr Schulz (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach dem verheerenden Elbehochwasser im Jahr 2002 erhob sich schnell der Ruf nach dem Gesetzgeber und die Forderung nach einer umfassenden Änderung und Neugestaltung des Katastrophenschutzgesetzes.

Angesichts mancher Abstimmungsschwierigkeiten und anderer Probleme, wie sie allerdings naturgemäß bei katastrophalen Ereignissen dieses Ausmaßes auftreten müssen, schien nicht wenigen Stimmen im Lande eine völlige Neuorientierung des Systems des Katastrophenschutzes das Gebot der Stunde zu sein.

Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes erarbeitet. Die Beratungen und Anhörungen zu diesem Gesetzentwurf haben eines sehr deutlich werden lassen: Sicherlich gab es während der Hochwasserkatastrophe im August 2002 in Einzelfällen Situationen, in denen die Katastrophenabwehr nicht optimal verlief. Es gab Schwierigkeiten, Missverständnisse und Meinungsverschiedenheiten.

Aber, meine Damen und Herren, der zeitweilige Ausschuss Hochwasser hat zu Recht festgestellt, dass die Katastrophenabwehr insgesamt äußerst erfolgreich verlaufen ist. Das kann man gar nicht oft genug betonen. Angesichts des unvorstellbaren Ausmaßes und der Wucht der Wassermassen, die vielerorts völlig marode Deiche bedrohten, ist das Land Sachsen-Anhalt noch glimpflich davon gekommen. Es hat keine Todesopfer gegeben. Zu verdanken haben wir das dem unermüdeten und wochenlangen Einsatz vieler Tausend Helferinnen und Helfer und der koordinierenden Leitung durch die Katastrophenschutzbehörden.

Unterstützt wurden sie durch die damaligen Regierungspräsidenten und das Innenministerium, die gemäß ihren Aufgaben überörtliche Hilfe vermittelten, bei schwierigen Fachfragen Beratung anboten und auch Länder übergreifende Abstimmungen durchführten. Auch hierbei möchte ich betonen, dass diese Zusammenarbeit gut verlief und erfolgreich verlaufen ist.

Herr Innenminister, ich möchte Ihnen hiermit noch einmal recht herzlich danken.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Auswertung der Hochwasserkatastrophe hat aber auch gezeigt, dass eine bessere Vorbereitung auf Katastrophenlagen manches Sandkorn im Getriebe und Reibungsverluste verhindern kann. Wir haben die Chance, noch besser zu werden. Dabei ist es wichtig, dass die Landkreise und kreisfreien Städte auch weiterhin ihre Hausaufgaben machen und dabei vom Landesverwaltungsamt und vom Innenministerium unterstützt werden. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen und die Abstimmung bei den vorbereitenden Planungen sind ein elementarer Baustein eines gut funktionierenden Katastrophenschutzes. Dazu gehört auch eine Beschreibung

und Abgrenzung der Aufgaben der jeweiligen Verwaltungsebenen.

Im Ergebnis hat der Innenausschuss nunmehr eine Beschlussempfehlung abgegeben, mit der wir die notwendigen Klarstellungen auf den Weg bringen wollen, um den Katastrophenschutz in Sachsen-Anhalt noch besser zu machen. Gleichzeitig haben wir aber auch an den Dingen festgehalten, die sich bewährt haben, und nur dort etwas klar gestellt, wo mögliche Missverständnisse hinderlich sein könnten.

Das dreistufige System des Katastrophenschutzes bleibt erhalten. Auch weiterhin sollen die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörde für die Bekämpfung von Katastrophen verantwortlich sein; denn eine erfolgreiche Katastrophenabwehr muss vor Ort ansetzen.

Die unteren Katastrophenschutzbehörden haben auf der Grundlage ihrer Ortskenntnis die Fäden in der Hand und können sinnvolle technische Einsatzleitungen bilden und Kräfte führen. Demgegenüber leisten die obere und die oberste Katastrophenschutzbehörde unterstützende Hilfestellung und Beratung. Wir empfehlen, dass diese Aspekte ausdrücklicher als bisher im Gesetz benannt werden. Gleichzeitig können wir damit die besondere Verantwortung der Aufsichtsbehörden für eine gut funktionierende Zusammenarbeit deutlich machen und eine konstruktive Zusammenarbeit aller Katastrophenschutzbehörden fördern.

Die Folgen der Hochwasserkatastrophe im Jahr 2002 waren nur zu bewältigen, weil sich die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Umsetzung ihrer Entscheidungen auf Tausende ehrenamtliche Helferinnen und Helfer der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes verlassen konnten. Ein wirksamer und erfolgreicher Katastrophenschutz basiert auf dem freiwilligen Engagement der Bürgerinnen und Bürger, die bereit sind, in Feuerwehren, Hilfsorganisationen oder dem Technischen Hilfswerk mitzuwirken und im Katastrophenfall tatkräftig mit anzupacken. Wenn das im Jahr 2002 im Land Sachsen-Anhalt so nicht gewesen wäre, hätte auch das allerbeste Gesetz keine Abhilfe schaffen können.

In einer Zeit, in der häufig ein Mangel des bürgerschaftlichen Engagements beklagt wird, ist dieser Beitrag umso mehr zu würdigen. Deshalb sind wir der Meinung, dass die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen und das THW im Katastrophenschutzgesetz ausdrücklich genannt werden sollten. Damit kommt ihre Rolle als wichtiger Pfeiler des Systems der Katastrophenabwehr in Sachsen-Anhalt deutlich zum Ausdruck.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Meinung, dass wir mit dem vorliegenden Entwurf eines zweiten Gesetzes zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes eine gute Lösung gefunden haben, um den Katastrophenschutz in unserem Land weiterhin leistungsfähig zu erhalten und eine erfolgreiche Katastrophenabwehr zu organisieren. Wir haben das Bewährte erhalten und das Notwendige und Sinnvolle ergänzt. Ich bitte Sie, der Beschlussempfehlung zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Schulz. - Nun bitte Herr Doege für die SPD-Fraktion.

Herr Doege (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Weg von der Einbringung des Gesetzentwurfes bis zur heutigen Beschlussfassung, also gut 14 Monate später, ist in Anbetracht der Brisanz der Thematik wahrlich eine Katastrophe. Viele von Ihnen werden sich sicherlich an die 13 Tage im August des Jahres 2002 erinnern, als Zehntausende Menschen entlang von Elbe und Mulde um die Sicherheit der Deiche gekämpft haben. Die von der Flut betroffenen Menschen in Seegrehna, in Dessau-Waldersee und vielen anderen Orten haben von der Landespolitik ein schnelles und konsequentes Handeln im Zuge der Aufarbeitung der Ereignisse erwartet.

Im Ergebnis der Hochwasserkatastrophe fand eine intensive Aufarbeitung der Hochwasserereignisse insbesondere durch den zeitweiligen Ausschuss Hochwasser statt. Im März 2004 hat der Innenminister dem Landtag den Gesetzentwurf zur Änderung des Katastrophenschutzgesetzes vorgelegt und um eine zügige Beratung gebeten. Als Knackpunkt im Gesetzentwurf erwies sich recht schnell die künftige Struktur der Katastrophenschutzbehörden.

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Herr Abgeordneter Doege, möchten Sie eine Frage der Abgeordneten Wernicke beantworten?

Herr Doege (SPD):

Am Ende bitte. - Während SPD, PDS und FDP im Ergebnis von Expertenanhörungen auf einer zweistufigen Struktur bestanden, sprach sich die CDU für eine Beibehaltung der Dreistufigkeit aus.

Ich möchte dazu kurz aus einem Artikel meines geschätzten Kollegen Scheurell aus Wittenberg zitieren, der sich gegenüber dem „Wochenpiegel“, Wittenberg, wie folgt äußerte: Scheurell forderte für künftige Fälle mehr Entscheidungskompetenzen für das Innenministerium vor allem bei landkreis- und Länder übergreifende Katastrophen.

Oder Kollege Lukowitz, damals noch Fraktionsvorsitzender der FDP, der in der „MZ“, Halle, unter dem Titel „FDP will sich quer stellen“ zum Ausdruck brachte, dass man in Auswertung der Ereignisse des Hochwassers zu der Überzeugung gelangt sei, dass eine Zentralisierung der Führungstätigkeit im Innenministerium unbedingt hergestellt werden müsse.

Des Weiteren wies Herr Gärtner schon auf eine Broschüre der FDP hin - bereits vor den Auswertungen im zeitweiligen Ausschuss herausgebracht -, in der klar zum Ausdruck gebracht worden ist, dass man sich eine Zentralisierung im Innenministerium nicht nur vorstellen könne, sondern einfordere.

Die unterschiedlichen Auffassungen der Regierungsfraktionen führten zu einem nicht nachvollziehbaren Stillstand in den Beratungen. In der Landtagssitzung am 4. März 2005 erinnerte die SPD-Fraktion an den ersten Jahrestag der Einbringung und forderte eine zügige Beratung des Gesetzentwurfes.

Die Position der SPD-Fraktion hat meine Kollegin Krimhild Fischer bereits bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes dargestellt. Es ging uns um die Einführung eines zweistufigen Modells.

Bei Länder und kreisübergreifenden Katastrophen muss nach unserer Auffassung eine zentrale Führung durch das MI erfolgen. Landkreise und kreisfreie Städte sollen untere Katastrophenschutzbehörden bleiben. Auch wir können uns den Ausführungen der Vorredner anschließen, dass nur mit der entsprechenden Ortskenntnis eine wirksame Katastrophenbekämpfung erfolgen kann.

Allerdings sehen wir die Rolle des Landesverwaltungsamts anders als die CDU und die FDP. Nach unserer Auffassung muss sich die Rolle des Landesverwaltungsamts insbesondere auf die Unterstützung im administrativen Bereich sowie auf Koordinierungs- und Organisationsaufgaben beschränken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die insbesondere vom Redner der CDU-Fraktion zum Ausdruck gebrachte Einschätzung bezüglich der Leistungen unseres Innenministers können wir bekanntermaßen nicht teilen. Wir hätten erwartet, dass der Innenminister nicht die Hände in den Schoß legt, sondern dass er im Rahmen der Katastrophe im August 2002 aktiver gehandelt hätte.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Zur Bewertung muss ich sagen, dass der heute zu behandelnde Gesetzentwurf auf halber Strecke stehen bleibt und nicht der von vielen erwartete große Wurf ist. Die Novelle bleibt Stückwerk; denn letztendlich hält die Landesregierung am dreistufigen Aufbau fest. Unser Änderungsantrag, der Ihnen vorliegt, hat letztlich eine effizientere Führungsstruktur während einer Katastrophe zum Ziel. Sollten Sie diesem heute nicht zustimmen, werden wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Doege. - Nun bitte die Frage der Abgeordneten Frau Wernicke.

Frau Wernicke (CDU):

Herr Kollege Doege, ist Ihnen bekannt, dass die Vorgängerregierung lange vor dem Hochwasser im Jahr 2002 eine Schwachstellenanalyse für das Deichsicherungssystem in Auftrag gegeben hatte, dass die Ergebnisse dieser Analyse in der Schublade lagen und dass die Deiche gerade an den in der Analyse benannten Schwachstellen gebrochen sind?

(Zustimmung bei der FDP)

Sind Sie nicht auch der Meinung, dass die Kritik dahin gehen müsste, dass man vorbeugend hätte handeln müssen, statt nun nachträglich die Katastrophenschutzeinrichtungen zu kritisieren?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zustimmung von Minister Herrn Jeziorsky)

Herr Doege (SPD):

Sehr geehrte Frau Wernicke, ich stimme Ihnen darin zu, dass die Ergebnisse der Untersuchungen der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe vorlagen. Ich selber - das muss ich eingestehen - habe mich mit diesen Dingen erst im Rahmen der Aufarbeitung im zeitweiligen Ausschuss Hochwasser intensiver beschäftigt. Wir

stimmen sicherlich auch in der Einschätzung überein, dass es eine Menge Schwachstellen an den Flüssen in Sachsen-Anhalt, aber nicht nur in Sachsen-Anhalt, sondern auch darüber hinaus, gegeben hat.

Wir alle müssen uns allerdings den Schuh anziehen - das nehme ich nicht allein für die SPD-Fraktion in Anspruch, sondern auch für die Fraktionen der CDU, der PDS und der FDP -, dass wir die Bereitstellung von Mitteln für Maßnahmen des Hochwasserschutzes vor dem August 2002 sicherlich nicht so stark im Blickfeld hatten wie nach den dramatischen Ereignissen. Es wird sicherlich eine gemeinsame Aufgabe sein, hier im Parlament dafür zu sorgen, dass das von Ihnen, von der Landesregierung, aufgestellte Konzept zur Sanierung der Deiche auch in Zukunft finanziell abgesichert ist.

(Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher:

Vielen Dank, Herr Doege. - Damit ist die Debatte abgeschlossen und wir kommen zur Abstimmung. Ihnen liegen die Drucksachen vor. Zunächst kommen wir zu dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion in der Drs. 4/2187. Ich schlage vor, dass wir zunächst über den Änderungsantrag in seiner Gesamtheit abstimmen, sofern niemand eine Einzelabstimmung wünscht. - Das ist nicht der Fall.

Wer stimmt dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zu? - Das sind die Oppositionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Das ist die Koalition; das ist die Mehrheit. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wenn niemand widerspricht, fasse ich auch bei der nächsten Abstimmung wieder zusammen. - Wer stimmt den selbständigen Bestimmungen des Gesetzes zu? - Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Oppositionsfraktionen. Damit sind die selbständigen Bestimmungen des Gesetzes angenommen.

Wir stimmen jetzt über die Gesetzesüberschrift und über das Gesetz in seiner Gesamtheit ab. Wer stimmt zu? - Die Koalitionsfraktionen. Wer stimmt dagegen? - Die Oppositionsfraktionen. Damit ist dieses Gesetz beschlossen und der Tagesordnungspunkt 5 ist beendet.

Meine Damen und Herren! Wir sind mit nur einer Minute Differenz an dem Punkt angekommen, an dem wir die Sitzung heute abschließen wollten. Das tun wir auch mit Rücksicht auf die Veranstaltung mit unseren ehemaligen Kolleginnen und Kollegen. Das heißt mit anderen Worten: Der Tagesordnungspunkt 5 ist abgeschlossen und die 59. Sitzung des Landtags ist damit beendet.

Die morgige 60. Sitzung beginnt um 9 Uhr mit den Tagesordnungspunkten, die wir heute nicht mehr geschafft haben. Als erstes behandeln wir den Tagesordnungspunkt 6, dann folgen die Tagesordnungspunkte 7 und 8. Sollte sich aufgrund der Abwesenheit von Regierungsmitgliedern irgendeine Schwierigkeit ergeben, so müsste das morgen früh in Ruhe geklärt werden. Unter Umständen kann die Reihenfolge der Behandlung der Tagesordnungspunkte noch geändert werden.

Ich schließe die heutige Sitzung des Landtages. Ich gehe davon aus, dass wir uns gemeinsam mit unseren ehemaligen Abgeordneten gleich im Landtagsrestaurant wiedersehen.

Schluss der Sitzung: 17.16 Uhr.